



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
16. Wahlperiode

Drucksache 16/721
20. April 2006

Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2005

Federführend ist das Innenministerium

Inhalt

I. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	5
1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle	5
2 Verarbeitung personenbezogener Daten.....	7
3 Organisation, Personal, Haushalt	7
II. RECHTSEXTREMISMUS	9
1 Überblick	9
2 Schwerpunkte	11
2.1 Wie stabil ist die „Volksfront“?.....	11
2.2 Die NPD im Wahlkampf.....	16
2.3 Rechtsextremistische Musik-Szene.....	22
2.4 Rechtsextremistische Medien	26
2.4.1 Schriften.....	26
2.4.2 Internet.....	28
3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen.....	33
3.1 Neo-nationalsozialistische Personenzusammenschlüsse.....	34
3.1.1 Entwicklungen aktionistisch geprägter Personenzusammenschlüsse	34
3.1.2 Regionale Schwerpunkte.....	36
3.1.3 Bedeutende rechtsextremistische Aktionen in Schleswig-Holstein.....	42
3.1.4 Überregionale Aktionen mit schleswig-holsteinischer Beteiligung	46
3.2 Parteien.....	48
3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	48
3.2.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU).....	50
3.2.3 „Die Republikaner“	52
3.3 Sonstige	53
3.3.1 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG).....	53
3.3.2 „Braune Hilfe“	54
4 Verlage und Vertriebe.....	54
5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2003 bis 2005	55
III. LINKSEXTREMISMUS	56
1 Überblick	56
2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums.....	57
2.1 Undogmatischer Linksextremismus.....	57
2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte	59
2.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt	60
2.1.3 Autonome Strukturen mit terroristischen Ansätzen.....	61
2.2 Dogmatischer Linksextremismus	63
2.3 „Rote Hilfe e. V.“	66
3 Aktionsfelder	67
3.1 „Anti-Faschismus“.....	67
3.2 „Anti-Globalisierung“	71
3.3 „Anti-Atomkraft“	72
3.4 Alternative/autonome Zentren.....	73

4 Agitations- und Kommunikationsmedien.....	75
5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2003 bis 2005	78
IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN.....	79
1 Übersicht.....	79
2 Islamismus.....	80
2.1 Wesensmerkmale des Islamismus.....	82
2.1.1 Antisemitismus.....	83
2.1.2 Antiwestliche Zerrbilder	83
2.2 Islamistischer Terrorismus.....	85
2.2.1 Internationale Entwicklungen im Jahr 2005.....	85
2.2.2 Auswirkungen auf die Sicherheitslage Deutschlands.....	91
2.3 Gewaltgeneigte islamistische Organisationen.....	93
2.3.1 „Hizb ut-Tahrir“	94
2.3.2 HAMAS/„Islamischer Bund Palästina“	94
2.3.3 „Kalifatsstaat“	95
2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht gewaltbereite islamistische Organisation.....	95
2.5 Türkisch-islamistische Publizistik.....	100
2.5.1 „Milli Gazete“	100
2.5.2 „Anadoluda Vakit“	103
3 „Volkskongress Kurdistan“ (KONGRA-GEL).....	104
3.1 Wiederbelebung der PKK: Zurück zu den Wurzeln?.....	104
3.2 Inhaltliche Ausrichtung der Organisation.....	105
3.3 Rückkehr zur Gewalt?.....	107
3.4 Anhängerschaft und Aktivitäten in Deutschland	108
3.5 Publizistik.....	109
3.6 Finanzierung.....	110
3.7 Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen	111
4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerschaften der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2003 bis 2005	111

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht erwähnt nicht alle Beobachtungsobjekte der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde und auch nicht alle Ereignisse des Jahres 2005, sondern nur die bedeutenderen Organisationen und Gruppierungen sowie Geschehnisse.

Hinweise auf Vorkommnisse außerhalb des Landes Schleswig-Holstein wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind.

I. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle

Verfassungsschutz ist, so Artikel 73 des Grundgesetzes, gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“ vom 20. Dezember 1990 beschreibt den gemeinsamen Handlungsrahmen, den die Länder für ihre Verfassungsschutzgesetze übernommen haben. In Schleswig-Holstein ist dies das „Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein“ vom 23. März 1991.

Daneben hat der Verfassungsschutz die in verschiedenen anderen Gesetzen (unter anderem Personalausweisgesetz, Passgesetz, Datenschutzgesetz) normierten Rechtsvorschriften zu beachten. Enge Grenzen setzt z. B. das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses für Eingriffe in diese Grundrechte.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder zu unterrichten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist er befugt, sach- und personenbezogene Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- Bestrebungen, die gegen diese Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Unter Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind politisch motivierte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen oder Betätigungen von Organisationen, unorganisierten Gruppen, aber auch von einzelnen Personen zu verstehen, die sich gegen Grundprinzipien der Verfassungsordnung richten. Hinzukommen muss eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber diesem Grundbestand von Werten und Rechten unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung. Derartige Bestrebungen werden als „extremistisch“ oder „verfassungsfeindlich“ bezeichnet.

Zur Informationsgewinnung ist der Verfassungsschutzbehörde der Einsatz so genannter nachrichtendienstlicher Mittel erlaubt. Hierzu gehören z. B. der Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute), die heimliche Beobachtung (Observation) und das Anfertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen. Mit den Informationen können die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder im Einzelfall Maßnahmen treffen und die Gefahrenschwelle bestimmen, jenseits derer Verbotsmaßnahmen zum Schutze der Verfassungsordnung erforderlich sind. Die Erkenntnisse können die Grundlage sein für Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien, Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z. B. für Sammlungen, Informationsstände).

Der Verfassungsschutz ist ausschließlich zur Erhebung und Verarbeitung von Informationen befugt; er ist strikt von der polizeilichen Exekutive getrennt. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben keinerlei polizeilich-exekutive Befugnisse.

Eine mitwirkende Funktion hat die Verfassungsschutzbehörde im Bereich des Geheimschutzes. Sie unterstützt Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind und gibt Empfehlungen, wie vertraulich zu behandelnde Unterlagen

durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

Die Verfassungsschutzbehörde unterliegt Kontrollen, die sicherstellen, dass die Aufgaben nur in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen wahrgenommen werden. Diese Kontrolle wird in erster Linie vom Parlament durch die Parlamentarische Kontrollkommission, im Einzelfall durch eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Verfassungsschutz, aber auch von den Gerichten, dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz, dem Landesrechnungshof und der Öffentlichkeit wahrgenommen.

2 Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben personenbezogene Daten in Dateien verarbeiten. Die wichtigsten Dateien sind

- das abteilungsinterne Datenverarbeitungssystem der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung und
- das „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ (NADIS) als gemeinsam unterhaltene Datei der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zur gegenseitigen Unterrichtung.

Letztere ist lediglich eine Hinweisdarstellung, aus der zu entnehmen ist, ob und gegebenenfalls wo über eine bestimmte Person Akten vorliegen. Die überwiegende Zahl der Speicherungen weist auf durchgeführte Sicherheitsüberprüfungen hin, die den überprüften Personen den Umgang mit Verschlussachen erlauben. Ende 2005 waren etwa 4.600 Personen durch die schleswig-holsteinische Verfassungsschutzbehörde im NADIS erfasst, davon rund 2.400 aufgrund einer Sicherheitsüberprüfung.

3 Organisation, Personal, Haushalt

Der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein ist als eine Abteilung des Innenministeriums organisiert, die sich in folgende Referate gliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz, Geheim- und Sabotageschutz,
- Nachrichtenbeschaffung,
- Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit,
- Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr.

Die Personal-Sollstärke der Verfassungsschutzabteilung liegt bei 81 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Für Sachmittel und Investitionen des Verfassungsschutzes standen im Jahr 2005 insgesamt 831.000 Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Die Personalkosten werden bei den entsprechenden Personalkostentiteln des Ministeriums ausgewiesen.

II. Rechtsextremismus

1 Überblick

Die Gesamtzahl der Rechtsextremisten ist auf Bundesebene von 40.700 auf 39.000 leicht zurückgegangen. In Schleswig-Holstein gibt es mit 1.430 keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Seit Mitte der 1990er-Jahre hat sich die Gesamtzahl der hier bekannten Rechtsextremisten damit nicht wesentlich verändert. Allerdings haben sich die seitdem zu beobachtenden Kräfteverschiebungen zwischen den „legalistisch/parlamentsorientierten“ Parteien und dem „aktionistischen“ Teil der Szene auch 2005 weiter fortgesetzt. Während zu Beginn dieses Zeitraums nur etwa ein Viertel der Rechtsextremisten als „aktionistisch“ eingestuft worden ist, hat sich ihr Anteil inzwischen deutlich erhöht. Der „aktionistische“ Flügel, dem in Schleswig-Holstein die offen neo-nationalsozialistisch agierenden „Freien Nationalisten“, die rechtsextremistisch orientierte Subkultur-Szene und die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) zugerechnet werden, stellt nunmehr etwa zwei Drittel der gesamten rechtsextremistischen Szene. Dieser Teil ist aber keineswegs als homogen zu bezeichnen. Trotz wechselseitiger Unterstützung bei Aktionen nehmen die öffentlichen Attacken führender „Freier Nationalisten“ gegen die NPD zu.

Die Bedeutung der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und der „Republikaner“ ist, wie auch auf Bundesebene, weiter zurückgegangen. In Schleswig-Holstein waren bei diesen Parteien keine nach außen gerichteten politischen Aktivitäten zu erkennen.

Die Entwicklung und das öffentliche Erscheinungsbild des Rechtsextremismus waren wesentlich durch die Folgen des im Jahr 2004 beschlossenen „Volksfront“-Bündnisses geprägt. Es beinhaltet den formellen Schulterschluss der NPD mit weiten Teilen der unter der Bezeichnung „Freie Nationalisten“ agierenden neo-nationalsozialistischen Szene unter gleichzeitiger Tolerierung durch die DVU. Vor diesem Hintergrund führte die NPD zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl im Februar mit Unterstützung der „Freien Nationalisten“ einen aufwändigen Wahlkampf. Trotz des für die Partei mit 1,9 % Stimmenanteil enttäuschenden Ergebnisses gelang es ihr nach der Wahl, die Mitgliederzahl des Landesverbandes um fast 60 % auf nunmehr etwa 230 Personen zu erhöhen. Möglich wurde dies durch den Parteieintritt zahlreicher überwiegend jüngerer Personen, deren Interesse für die Partei durch Wahlpro-

paganda geweckt wurde. Der Landesverband nutzte diese Vergrößerung, indem er seinen organisatorischen Unterbau durch neue Kreisverbände erweiterte. Hierdurch konnten die neuen Mitglieder von vornherein in die Parteiarbeit einbezogen werden. Durch eine Vielzahl kleinerer Veranstaltungen, die von der NPD im Laufe des Jahres durchgeführt wurden, gelang es ihr dann, wieder zur dominierenden Kraft im schleswig-holsteinischen Rechtsextremismus zu werden.

Die Bedeutung der ausschließlich neo-nationalsozialistisch geprägten Kameradschafts-Szene ging demgegenüber etwas zurück. Von „Freien Nationalisten“ getragene Großveranstaltungen, auch überregionaler Art, gab es nur wenige. Vor allem gelang es nur selten, die Angehörigen der rechtsextremistisch orientierten Subkultur-Szene (Skinheads) zu einer Mitarbeit zu bewegen. Die schleswig-holsteinische Szene hat sich bis heute nicht von den bereits im Jahr 2003 durchgeführten Exekutivmaßnahmen im Rahmen des so genannten „Combat-18“-Verfahrens erholt. Führende Aktivisten haben sich Gliederungen des NPD-Landesverbandes angeschlossen. Dennoch zeigen ihre Aktivitäten außerhalb der NPD, dass sie im Kern „Freie Nationalisten“ geblieben sind. Inwieweit sie verlässliche Partner für die NPD bleiben werden, wird die zukünftige Entwicklung zeigen. Die politischen Impulse der schleswig-holsteinischen „Freien Nationalisten“ gehen inzwischen wieder von den Anhängern des ursprünglich der Hamburger Szene zugerechneten „Aktionsbüro Norddeutschland“ aus. Von dort kam die wichtigste Unterstützung für den Aufbau neuer „Kameradschaften“.

Bei der rechtsextremistischen Subkultur-Szene gibt es keine wesentlichen Veränderungen. Tendenziell ist aber festzustellen, dass rechtsextremistische Musik für die Anhänger der Skinhead-Subkultur gegenwärtig einen höheren Stellenwert als die Beteiligung an allgemein-politischen Aktionen hat. Dennoch war die Zahl der von Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein durchgeführten oder geplanten Musikveranstaltungen niedriger als im Vorjahr. Exemplarisch für die politische Lustlosigkeit der Szene war auch die offensichtlich wegen mangelnden Zuspruchs erforderlich gewordene Schließung eines ihrer wenigen Szene-Treffs in Heilshoop im Kreis Stormarn.

Die Zahl der von der Polizei registrierten Straf- und Gewalttaten stieg 2005 (343, davon 56 Gewalttaten) gegenüber dem Vorjahr (306, davon 38 Gewalttaten) an. Dabei ist auffällig, dass diese Zahl während der Zeit des schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampfes und des Bundestagswahlkampfes besonders hoch war. Die verstärkte öffentlich geführte Diskussion über rechtsextremistische Bedrohungen könnte der Auslöser hierfür gewesen sein. Im letzten Quartal war aber wieder eine deutlich rückläufige Tendenz in der Statistik erkennbar.

2 Schwerpunkte

2.1 Wie stabil ist die „Volksfront“?

Die seit Herbst des Jahres 2004 bestehende „Volksfront“ aus „Nationaldemokratischer Partei Deutschlands“ (NPD), „Deutscher Volksunion“ (DVU) und Neo-Nationalsozialisten wurde am 15. Januar auf dem Bundesparteitag der DVU durch die Unterzeichnung des „Deutschlandpaktes“ auf eine formelle Grundlage gestellt. Das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ berichtete in der Februar-Ausgabe über die Unterzeichnung des Vertragswerkes durch die Parteivorsitzenden Udo Voigt und Dr. Gerhard Frey. In seinem in der gleichen Ausgabe der „Deutschen Stimme“ abgedruckten Kommentar zum „Deutschlandpakt“ lässt Voigt erkennen, dass das Bündnis auch für ihn keine Ideallösung darstellt. In der Einleitung bezieht er sich auf ein Bismarck zugeschriebenes Zitat, der Politik immer als die Kunst des Möglichen bezeichnet habe. NPD und DVU seien ihrer historischen Aufgabe gerecht geworden und hätten den „Bruderkampf“ eingestellt, um endlich wirksam gegen die wirklichen Gegner kämpfen zu können. Natürlich könne ein Bündnis zweier Parteien nicht allen gerecht werden. Sicher gebe es jetzt hier und da die allseits bekannten Kleingeister, die sich oder ihr Anliegen dort nicht richtig berücksichtigt fühlten.

Auffällig ist, dass die neo-nationalsozialistischen Bündnispartner bei den positiven Wertungen mit keinem Wort erwähnt werden. Hervorgehoben wird lediglich, dass auch „die Verweigerungsfront der Republikaner-Führung aufgebrochen wurde und unabhängige Patrioten aus der Partei ausgetreten waren, um sich der Volksfront von NPD und DVU anzuschließen“.

Insofern erscheint es logisch, dass die schärfste Kritik am „Volksfront“-Konzept nach wie vor aus dem Lager der „Freien Nationalisten“ kommt. In Norddeutschland wurde sie insbesondere durch Tobias Thiessen (Henstedt-Ulzburg), Leiter des „Aktionsbüro Norddeutschland“, formuliert und verbreitet. Beispielhaft hierfür sind ein von ihm im Oktober herausgegebenes „Infoblatt“ sowie ein kurz darauf erschienener Beitrag auf der Internet-Seite des „Aktionsbüros“: Unter der Überschrift „Wie organisieren wir den Widerstand? - Neue Wege jenseits der Parteienstrategie“ werden zwei rechtsextremistische Strömungen, deren gemeinsamer Wille sei, „die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse der deutschen Nachkriegsrepublik grundlegend zu wandeln (...)“, verglichen. Während die eine Richtung ihre Ziele durch die Arbeit in „den noch legalen, national-orientierten politischen Parteien“ erreichen wolle, setze die andere Strömung darauf, „fernab der klassischen Organisationsmuster den Widerstand zu organisieren“. Über den Weg zur Macht bestehe aber zwischen beiden Strömungen ein grundlegender Dissens. Im Folgenden werden in dem Positionspapier die Leistungen der „freien Kräfte“ glorifiziert: „Ohne lenkende, einheitliche Organisation konnten in den letzten Jahren viele Tausende von jungen Patrioten aus der freien Szene zu Demonstrationen und Versammlungen zusammenfinden (...)“. Obwohl die Unterstützung „bestimmter politischer Parteien und/oder sonstiger Vereinigungen nicht zwangsläufig“ ausgeschlossen wird, lässt der Verfasser seine tiefe Abneigung gegenüber diesen Parteien erkennen, indem er sich geringschätzig über ihre Leistungen und Mitglieder auslässt:

„Was die nationalen Parteien in den Landtagen während der wenigen Jahre ihres meist wenig segensreichen Wirkens dort erreicht haben, kann sich keinesfalls sehen lassen. Abspaltungen, interner Zwist vor der Öffentlichkeit, geistig beschränkte Abgeordnete, persönliche Bereicherungsorgien - alle diese unschönen Begleiterscheinungen des Parlamentarismus, (...) die Nationalen in den Abgeordnetenhäusern haben sie allesamt bereits selbst durchexerziert.“

Bemerkenswert erscheint diese Art der Kritik insbesondere, da es zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung keinen Anlass gab, die Zusammenarbeit mit der NPD einer veränderten Bewertung zu unterziehen.

Die als Mitbegründer der „Volksfront“ geltenden führenden Neo-Nationalsozialisten Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern), Ralph Tegethoff (Nordrhein-Westfalen) und Thorsten Heise (Thüringen) zogen dagegen auf ihrer rechtsextremistischen Internet-Seite „Eine Bewegung werden“ unter der Überschrift „Ein Jahr im Zeichen der Volksfront“ eine positive Bilanz. Dabei ignorierten sie offenbar ganz bewusst das erhebliche Konfliktpotenzial zwischen der NPD und den Neo-Nationalsozialisten: Heute sei möglich, was noch vor einem Jahr „gänzlich ausgeschlossen schien“ - der Vorsitzende der DVU, Dr. Gerhard Frey, und seine engsten Berater marschierten in einer Demonstration „Schulter an Schulter“ mit „bekannten Kameraden“ wie Heise, Tegethoff und Wulff. Eine „Demospitze von Parteienvertretern der NPD und DVU über Vertriebenenvertreter bis hin zu Vertretern freier Kräfte“, wie sie der „großartige Gedenkmarsch von Dresden“ im Februar gezeigt habe, sei das Bild, vor dem die „etablierten Machthaber Angst haben und welches bei denen schlimmste Befürchtungen für deren Zukunft“ aufkommen lasse. Die Zusammenarbeit im Bündnis, insbesondere aber die Unterstützung der „freien Kräfte“ bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, wurde in der Darstellung besonders hervorgehoben. „Destruktive“ Meldungen, es werde in Nordrhein-Westfalen nicht zu einer Zusammenarbeit aller „konstruktiven Kräfte“ kommen, oder Aufrufe zum Boykott seien entweder staatlich gesteuert oder würden den „persönlichen Befindlichkeiten“ eines Christian Worch (Hamburg) oder Axel Reitz (Nordrhein-Westfalen) entspringen. Worch und Reitz gelten in der Szene als Symbolfiguren für die Ablehnung der von der NPD getragenen „Volksfront“-Strategie.

Wulffs Aktivitäten sind als eine Art Spagat zwischen seinem neo-nationalsozialistischen Ursprung und der Hinwendung zur NPD zu sehen, der von vielen Weggefährten (nicht nur Worch und Reitz) argwöhnisch betrachtet wird. Scharf kritisiert wurde er insbesondere nach der NPD-Demonstration am 8. Mai in Berlin, zu der zahlreiche neo-nationalsozialistische Kräfte angereist waren. Wulff hatte, nachdem die Polizei auf einer ausschließlich ortsfesten Versammlung bestand, die Kundgebung beendet. Die wegen des frühzeitigen Abbruchs verärgerten Demonstrationsteilnehmer versuchten, die Polizeiketten zu durchbrechen und warfen Wulff Verrat vor. Kritik gab es sogar aus dem NPD-Lager. In der NPD-Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ (Ausgabe 11) übte Schriftleiter Jens Lütke (Fargau, Kreis Plön)

heftige Kritik am Veranstalter mit den Worten „Kapitulation ist kein Grund zur Freude. Weder 1945 noch 2005.“ Man hätte, so Lütke, durchaus überlegen können, ob ein koordinierter Durchbruchversuch nicht doch zumindest symbolischen Sinn gehabt hätte (siehe dazu unter Nr. II 3.1.4).

Kritische Äußerungen gab es auch vom Vorsitzenden der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), Stefan Rochow. Er hatte sich Anfang August im Rahmen einer öffentlichen Erwiderung auf einen „Offenen Brief“ eines NPD-Kritikers an die JN abwertend über die „Volksfront“ geäußert:

„Das nationale Spießbürgertum, wie Du es treffend als eine starke Erscheinung, allerdings nicht nur in der NPD bezeichnest, ist letztlich nichts weiter als die Ansammlung der wirtschaftlich zu kurz gekommenen, welche dann ihrem Ärger Luft machen wollen. Diese Leute sind für politische Revolutionen nicht zu gebrauchen, da sie letztlich auch nur an die Fleischtöpfe des Parteienkartells möchten. (...) Die sogenannte rechte Volksbewegung aus NPD und DVU ist sicherlich auf den ersten Blick ein unterstützungswürdiger Ansatz, weil man glauben könnte, hier entsteht eine starke nationale Kraft, welche die Probleme der Zukunft bewältigen kann. Leider ist dieses Ziel schon im Ansatz gescheitert. Das Rechtsbündnis stellt sich aus meiner Sicht als ein rechtsreaktionäres, national- und sozialdemagogisches Bündnis da, welches mir seit längerem Bauchschmerzen bereitet. Leider ist die heutige Zeit, die politische Lage unserer Nation so existenzbedrohlich, daß man im Moment leider nur eine NPD/DVU als parteipolitische Opposition unterstützen kann.“

(Schreibweise wie im Original)

Die NPD-Parteiführung distanzierte sich umgehend von diesen Äußerungen und bewertete sie als „Zeichen mangelnder politischer Reife“. Die Ende des Jahres erfolgte Wiederwahl Rochows als JN-Bundesvorsitzender zeigte dann aber, dass sein Ansehen in der Partei und der JN keinen größeren Schaden genommen hatte. Der Fall Rochow kann auch als Indiz für die Stärke der Bundesführung der Partei angesehen werden, die es verstanden hat, auch Kritiker wieder einzubeziehen.

In der Gesamtbetrachtung fallen einzig die aus dem neo-nationalsozialistischen Lager vorgetragenen Angriffe gegen das „Volksfront“-Konzept ins Gewicht. Aufgrund der nicht nur in Schleswig-Holstein steigenden Bedeutung der NPD im rechtsextre-

mistischen Gesamtspektrum scheinen einige der neo-nationalsozialistischen Protagonisten Furcht vor einem Bedeutungsverlust zu haben, denn Profit aus dem Bündnis hat bislang allein die NPD gezogen. Langfristig sollte die Bedeutung der Unterstützung der NPD durch „Freie Nationalisten“ ohnehin nicht überschätzt werden. Deren Fähigkeiten werden überwiegend bei der Präsenz auf der Straße, auch bei Wahlkämpfen, benötigt. Ein Wählerpotenzial muss sich die Partei aber in anderen Gesellschaftsschichten erschließen. Insofern ist die im Laufe des Jahres erkennbar gewordene Unterstützung aus dem nicht organisationsgebundenen „bürgerlich“-rechtsextremistischen Spektrum bedeutsam. Dies zeigte sich auch auf dem Jahresempfang der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag am 7. Januar. Unter den Gästen fanden sich nicht nur Funktionsträger der NPD und der DVU, sondern auch rechtsextremistische Publizisten. Harald Neubauer (Bayern), der Herausgeber der rechtsextremistischen Monatsschrift „Nation & Europa“, die als wichtigstes Presseorgan des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland anzusehen ist, ergriff, so die „Deutsche Stimme“, das Wort. Auf einer am folgenden Tag durchgeführten Saalveranstaltung des sächsischen NPD-Landesverbandes rechnete Neubauer „mit der etablierten Politikerklasse in Deutschland ab“. Insofern konnte auch die im Laufe des Jahres deutlich werdende Unterstützung der NPD aus dem Umfeld der Zeitschrift nicht überraschen. In der Oktober-Ausgabe von „Nation & Europa“ analysierte Neubauer unter dem Titel „Kein Grund zur Resignation“ die Ergebnisse der Bundestagswahl und kam zu dem Schluss, dass sich „die deutsche Rechte (...) nicht wie ein geprügelter Hund verstecken“ müsse. Vielmehr sei durch den flächendeckenden Zugewinn der NPD „der ebenso langwierige wie überflüssige Konkurrenzkampf“ mit den „Republikanern“ wohl endgültig entschieden. Es bedürfe nun „einer weiteren Kräftekonzentration“. Für die künftige politische Entwicklung würden die Ergebnisse der NPD in den neuen Bundesländern Mut machen.

Der Zuspruch aus den „bürgerlich“-rechtsextremistischen Kreisen stellt im Berichtsjahr den wohl bedeutendsten Erfolg für die NPD dar. Die Zukunft der „Volksfront“ und der sie anführenden NPD ist dennoch von künftigen Wahlerfolgen abhängig. Von richtungweisender Bedeutung dürfte der Ausgang der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September 2006 sein.

2.2 Die NPD im Wahlkampf

Grundlegend für die Vorgehensweise der NPD ist nach wie vor die bereits 1996 vom Parteivorsitzenden Udo Voigt entwickelte Drei-Säulen-Strategie, die auf dem 30. Bundesparteitag der NPD im Oktober 2004 um eine vierte Säule erweitert worden ist. Sie umfasst den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Wähler“, den „Kampf um die Köpfe“ und nunmehr auch den „Kampf um den organisierten Willen“. Der politische Schwerpunkt liegt nach dem Ende des NPD-Verbotsverfahrens und der Stabilisierung der Bemühungen zur Errichtung einer „Volksfront“ beim „Kampf um die Wähler“, also der Beteiligung an Wahlen. Aufgrund des mit der DVU geschlossenen „Deutschlandpaktes“ hatte die NPD im Berichtsjahr bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sowie der Bundestagswahl die Gelegenheit, ihre Akzeptanz bei den Wählern zu prüfen. Ohne eine ernst zu nehmende Konkurrenz aus dem rechtsextremistischen Lager, aber mit logistischer Unterstützung der neo-nationalsozialistischen „Freien Nationalisten“, erreichte sie ein ernüchterndes Ergebnis:

- 1,9 % bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein,
- 0,9 % bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und
- 1,58 % bei der Bundestagswahl.

In der Gesamtbetrachtung ist dessen ungeachtet ein gewisser Aufwärtstrend nicht zu leugnen.

Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Der Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 sorgte innerhalb der Partei für eine euphorische Stimmung, da auch ein Erfolg bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 20. Februar möglich schien. Zum Jahresende 2004 hatte der Landesvorsitzende Uwe Schäfer (Plön) in der NPD-Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ von sehr guten Aussichten für den 20. Februar 2005 gesprochen und die Leser motiviert: „In diesem Sinne lassen Sie uns gemeinsam, jeder an seinem Platz, in den Wahlkampf ziehen. Der Erfolg ist für uns alle greifbar nahe.“ Dementsprechend erklärte der Parteivorsitzende Udo Voigt, der „Marsch nach Berlin“ führe über

Kiel. In ihrem Wahlprogramm bezeichnete sich die NPD selbst als fundamentale, national ausgerichtete Opposition, die alle legalen Methoden des Widerstands auf der Straße und im Parlament nutzen werde, um sich Gehör zu verschaffen, Druck auszuüben und deutsche Interessen zu vertreten. In einer Pressemitteilung der Landes-NPD vom 27. Januar wurde erklärt, der „Kampf um die Jungwähler“ genieße oberste Priorität. Als Propagandaträger setzte die NPD dabei auf die Verbreitung rechtsextremistischer Musik. „Volkstreue“ Musik sei ein entscheidendes Element zur Wahrung nationaler Identitäten und im Medienzeitalter für die Vermittlung politischer Botschaften, vor allem für Jugendliche, immer wichtiger, ließ der Landesvorsitzende verlautbaren. Angeblich wurden rund 5.000 Musik-CDs mit dem Titel „Schnauze voll? Wahltag ist Zahntag!“ („NPD-Schulhof-CD“) im Rahmen des Wahlkampfes in Schleswig-Holstein kostenlos verteilt.

Neben der Musik-CD setzte die Partei nach ihren eigenen Angaben 1,2 Millionen Wahlkampfzeitungen, 1 Million so genannte Flyer, 25.000 bis 30.000 Wahlplakate und 100.000 Postwurf-Flugblätter in ihrem Wahlkampf ein. Mit einem Flugzeug betrieb sie Bannerwerbung über Kiel („Wählt NPD“). Zunächst sorgte die Wahlkampfauftakt-Veranstaltung des Landesverbandes am 4. Dezember 2004 in Steinburg (Kreis Steinburg), auf der das Wahlprogramm verabschiedet wurde, für Schlagzeilen. Nach Steinwürfen von Linksextremisten auf das Veranstaltungsort gingen Veranstaltungsteilnehmer selbst gewalttätig gegen die Störer vor.

Auch im weiteren Verlauf des Wahlkampfes fanden diverse Auseinandersetzungen zwischen NPD-Wahlhelfern und überwiegend linksextremistischen Gegnern statt. So gab es am 8. Januar in Neumünster Zusammenstöße von „Wahlhelfern“ mit etwa 15 mit Knüppeln bewaffneten und verummten Angehörigen der linksextremistischen Szene, die versuchten, die Verteilung von Wahlpropaganda zu verhindern. Im Verlauf des gesamten Wahlkampfes wurden zahlreiche Wahl-Stellschilder der NPD abgehängt, zerstört oder entwendet.

Infolge des „Volksfront“-Bündnisses unterstützten nicht nur Angehörige aus verschiedenen NPD-Landesverbänden (unter anderem Bayern, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern), sondern auch „Freie Nationalisten“ die Partei im Wahlkampf. An vier Tagen im Januar trat der rechtsextremistische Liedermacher Frank Rennicke (Ba-

den-Württemberg) im Rahmen von Wahlkampfveranstaltungen in Schleswig-Holstein auf. Andere bekannte Liedermacher warben unter anderem im Szene-„Club 88“ in Neumünster und im Szene-Treff in Heilshoop (Kreis Stormarn) für die NPD.

In Steinburg gab es neben der Wahlkampfauftakt-Veranstaltung zwei weitere Saalveranstaltungen mit jeweils rund 100 Zuhörern. Landesweit wurden zahlreiche Wahlkundgebungen abgehalten, Flugblätter verteilt und Informationstische aufgebaut. Mit Parolen wie „Arbeit zuerst für Deutsche“, „Nein zur Globalisierung“, „Soziale Sicherung als Grundrecht für Deutsche“ stellte die NPD „soziale Themen“ bei ihrem Wahlkampf in den Vordergrund. Das Aufgreifen „sozialer Themen“ war in Sachsen Grundlage für den dort errungenen Wahlerfolg gewesen.

Eine Großdemonstration der „Freien Nationalisten“ am 29. Januar in Kiel unter dem Motto „Gegen Multikulti & Hartz IV - das Volk sind wir!“ wurde von der NPD wie folgt beworben: „Mit der Demonstration am 29. Januar 2005, die zeitgleich zum Wahlkampf der NPD stattfindet, soll gegen die zunehmende Verausländerung und soziale Verelendung protestiert werden“. Anmelder der Demonstration war der Neo-Nationalsozialist Jörn Lemke aus Lübeck, stellvertretender Versammlungsleiter war das NPD-Vorstandsmitglied Jens Lütke. An der Demonstration nahmen rund 450 Rechtsextremisten teil. Die Polizei konnte das Aufeinandertreffen der Teilnehmer mit zum Teil militanten Gegendemonstranten verhindern. Im Vorfeld befürchteten NPD-Funktionäre, die Kundgebung könne, wie die Demonstration am 30. Januar 1999 gegen die so genannte Wehrmachtsausstellung in Kiel, gewaltdätig verlaufen und damit dem Ansehen der Partei schaden. Offensichtlich aus Furcht vor einer negativen Berichterstattung hatte der Landesvorstand am 25. Januar noch erklärt, die NPD sei für die Demonstration nicht verantwortlich. Dessen ungeachtet bewertete die Bundespartei später die Demonstration als großen Erfolg und hob hervor, dass nicht versäumt worden sei, zur Wahl der NPD am 20. Februar aufzurufen.

Das Wahlergebnis von 1,9 % war angesichts der Erwartungen von „7 bis 8 %“ eine empfindliche Niederlage für die NPD. Zwar verdoppelte die Partei gegenüber der letzten Landtagswahl (1,0 %) ihren Stimmenanteil, blieb aber weit unter ihren eige-

nen Erwartungen und hinter den Prognosen der Wahlforscher zurück. Überdurchschnittliche Ergebnisse gab es in den Wahlkreisen

Neumünster	3,1 %
Lübeck-West	2,9 %
Lauenburg-Süd	2,8 %
Lübeck-Ost	2,7 %
Steinburg-Ost	2,5 %
Lauenburg-Nord	2,4 %
Lauenburg-Mitte	2,3 %
Pinneberg-Elbmarschen	2,2 %

Der Grund für diese aus Sicht der NPD positiven Ergebnisse dürfte im Bekanntheitsgrad einiger Direktkandidaten oder in der sozialen Struktur einiger dieser Regionen liegen. Die Kommentare und Analysen innerhalb des rechtsextremistischen Lagers zu Ursachen und Folgen des Wahlausgangs zeigten Enttäuschung auf Seiten der NPD, Häme bei den Neo-Nationalsozialisten und den „Republikanern“. Der NPD-Landesverband stellte auf seiner Internet-Seite ernüchtert fest: „Aufwärtstrend der NPD bestätigt, mehr wäre besser.“

Auch der Bundesvorsitzende Voigt gestand die Niederlage in seiner Stellungnahme ein:

„Mit einem solchen Ergebnis in Schleswig-Holstein hatten wohl selbst die Skeptiker in unseren Reihen nicht gerechnet. Unsere Erwartungshaltung lag deutlich über dem erzielten Ergebnis. Angesichts dessen können trotz realem Hintergrund nur noch Spötter behaupten, die NPD in Schleswig-Holstein habe, gemessen an der Ausgangslage, durch eine fast Verdoppelung ihrer Stimmen den deutlichsten Zugewinn aller an der Landtagswahl beteiligten Parteien gehabt.“

Der NPD-Landesvorsitzende Schäfer zeigte sich in der „Schleswig-Holstein-Stimme“ vom Wahlergebnis enttäuscht. Die Frage, woran es gelegen habe, werde man nie richtig beantworten können. Einen wesentlichen Faktor sah Schäfer - wie Voigt - jedoch in der angeblich systematisch erfolgten Hetze gegen die Partei. Es sei kein Tag vergangen, an dem nicht über „den Angeklagten NPD“ hergezogen worden sei. Es sei alles getan worden, um die NPD mit Hilfe des Staatsschutzes und „der Linken“ von der Bevölkerung fernzuhalten.

Die tatsächlichen Gründe für den Misserfolg scheinen vielfältig. Eine gesellschaftliche Verankerung der NPD ist in Schleswig-Holstein nicht festzustellen. Erfahrungsgemäß ist sie aber in Regionen erfolgreicher, in denen auch etablierte Bürger Präsenz für die Partei „vor Ort“, beispielsweise in Kommunalparlamenten, zeigen. Darüber hinaus sorgte die NPD in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein überwiegend für negative Schlagzeilen. Durch die eher neo-nationalsozialistische Ausrichtung des Landesverbandes war der von der Bevölkerung als Bedrohung empfundene „Kampf um die Straße“ bestimmend für die Wahrnehmung durch potenzielle Wähler. Das Aufgreifen „sozialer Themen“, das in Sachsen entscheidend für den Wahlerfolg war, konnte diesen Eindruck bei schleswig-holsteinischen Wählern offensichtlich nicht ausgleichen. Dies galt umso mehr, als durch den von Gewalttätigkeiten gekennzeichneten Wahlkampfauftakt, für den in den Medien die NPD verantwortlich gemacht wurde, Vorbehalte gegen die Partei verstärkt wurden. Nicht zuletzt durch die Begleitumstände der Demonstration am 29. Januar in Kiel begann eine kritische, breit angelegte öffentliche Diskussion um Auftritt und Ziele der NPD. Wiederum wurde die öffentliche Aufmerksamkeit in negativer Form auf die NPD gelenkt. Außerhalb der rechtsextremistischen Stammwählerschaft konnte die Partei in der Folge keinen weiteren Zuspruch erringen.

Bundestagswahl

Zwei Tage nach dem für die NPD enttäuschenden Ergebnis bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 22. Mai (0,9 %) kündigte der Bundesvorstand an, dass die Bundestagswahl im September nun oberste Priorität für die Gesamtpartei habe. Die „nationale Opposition“ werde sich als glaubwürdige Alternative zum herrschenden Parteienkartell präsentieren und Direktkandidaten in allen Bundestags-Wahlkreisen stellen. Die Deutschen würden nicht allein die Wahl zwischen Pest und Cholera haben. Als Themenschwerpunkte wurden (wiederum) der Bereich Soziales, die EU, aber auch die „in Westdeutschland immer stärker um sich greifende Überfremdung“ genannt. Schließlich sollte auch eine Musik-CD, mit der vor allem Erstwähler angesprochen werden sollten, eines der wichtigsten Werbemittel im bevorstehenden Bundestagswahlkampf sein.

Der schleswig-holsteinische Landesverband teilte auf seiner Internet-Seite am 13. Juni mit, dass der Vorstand die Weichen für eine „aktive Teilnahme an einer evtl. vorgezogenen Bundestagswahl gestellt“ habe. Die Bedingungen dazu seien in mancher Hinsicht günstig. Die NPD müsse keine Unterstützungsunterschriften sammeln, zwei neue Kreisverbände seien gegründet worden, die Mitgliederzahl habe sich mehr als verdoppelt und die NPD werde von der DVU und den „Freien Kameradschaften“ unterstützt. Ingo Stawitz (Uetersen) sei erneut zum Wahlkampfleiter und Pressesprecher gewählt worden. Die NPD werde alle elf Wahlkreise mit guten Kandidaten besetzen, die nicht unbedingt alle Mitglied der Partei sein müssten.

Auf dem Landesparteitag am 17. Juli in Steinburg wurden die Bundestags-Kandidaten nominiert. Bemerkenswert war, dass sich sowohl bei der Aufstellung als auch bei der Wahl der Kandidaten die bei rund 40 % der Mitglieder vorhandene neo-nationalsozialistische Ausrichtung nicht widerspiegelte. Die NPD kommentierte die Kandidatenliste wie folgt: „Damit stellt der Landesverband gesellschaftlich gestandene Bewerber aus den verschiedensten Lebensbereichen auf. Alle Bewerber sind angetreten, um die Interessen der ‚kleinen Leute‘ zu vertreten.“

Im Gegensatz zum vorangegangenen Landtagswahlkampf, bei dem die schleswig-holsteinische NPD deutliche Unterstützung von süd- und ostdeutschen Parteimitgliedern erfuhr, war der Landesverband im Bundestagswahlkampf auf sich allein gestellt. Insbesondere durch das Engagement der infolge des Landtagswahlkampfes hinzu gewonnenen Neumitglieder und zahlreicher Personen aus dem Umfeld der „Freien Nationalisten“ konnte sich die Partei in Schleswig-Holstein nicht nur durch vielfältige Plakatierungen, sondern auch durch Informationstische und Kundgebungen in der Öffentlichkeit darstellen. Vorgetragen wurden wiederum überwiegend „soziale Themen“. Nicht mehr mit einer „Nostalgie-Diskussion“ zum historischen Nationalsozialismus, sondern durch das Thematisieren politischer Probleme der Gegenwart versuchte die NPD, verstärkt in die Öffentlichkeit hineinzuwirken.

Keine der zur Bundestagswahl angetretenen rechtsextremistischen Parteien erzielte ein Ergebnis, das auch nur im Entferntesten für das Überwinden der 5-%-Klausel gereicht hätte. Immerhin konnte die NPD im Vergleich zur Bundestagswahl 2002

ihren Anteil um 1,2 % auf 1,58 % erhöhen. Sie übersprang (wie auch die „Republikaner“) die 0,5-%-Marke und durfte in der Folge Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung beanspruchen.

Mit 1,0 % in Schleswig-Holstein lag die NPD noch leicht unter dem westdeutschen Durchschnittsergebnis von 1,1 %. Verglichen mit der Bundestagswahl von 2002, bei der sie 0,3 % erreichte, ist das dennoch eine bemerkenswerte Steigerung.

Überdurchschnittliche Ergebnisse gab es in den Wahlkreisen Herzogtum Lauenburg-Stormarn-Süd und Steinburg-Dithmarschen-Süd mit jeweils 1,2 %. In der Gesamtbetrachtung kann das schleswig-holsteinische Ergebnis als ein Beleg für die Konsolidierung des vor kurzem noch stark geschwächten Landesverbandes gelten.

2.3 Rechtsextremistische Musik-Szene

Musik hat in der Entwicklung und Etablierung von Subkulturen stets eine herausragende Bedeutung.

Rechtsextremistische Musik ist das entscheidende Bindeglied für die bestehende Szene und in der Regel erster Kontaktpunkt für bislang unpolitische Jugendliche. In einem im November 2005 geführten Interview äußert sich der Gitarrist der schleswig-holsteinischen rechtsextremistischen Skinhead-Musikgruppe „Words of Anger“ zu der Frage, wie und wann er in die Szene gelangte:

„Gute Frage, war es die Musik? Waren es Freunde? Ich glaube von allem etwas. Man war halt erst mal nationaler Skinhead, hatte aber nicht so viel Ahnung. Mit der Zeit kamm dann der Rest.“
(Schreibweise wie im Original)

Diese Erkenntnis versuchen seit Ende 2003 führende deutsche Rechtsextremisten unter der Bezeichnung „Projekt Schulhof“ zu nutzen. Sie planten die kostenlose, bundesweite Verteilung von mindestens 50.000 CDs mit Liedern rechtsextremistischer Musikgruppen und Liedermacher an Jugendliche, die nicht der rechtsextremistischen Szene angehören. Ziel des Projektes ist, ideologisch nicht gefestigte Jugendliche über das Medium Musik mit rechtsextremistischem Gedankengut in Kontakt zu bringen und sie auf diese Weise zu rekrutieren. Die für das Projekt mit Unterstützung diverser rechtsextremistischer Skinhead-Musikvertriebe, Musikgruppen,

„Kameradschaften“ und Einzelpersonen produzierte CD-ROM mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund“ enthält unter anderem 19 Musikstücke szenebekannter Musikgruppen aus dem In- und Ausland. Gegen die CD besteht aufgrund ihres jugendgefährdenden Inhaltes seit August 2004 ein allgemeiner richterlicher Beschlagnahmebeschluss. Mit mehr als einjähriger Verzögerung ist es der Szene gelungen, die ursprünglich im Juli 2004 produzierten Tonträger an Unterverteiler zu verbreiten und Anfang August 2005 Verteilaktionen in zahlreichen Bundesländern durchzuführen.

In Schleswig-Holstein wurden Mitte August rund 200 Exemplare nach Verteilaktionen an vier Schulen im Kreis Herzogtum Lauenburg beschlagnahmt. Bundesweit wurden bis Jahresende rund 4.000 CDs sichergestellt.

Auch die NPD nutzte im Berichtsjahr das Medium Musik, um Jungwähler zu gewinnen. Sie produzierte unter der Bezeichnung „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag!“ („NPD-Schulhof-CD“) eine nicht strafbare CD mit 14 Musikstücken rechtsextremistischer Liedermacher und Skinhead-Musikgruppen. Diese wurde im Rahmen des schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampfes kostenlos im Nahbereich von Schulen sowie vor NPD-Informationsständen verteilt.

Ende August kam im Rahmen des Bundestagswahlkampfes eine weitere, strafrechtlich nicht relevante CD mit dem Titel „Hier kommt der Schrecken aller linken Spießler und Pauker!“ zum Einsatz.

Interesse für rechtsextremistische Musik wird auch geweckt, indem sich Skinhead-Musikgruppen zunehmend ihrer potenziellen Zuhörerschaft anpassen und neben traditionellen Musikrichtungen wie „R.A.C.“-Musik und „Oi!“-Musik stilistisch auch andere Musikrichtungen, wie z. B. „Hardcore“, „Black Metal“ oder Balladen, nutzen. Trotz dieser Bandbreite haben die Texte eines gemeinsam: Sie propagieren neo-nationalsozialistische Ideologiefragmente, Rassismus sowie Antisemitismus und verherrlichen Gewalt.

Aggressiver Musikstil fördert eine gewaltbereite Grundeinstellung und kann in Einzelfällen der Auslöser für Gewalttaten sein.

Im Forum des rechtsextremistischen „Wikinger-Versand“ äußert sich Mitte Dezember ein langjähriger Betreiber eines rechtsextremistischen Skinhead-Musikvertriebes zu dieser Symbiose aus Musik und Gewalt (-bereitschaft). Um den Verkauf einer CD voranzutreiben, schreibt er:

„(...) Hass braucht keinen Namen. Hass benötigt ein Ventil. Und dieses Ventil ist in diesem Falle zweifelsohne die Musik. Die Stücke auf dieser brandneuen Scheibe sind genau das richtige Mittel, (...) Texte und Musik sind wie ein Schlag in die Fresse des Systems. Eine geballte Ladung Hass, (...)“
(Schreibweise wie im Original, Einstellung vom 16. Dezember 2005)

Bundesweit fanden 2005 193 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte statt (2004: 137). In Schleswig-Holstein wurden davon zwei Konzerte durchgeführt (2004: vier). Eine Veranstaltung fand am 5. März mit der inzwischen aufgelösten Neumünsteraner Musikgruppe „Deathlist 5“ vor rund 60 bis 70 Teilnehmern in Büdelsdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) statt. Das zweite Konzert besuchten rund 50 Szene-Angehörige am 2. Juli im „Club 88“ in Neumünster, bei dem die schleswig-holsteinische Band „Words of Anger“ sowie ein rechtsextremistischer Liedermacher auftraten. Ein für den 9. Juli in Lübeck geplantes rechtsextremistisches Skinhead-Konzert mit fünf Musikgruppen wurde der Polizei vor Veranstaltungsbeginn bekannt und konnte verhindert werden.

Rechtsextremistische Liedermacher traten bundesweit bei 52 Liederabenden auf (2004: 42). In Schleswig-Holstein wurden 2005 neun Veranstaltungen bekannt (2004: zwölf), davon fünf im „Club 88“ in Neumünster. Vier Liederabende fanden im zum 31. Juli geschlossenen „Landhaus Heilshoop“ in Heilshoop (Kreis Stormarn) statt. Die Teilnehmerzahl bei den Darbietungen in Neumünster und Heilshoop lag je nach Bekanntheitsgrad der Interpreten zwischen 25 und 70 Rechtsextremisten.

Die Zahl der Auftritte rechtsextremistischer Skinhead-Musikgruppen und Liedermacher im Rahmen anderer Veranstaltungen lag bundesweit bei 47 (2004: 38). In Schleswig-Holstein sind davon acht Veranstaltungen bekannt geworden (2004: zwei). Sieben Veranstaltungen standen im Zusammenhang mit dem Landtags- und

Bundestagswahlkampf der NPD, eine Veranstaltung fand anlässlich des neunten Geburtstages des „Club 88“ in Neumünster statt.

		2001	2002	2003	2004	2005
Rechtsextremistische	Bund	80	112	119	137	193
Skinhead-Konzerte	Land	3	1	2	4	2
Rechtsextremistische	Bund	47	33	33	42	52
Liederabende	Land	1	9	0	12	9
Skinhead-Bands und Liedermacher	Bund	*	15	24	38	47
bei sonstigen Veranstaltungen	Land	*	0	0	2	8

* Keine gesonderte Auswertung, Zahlen bei den Liederabenden enthalten

Ursachen des erneuten Aufwärtstrends bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen dürften unter anderem sein, dass

- rechtsextremistische Musik auch zunehmend von unpolitischen Jugendlichen konsumiert wird,
- die NPD im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sowie des Bundestagswahlkampfes Musik-CDs in hoher Auflage als Propagandamittel eingesetzt hat,
- die aus Szene-Sicht erfolgreiche Fortsetzungsfeststellungsklage in der Folge einer Konzertauflösung im Jahr 2001 in Hamburg potenzielle Konzertveranstalter ermutigt hat, rechtliche (und finanzielle) Risiken bei der Planung einer entsprechenden Veranstaltung einzugehen,
- rechtsextremistische Skinhead-Konzerte weiterhin konspirativ geplant werden.

Zu den bundesweit rund 100 aktiven rechtsextremistischen Skinhead-Musikgruppen zählen zwei aus Schleswig-Holstein:

Die aus dem Raum Lübeck/Ostholstein stammende Gruppe „Einherjer“ trat 2005 lediglich einmal auf und debütierte mit der strafrechtlich nicht relevanten CD „Auf in den Krieg“.

Die aktivste schleswig-holsteinische Band ist „Words of Anger“ aus Ostholstein, die im Sommer 2004 aus der 2003 bekannt gewordenen Gruppe „Rassenhass“ hervorgegangen ist. Das Repertoire des Trios beinhaltet diverse Lieder mit antisemitischen, fremdenfeindlichen und volksverhetzenden Texten. Bislang sind drei strafrechtlich relevante (eine CD, zwei Sampler) sowie ein weiterer nicht strafbarer Tonträger bekannt geworden. „Rassenhass“ bzw. „Words of Anger“ sind seit ihrer Gründung rund zwanzigmal aufgetreten, unter anderem in acht verschiedenen europäischen Staaten. Insbesondere aufgrund der zahlreichen Auftritte hat sich die Band, die auch über eine eigene Internet-Seite verfügt, über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus in der rechtsextremistischen Szene etablieren können.

2.4 Rechtsextremistische Medien

Durch verstärkten und vor allem gezielten Medieneinsatz versuchten Rechtsextremisten auch im Berichtsjahr, ihre Basis zu verbreitern. Auch wenn inzwischen ein wesentlicher Teil der Informationsweitergabe mit Hilfe des Internet erfolgt, spielen regelmäßig erscheinende Druckerzeugnisse weiterhin eine wichtige Rolle.

2.4.1 Schriften

Dem unmittelbaren Kontakt zwischen Angehörigen der Szene kommt nach wie vor eine herausragende Rolle zu. Informationen können vertraulich, auch konspirativ, weitergegeben werden; die Einbindung in verschiedene Gruppierungen wird durch gemeinsame Aktionen, Erlebnisse und Erfahrungen unmittelbar gestärkt. Dem Austausch von Schriften - oftmals von Hand zu Hand - kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt umso mehr, als längst nicht alle Szene-Angehörigen einen Internet-Zugang besitzen. Letztlich wird aber mit der Herausgabe dieser Schriften auch versucht, Alternativen zur so genannten System-Presse zu schaffen, immer mit dem Ziel, möglichst ungestört das eigene Weltbild zu vermitteln.

Die bedeutendste rechtsextremistische Publikation im Lande ist derzeit die „**Schleswig-Holstein-Stimme**“ des Landesverbandes der NPD. Die erste Ausgabe erschien im September 2003 mit einer Auflage von 300; sie umfasste 16 Seiten. Der Beginn der Veröffentlichung entsprach dem erklärten Ziel des neuen Landesvorstandes, „wieder politische Inhalte zu vermitteln (...) und Publikationen zu erstellen“. Schriftleiter ist das NPD-Vorstandsmitglied Jens Lütke. In der Ausgabe 14 zog er ein zufriedenes Resümee der bisherigen Arbeit:

„(...) ich denke, daß es uns gelungen ist, damit ein Mitteilungsblatt zu etablieren, daß sich sehen lassen kann. Nur wenige Landesverbände haben eine solche wirklich regelmäßige erscheinende Broschüre, und keine außer der Schleswig-Holstein-Stimme erhalten alle Mitglieder kostenlos sechsmal im Jahr!“
(Schreibweise wie im Original)

Besonders in der Anfangszeit wurde aus den Beiträgen der Schulterschluss der Landes-NPD mit den neo-nationalsozialistischen Kräften deutlich. Im Berichtsjahr 2005 erschienen insgesamt sechs Ausgaben, nach eigenen Angaben mit einer derzeitigen Auflagenstärke von 380 Stück. Jede Ausgabe der Publikation enthält ein Vorwort des NPD-Landesvorsitzenden Uwe Schäfer. Es folgen in den Rubriken „Nationale Aktivitäten“ und „Parteigeschehen“ Berichte aus den einzelnen Kreisverbänden. „Politische Nachrichten“, ein theoretischer zeitgeschichtlicher Beitrag sowie Termine vervollständigen das rund 20-seitige Blatt.

Das Zeitungsprojekt „**Durchblick – Sozialrevolutionäre Zeitschrift für Norddeutschland**“ wird von einer „Redaktionsgemeinschaft freier Nationalisten in Schleswig-Holstein“ herausgegeben. Die Kontinuität belegt die fortdauernde Existenz eines Netzwerkes „Freier Nationalisten“ auch in Schleswig-Holstein. Die erste Ausgabe erschien im Mai 2004, zwei weitere folgten. 2005 wurden insgesamt vier Hefte veröffentlicht. Die Themenbereiche sind vielfältig und reichen von (tendenziösen) Berichten über multikulturelle Gesellschaftsformen, Globalisierung, Umweltprobleme, Asylrecht bis hin zu Ausführungen zum Thema „Sozialismus“. Im Vorwort der Ausgabe Nr. 6 (August - Oktober 2005) heißt es:

„Das Zeitungsprojekt ‚Durchblick‘ möchte durch politische Aufklärungsarbeit zu einem wirklichen Systemwechsel in Deutschland mit beitragen (...).“

und in der Ausgabe Nr. 7:

„Erst wenn wir es schaffen, im Volk einen Umdenkprozess zu erwirken, wird unsere Politik erfolgreich sein. Dazu möchte auch das Zeitungsprojekt ‚Durchblick‘ mit beitragen.“

Bemerkenswert erscheint, dass sich in der Publikation keine Berichte zu Aktionen und Ereignissen oder mit Bezug zu regionalen Aktivitäten in Schleswig-Holstein wiederfinden. Mit einer Auflage von 400 hat sich die Zeitschrift in der Szene etabliert. Sowohl auf den einschlägigen regionalen als auch überregionalen Internet-Seiten wird für die Publikation geworben.

2.4.2 Internet

Das Internet wird inzwischen von Rechtsextremisten wie selbstverständlich als Plattform verschiedener Aktivitäten genutzt. In erster Linie dient das Netz der Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda. Internet-Seiten mit strafbaren Inhalten werden daher oft anonym über ausländische Provider in das Netz gestellt. Dies erschwert die Strafverfolgung, wenn die Gesetzgebung des jeweiligen Staates die Verbreitung solcher Inhalte weitgehend zulässt. Die Grenze zur Strafbarkeit wurde in Schleswig-Holstein in der Vergangenheit aber vergleichsweise selten überschritten. Ungeachtet dessen nutzen Rechtsextremisten auch hier das ganze Spektrum der Möglichkeiten des Netzes. Neben dem Einsatz als Propagandamittel wird um neue Kontakte geworben, werden Kampagnen gesteuert und wird für Aktionen mobilisiert. E-Mail-Funktionen werden genauso genutzt wie Mailing-Listen, Newsletter-Funktionen und Foren. Über Musikaustauschbörsen werden Lieder, oftmals ganze CDs, auch mit indizierten Inhalten, als Dateien ausgetauscht. Die nachfolgenden Beispiele vermitteln als Ausschnitt ein Bild über das Spektrum der genutzten Möglichkeiten:

Zu den wichtigsten Internet-Seiten gehört die Internet-Präsentation des schleswig-holsteinischen **NPD**-Landesverbandes. Auf seiner Seite wirbt der Landesverband

unter der Überschrift „Nur die NPD schafft wirklich Veränderungen!“ für eine Mitgliedschaft in der Partei. Unter verschiedenen Rubriken wie „Aktuelles“, „Veranstaltungen“, „Kontakte“ etc. kann der Leser sich über die Partei informieren. Zu drei der sechs Kreisverbände im Land (Kiel/Plön, Lübeck/Ostholstein, Segeberg/Neumünster), die eigene Internet-Seiten betreiben, und zur „Schleswig-Holstein-Stimme“ bestehen Links.

Als Reaktion auf zahlreiche Vereinsverbote versucht die neo-nationalsozialistische Szene seit Mitte der 1990er-Jahre, ohne organisationsgebundene Strukturen auszukommen. Zu den Steuerungsinstrumenten gehörte zunächst die Zeitschrift „Zentralorgan“, die jedoch seit 2002 nicht mehr erscheint. Die gleichzeitig ins Leben gerufene Internet-Seite „**widerstandnord**“ existiert dagegen nach wie vor und bietet regionalen Projekten der „Freien Nationalisten“ die in Schleswig-Holstein und Hamburg bedeutendste auf das Internet gestützte Propagandaplattform. In einer Selbstdefinition heißt es, sie sei

„eine unabhängige informelle Netzstruktur für die Berichterstattung über nationale und soziale Bewegungen an der Basis des Widerstandes. (...) bietet freien politischen Gruppen und Projekten die Möglichkeit, diese Netzstruktur im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten als Plattform für kontinuierliche, verbindliche und revolutionäre Berichterstattung zu nutzen.“

Folgende Projekte sind auf ihr zu finden:

- Das „**Aktionsbüro Norddeutschland**“ wird von dem Neo-Nationalsozialisten Tobias Thiessen (Henstedt-Ulzburg) betrieben und gilt in der Szene als eines der wichtigsten „Büros“ mit überregionaler Bedeutung. Die Seite dient in erster Linie der Mobilisierung zu verschiedenen Aktionen, meist größeren Demonstrationen. Gleichzeitig ist sie gewissermaßen Infobörse, verbreitet Grundsatz- und Strategiepapiere und versteht sich als Plattform unterschiedlicher Kampagnen.
- Die logistische Unterstützung geplanter Aktionen und Kampagnen wird mit der Seite „**Nationale Medien Norddeutschland**“ verfolgt. Der gesteckte Rahmen wird auf der Seite selbst beschrieben:

„Das ‚Projekt Nationale Medien Norddeutschland‘ macht es sich zur Aufgabe, bei der Herstellung von Drucksachen wie Zeitungen, Aufklebern, Flugblättern und Plakaten zu helfen. Auch die Herstellung anderer politischer Werbemittel wie Transparente, Anstecker oder Schlüsselanhänger kann über dieses Projekt nach Euren Wünschen organisiert werden. Gerade für freie Kräfte kann das Projekt (...) eine nützliche Hilfe im politischen Kampf sein, der ohne professionelles, aber auch preislich erschwingliches Werbematerial nicht zu führen wäre.“

Bis kurz vor Jahresende nannte sich die von einem schleswig-holsteinischen Neo-Nationalsozialisten betriebene Internet-Seite noch „Freies Infotelefon Norddeutschland“. Das „Infotelefon“ war neben dem „Aktionsbüro“ viele Jahre einer der wichtigsten Kommunikations-Multiplikatoren der norddeutschen neo-nationalsozialistischen Szene.

- Eigenen Angaben zufolge wird das Projekt „**Holsteiner Widerstand**“ von vielen nationalen Aktivisten vor allem aus Schleswig-Holstein unterstützt. Die regelmäßig aktualisierte Seite ist damit in erster Linie Propagandaplattform schleswig-holsteinischer Neo-Nationalsozialisten. Gemeinsames Ziel sei es, so der Betreiber, die Politik und das Gedankengut der schleswig-holsteinischen nationalen Opposition wieder weithin sichtbar zu machen. Die Internet-Seite soll, so wird unter der Überschrift „Wer wir sind - Was wir wollen“ propagiert,

„eine erste Anlaufstelle für vom jetzigen System enttäuschte und nationaldenkende Bürger sein, die (...) zusammen mit aktiven Nationalisten vor Ort den politischen Kampf für ein besseres Deutschland aufnehmen wollen.“

(Schreibweise wie im Original)

- Der „**Freundeskreis Halbe**“ ist ein fiktiver Zusammenschluss. Er wurde zur Planung und Durchführung von Aktionen zum Volkstrauertag „erdacht“. Die Szene knüpft inhaltlich an die nationalsozialistische Begehung dieses Tages an und feiert ihn zum Gedenken an die Toten des Ersten Weltkrieges alljährlich als so genannten Heldengedenktag. Seit 2003 veranstaltet der „Freundeskreis“ im November im brandenburgischen Halbe seinen Aufmarsch. Initiator der unterstützenden Internet-Seite ist der Betreiber des Projekts „Nationale Medien Norddeutschland“.
- Die „**Initiative Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen**“ wurde im September 2004 von „freien Nationalisten aus Hamburg“ ins Leben gerufen. Im Herbst 2004 erschien eine 12-seitige „Infozeitung“ mit dem Titel „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“, die vom Leiter des „Aktionsbüro Norddeutschland“, Tobias Thiessen, verantwortlich herausgegeben wurde. Unter der Bezeichnung der „Initiative“ fanden außerdem am 1. Mai und 10. September Demonstrationen in Heide (Kreis Dithmarschen) statt. Auf der Internet-Seite der „Initiative“, einer klassischen Kampagnen-Seite, gibt es zahlreiche Verlinkungen zu themenbezogenen Textdokumentationen, zu „Kampagnendemonstrationen“ auch in anderen Ländern und zu verschiedenen rechtsextremistischen Internet-Seiten (siehe dazu unter Nr. II 3.1.3).

- Das Projekt „**Neonazis in Hamburg**“, inzwischen umbenannt in „**Hamburg: Jugend zu uns!**“, ist ausgestaltet als eine Kontakt- und Werbeseite; Zielgruppe sind insbesondere Jugendliche. Unter den Rubriken „Wer sind die ‚Neonazis‘ in Hamburg“ und „Was geht ab (...)“ bezeichnen sich die Initiatoren als junge Menschen, die sich politisch im nationalen Widerstand engagieren und das Ziel haben, nationale Politik sichtbar zu machen:

„Nazi‘ sein, heißt: Ein System abzulehnen, daß seit über 50 Jahren Politik gegen uns Deutsche macht.“
(Schreibweise wie im Original)

Als Voraussetzung für eine Mitarbeit werden politisches Interesse, Opferbereitschaft, Gemeinschaftssinn, Zuverlässigkeit und Aufrichtigkeit gefordert:

„Der nationale Widerstand ist kein Abenteuerspielplatz, sondern politische Opposition! (...)“
Die Kernforderung lautet: Weg mit dem asozialen System!“

- Das Projekt „**Wunsiedel-Gedenken**“ wird von einem so genannten Wunsiedel-Komitee in Vorbereitung einer alljährlichen Gedenkveranstaltung zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß aktualisiert. Die Seite dient vornehmlich der Mobilisierung (siehe dazu unter Nr. II 3.1.4).
- Der „**Arbeitskreis Mädelschar**“ wird als überregionaler Zusammenschluss politisch aktiver Frauen bezeichnet. Eigenen Angaben zufolge wurde er im November 1999 gegründet, entfaltet aber seit 2002 keinerlei Aktivitäten mit Außenwirkung.

Seit Anfang November wird aus dem Raum Schleswig die Internet-Seite „**Norddeutsche Nationalisten**“ betrieben. Die Seite beinhaltet unter anderem Verweise zu rechtsextremistischen Internet-Seiten, herunterladbare Muster für Aufkleber und so genannte Flyer, einen gebietsrevisionistischen Artikel sowie eine „Anti-Antifa-Liste“ (mit Namen und Fotos).

Seit dem Frühjahr 2005 bemüht sich das „Aktionsbüro Norddeutschland“, die in der Region Dithmarschen vorhandenen Angehörigen der Subkultur- und neo-national-sozialistischen Szene zu koordinierten politischen Handlungen zu bewegen. Dazu wurden unter anderem drei Demonstrationen durchgeführt (1. Mai und 10. September in Heide, 24. September in Brunsbüttel). Diese Aktionen sowie die Möglichkeit einer Kontaktaufnahme werden auf der seit Anfang November 2005 kaum aktualisierten Internet-Seite des „**Freier Widerstand Dithmarschen**“ dargestellt.

Die rechtsextremistische Skinhead-Musikgruppe „**Words of Anger**“ aus Ostholstein betreibt seit April 2005 als einzige schleswig-holsteinische Band eine eigene Internet-Seite. Die Präsenz enthält unter anderem eine Beschreibung der Gruppe (Mitglieder, Historie etc.), Hörproben, Fotos von Konzerten, Interviews (mit politischen Aussagen), Verweise zu anderen rechtsextremistischen Internet-Seiten und ein Gästebuch.

3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen

Die in Schleswig-Holstein aktiven rechtsextremistischen Organisationen und Personenzusammenschlüsse können weiterhin in zwei Strömungen unterteilt werden: eine „aktionistische“, die inzwischen den größten Anteil stellt, und eine „legalistisch/parlamentsorientierte“, die seit Jahren eine rückläufige Entwicklung erlebt. „Legalistisch/parlamentsorientiert“ geben sich die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“. Noch unklar ist der Weg der „Deutschen Partei“, die wegen der Abgrenzungsbemühungen ihres - inzwischen abgesetzten - Vorsitzenden gegenüber der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) in einen innerparteilichen Richtungsstreit geriet. Seit dem Ende des Berichtsjahres verfügt sie zumindest formell über einen Landesverband in Schleswig-Holstein. Die NPD kann, da sie auch Präsenz in den Parlamenten anstrebt, als Brücke zwischen beiden Strömungen angesehen werden. Der „Kampf um die Wähler“ bildet, ihrer Strategie der vergangenen Jahre insoweit treu bleibend, gegenwärtig den Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung. Weiterhin unterhält sie aber auch engen Kontakt zu den offen die „Systembeseitigung“ propagierenden „Freien Nationalisten“, die ihre Aktivitäten insbesondere in dem auch von der NPD propagierten „Kampf um die Straße“ entfalten.

Der „aktionistische“ Flügel des Rechtsextremismus kann grundsätzlich als neo-nationalsozialistisch charakterisiert werden, da seine Akteure teils offen, teils verdeckt Bezüge zum historischen Nationalsozialismus erkennen lassen.

Die „Freien Nationalisten“ bilden wiederum die Nahtstelle zu den politisch schwer lenkbaren, aber auch als rechtsextremistisch einzustufenden Subkultur-Gruppen (Skinheads). Beide Formen des formell überwiegend unorganisierten Rechtsextremismus müssen als latent gewaltbereit gelten.

3.1 Neo-nationalsozialistische Personenzusammenschlüsse

3.1.1 Entwicklungen aktionistisch geprägter Personenzusammenschlüsse

Die „aktionistischen“ Rechtsextremisten können in drei miteinander verflochtene Hauptlinien unterteilt werden: Die NPD, Neo-Nationalsozialisten, sich selbst als „Freie Nationalisten“ bezeichnend, und die auch Skinheads genannten Subkultur-Gruppen.

Neo-nationalsozialistische Kräfte haben den Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein über Jahre dominiert. Auf ihre Initiative geht die Bildung der „Kameradschaften“, die das Bild des Neo-Nationalsozialismus lange Jahre in Deutschland bestimmt haben, zurück. Art und Weise der Einflussnahme auf die Szene haben sich in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren aus verschiedenen Gründen aber mehrfach verändert. Waren es zunächst dominante „Kameradschaften“, die das Bild prägten, folgte die Phase der „Übernahme“ des Landesverbandes der NPD durch Neo-Nationalsozialisten. Nach dem Scheitern der Übertragung dieses „Modells“ auf die Bundespartei und der Destabilisierung des Landesverbandes folgte ein Zeitraum der Stagnation. Diesem schloss sich nach mehreren Exekutivmaßnahmen im Rahmen des so genannten „Combat-18“-Verfahrens eine Phase der nachhaltigen Schwächung an. Nach Beginn der Konsolidierung des NPD-Landesverbandes durch die Wahl ehemaliger eher traditionell ausgerichteter Funktionäre in den Landesvorstand der Partei vollzog sich die weitere Entwicklung der Einflussnahme der Neo-Nationalsozialisten auf zwei Ebenen. Im Zuge der Umsetzung des „Volksfront“-Gedankens suchten sie einerseits - anlehnend an die bundesweite Entwicklung -

eine diesmal konstruktive Mitarbeit in der NPD. Mittlerweile besteht wieder ein beträchtlicher Einfluss in der Landespartei. Andererseits bündelten sie vorhandene Kräfte zur netzwerkartigen Struktur, die Führungspersonen zusammenführte und inzwischen weite Teile des Landes erfasst. Damit einher ging allerdings die unmittelbare Nähe zur Subkultur weitgehend verloren. Immer seltener gelang es, neue Personen in politische Strukturen einzubinden. Die Bedeutung der politischen „Kameradschaften“ ging noch weiter zurück.

Folgerichtig hat sich der Einfluss der „Freien Nationalisten“ in Schleswig-Holstein insgesamt zwar verringert, dennoch spielen sie weiterhin eine durchaus gewichtige Rolle. Nur durch ihre Unterstützung wurde der Bedeutungszuwachs der NPD ermöglicht. Führende Neo-Nationalsozialisten sind inzwischen wieder Funktionsträger der NPD. Nach wie vor agieren sie in der Szene aber auch ausdrücklich und unabhängig als „Freie Nationalisten“. Diese Ambivalenz des politischen Handelns macht es erklärlich, dass trotz wechselseitiger Unterstützung das Verhältnis von Neo-Nationalsozialisten zur NPD (wie auch unter Nr. II 2.1 dargestellt) nicht frei von Spannungen ist.

Die wesentlichen Impulse für die neo-nationalsozialistische Szene in Schleswig-Holstein gehen derzeit vom „Aktionsbüro Norddeutschland“ aus, das gewissermaßen Schaltstelle der Vernetzung „Freier Nationalisten“ in Schleswig-Holstein geworden ist. Dessen Betreiber war im Berichtszeitraum bemüht, die rückläufige Entwicklung der schleswig-holsteinischen Kameradschafts-Szene zu überwinden.

Der Bedeutungsverlust der „Freien Nationalisten“ spiegelt sich in der Bedeutungslosigkeit früherer Hochburgen der Kameradschafts-Szene wider. Der Niedergang der politischen „Kameradschaften“ ist jedoch nicht nur für die Regionen Kiel, Rendsburg und Pinneberg, sondern auch für die Kreise Herzogtum Lauenburg und Stormarn festzustellen. Anderenorts werden ursprünglich der Kameradschafts-Szene zuzurechnende Personenzusammenschlüsse durch die NPD dominiert. Beispielhaft hierfür sind die Regionen Lübeck/Ostholstein und der Kreis Segeberg. „Kameradschaften“ im Sinne der Definition der Verfassungsschutzbehörden waren im Berichtsjahr nur in Neumünster und im Raum Dithmarschen festzustellen.

Zusammengefasst bedeutet die aufgezeigte Entwicklung, dass sich das Personenpotenzial der aktionistischen Szene zwar nicht verringert hat, derzeit aber politische Bindungswirkung in den meisten Regionen des Landes lediglich die NPD entfaltet. Deren Einfluss, aber auch der der Neo-Nationalsozialisten auf den zahlenmäßig größten Anteil, die politisch nur schwer zu steuernde Subkultur-Szene, ist zurzeit eher gering.

3.1.2 Regionale Schwerpunkte

Kiel

Symptomatisch für die unter Nr. II 3.1.1 beschriebene Entwicklung der Kameradschafts-Szene ist die Situation in Kiel. Zielgerichtete politische Aktivitäten sind 2005 von Kieler Rechtsextremisten - wie auch schon im Vorjahr - nicht festgestellt worden. Die neo-nationalsozialistische „Kameradschaft Kiel“, die bis Ende 2002/Anfang 2003 an Demonstrationen teilnahm und Kameradschaftsabende, Flugblatt-Aktionen und Gedenkveranstaltungen durchführte, ist nicht mehr existent. Ehemalige führende Kameradschafts-Mitglieder verbüßen aufgrund allgemein-krimineller Delikte Haftstrafen. Vereinzelt haben sich nicht straffällig gewordene ehemalige Mitglieder dem NPD-Kreisverband Kiel/Plön angeschlossen. Sporadisch beteiligten sich einzelne Aktivisten im Berichtsjahr an neo-nationalsozialistischen Aktionsformen, wie z. B. anlässlich einer konspirativ geplanten „Rudolf-Heß-Aktion“ am 17. August bei Brammer (Kreis Rendsburg-Eckernförde).

Der überwiegende Teil der rund 35 Personen umfassenden rechtsextremistischen Kieler Szene ist der Subkultur zuzurechnen. Für diese stand 2005 eindeutig der „Spaßfaktor“ (Partys, Musik, Alkohol) im Vordergrund. Bis zur Schließung Ende Oktober diente hierfür die Szene-Kneipe „Ballmann 7“ in Kiel als Treffpunkt. Nach zahlreichen Körperverletzungen sowie Sachbeschädigungen durch Besucher der Lokalität wurde der Betreiberin das Gewerbe untersagt. Es bleibt abzuwarten, ob diese Maßnahme zu einer örtlichen Verlagerung der Aktivitäten führen wird. Signifikant für die subkulturelle Kieler Szene ist zudem, dass etliche rechtsextremistische Skinheads über Verbindungen zur Hooligan-Szene sowie ins Rotlicht-Milieu verfügen.

Rendsburg

Ähnlich wie in Kiel ist nahezu zeitgleich die Rendsburger „Kameradschaft Weißer Wolf“ zerbrochen. Im Gegensatz zur „Kameradschaft Kiel“ waren in Rendsburg jedoch von Anfang an subkulturell geprägte Rechtsextremisten in der Mehrzahl und dominierten den Zusammenschluss. Politische Aktionen wurden zwar propagiert, gingen aber über bloße Lippenbekenntnisse nicht hinaus. Lediglich aus Gründen der „Kontaktpflege“ ließen sich Rendsburger Szene-Mitglieder in neo-nationalsozialistische Aktionsformen einbinden. Die Gewalaffinität verschiedener Mitglieder führte jedoch dazu, dass die subkulturelle Lebensart innerhalb der „Kameradschaft“ im Vordergrund stand. Im Berichtsjahr trafen sich ehemalige Kameradschafts-Mitglieder sporadisch, um auf dörflichen Zeltfesten gewalttätige Auseinandersetzungen mit zumeist unpolitischen Gästen zu suchen. Politische Aktionen waren nicht festzustellen.

Kreis Dithmarschen

Die rechtsextremistische Szene im Kreis Dithmarschen stellte im Berichtsjahr einen Schwerpunkt in der Beobachtung der Skinhead- und neo-nationalsozialistischen Szene dar. 2005 gehörten ihr kreisweit rund 40 bis 50 Personen an. Regionale Schwerpunkte bilden Brunsbüttel und Heide.

In Brunsbüttel hat sich eine heterogene Misch-Szene aus Neo-Nationalsozialisten und Skinheads etabliert. Diese Entwicklung wurde möglich durch offenere Strukturen bei den Neo-Nationalsozialisten sowie eine gesteigerte Politisierung bei den rechtsextremistischen Skinheads.

Die Stadt Heide stand 2005 im Zentrum rechtsextremistischer Aktivitäten in Dithmarschen. Nachdem bereits 2004 zahlreiche Aktivisten aus diesem Bereich - unter anderem die Mitglieder der ehemaligen Dithmarscher Skinhead-Musikgruppe „Kampfhandlung“ - in die Organisation und Durchführung dreier rechtsextremistischer Skinhead-Konzerte in Friedrichstadt (Kreis Nordfriesland) eingebunden waren, etablierte sich dort ein Personenzusammenschluss, der neo-nationalsozialistische Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen versucht. Auf eindeutige Bezüge zum historischen Na-

tionalsozialismus wird dabei verzichtet, um in der Bevölkerung auf Akzeptanz zu stoßen. Grund hierfür ist neben der Furcht vor staatlichen Exekutivmaßnahmen die Hoffnung, durch diszipliniertes Auftreten Sympathien zu wecken. Dies traf insbesondere auf die Demonstrationen am 1. Mai in Heide (Motto: „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“, rund 150 Teilnehmer), am 10. September in Heide (gleiches Motto, rund 60 Teilnehmer) sowie am 24. September in Brunsbüttel (Motto: „Gegen sexuellen Missbrauch“, rund 35 bis 40 Teilnehmer) zu.

Zudem beteiligten sich Dithmarscher Rechtsextremisten unter anderem an weiteren landesweit durchgeführten rechtsextremistischen Demonstrationen, an rechtsextremistischen Musikveranstaltungen, an NPD-Informationstischen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes und an Kranzniederlegungen.

Lübeck

In keiner Region Schleswig-Holsteins werden die Kräfteverschiebungen zwischen „Kameradschaften“ und NPD so deutlich wie in Lübeck. Hier ist an die Stelle der einstigen „Kameradschaft“ ein NPD-Kreisverband getreten. Damit ist die Situation ein exemplarischer Beleg für die Verflechtung von Neo-Nationalsozialisten und Nationaldemokraten. Etwa drei Monate nach der Landtagswahl im Februar wurde der NPD-Kreisverband Lübeck/Ostholstein gegründet. Zum Vorsitzenden wurde der Neo-Nationalsozialist Jörn Lemke gewählt.

Die Lübecker Aktivisten hatten einen sehr engagierten Landtagswahlkampf geführt. Neben diversen Informationsständen in der Lübecker Innenstadt erfolgte am 21. Januar vor einer Lübecker Schule und im Bereich des Busbahnhofes die Verteilung der „NPD-Schulhof-CD“.

Am 12. Februar führten etwa 20 Neo-Nationalsozialisten und NPD-Aktivisten in der Lübecker Innenstadt eine Mahnwache mit Kundgebung unter dem Motto „Gegen Multikulti und Hartz IV - Am 20. Februar NPD wählen!“ durch.

Bei der Landtagswahl erreichte die Partei in den drei Lübecker Wahlbezirken 2,5 % und lag damit deutlich über dem Landesdurchschnitt. Bemerkenswert waren aber die

Einzelergebnisse in einigen Wahllokalen, dort wurden in der Spitze bis zu 7,5 % der Zweitstimmen erreicht.

Die Ehrung von Soldaten der Wehrmacht hat schon zu Zeiten der Lübecker „Kameradschaft“ eine besondere Rolle gespielt. Damit erklärt sich ein „Arbeitseinsatz auf dem Lübecker Ehrenfriedhof“ am 8. Mai. Am 13. November fanden sich dann zu der schon obligatorischen Kranzniederlegung anlässlich des Volkstrauertages etwa 20 NPD-Angehörige und „Freie Nationalisten“ aus Lübeck ein.

Kreis Ostholstein

Auch im Jahr 2005 waren besonders im ersten Halbjahr in Teilen des Kreises Ostholstein rechtsextremistische Aktivitäten und Aktionen zu verzeichnen. Der Schwerpunkt lag wiederum im Raum Neustadt. Die verstärkte Verteilung von NPD-Material während des Landtagswahlkampfes zeigt, dass die neo-nationalsozialistisch oder subkulturell geprägte Szene aus der Region für eine Unterstützung der NPD motiviert werden konnte.

Am 23. Februar, dem 75. Todestag des SA-Sturmführers Horst Wessel, wurde die Eingangstür eines Neustädter Buchladens mit mehreren Plakaten beklebt, auf denen Wessel als Held und Märtyrer dargestellt war. Dies erfolgte offenbar als Reaktion auf Auslagen im Schaufenster des Ladens, das im Januar zum „Holocaust-Tag“ mit kritischer Literatur zum Nationalsozialismus dekoriert worden war. Tage später tauchten weitere Plakate in der Innenstadt von Neustadt auf. Verantwortlich für diese Aktion zeichnete ein bis dahin unbekannter „Aktionskreis Norddeutschland“. In der Folgezeit konnten weitere Aktivitäten dieser Gruppierung nicht festgestellt werden.

Im Bundestagswahlkampf erfolgte wiederum die Unterstützung der NPD. Erwähnenswert ist hier insbesondere die Verteilung der „NPD-Schulhof-CD“, zunächst an einer Grund- und Hauptschule in Neustadt, etwa eine Woche später am örtlichen Gymnasium.

Raum Neumünster

Die Gaststätte „Club 88“ in Neumünster hat seit Jahren für die - auch überregionale - rechtsextremistische Szene einen hohen symbolischen Wert. Sie gilt bei Neo-Nationalsozialisten als „befreite Zone“, in der sie sich ungehindert entfalten können. In den Jahren 2000 bis 2003 erlangte die Gaststätte durch regelmäßige Berichterstattung in den Medien eine szeneeinterne Popularität, die sich unmittelbar auf die Besucherzahlen auswirkte. Durch das nachlassende öffentliche Interesse hat der „Club 88“ offensichtlich an Reiz verloren. Seit mehr als zwei Jahren ist ein deutlicher Rückgang der Besucherzahlen erkennbar. Daneben veränderte sich auch die Besucherstruktur des Clubs. Häufig sind dies jetzt Jugendliche und junge Erwachsene, während „etablierte“ Neo-Nationalsozialisten nur noch sporadisch anzutreffen sind.

Gelegentlich fanden im Berichtsjahr Liederabende statt. Allein erwähnenswert ist aber die alljährlich stattfindende Geburtstagsfeier des „Club 88“ am 1. Oktober. Die Zahl von etwa 400 Besuchern im Berichtsjahr erinnerte an frühere Zeiten. Offenbar hat diese Veranstaltung, die im Jahr 2005 zum neunten Mal stattfand, im Kalender vieler Rechtsextremisten mittlerweile einen festen Platz eingenommen.

Aufmerksamkeit verdient allerdings auch die Abwanderung einzelner Skinheads und Neo-Nationalsozialisten vom „Club 88“ zu einer Gaststätte in unmittelbarer Nachbarschaft des unter anderem von linksorientierten Jugendlichen frequentierten „AJZ“ in der Innenstadt Neumünsters. Dabei kam es aufgrund der räumlichen Nähe immer wieder zu mehr oder weniger heftigen Auseinandersetzungen zwischen den politisch verfeindeten Gruppen.

Den Schwerpunkt der politischen Aktivitäten der Neumünsteraner Szene bildete die Unterstützung der NPD insbesondere im Landtagswahlkampf. In der ersten Januarwoche eröffnete die schleswig-holsteinische NPD den Landtagswahlkampf in Neumünster mit einer Flugblattverteilung. Insgesamt 12 bis 15 „Wahlhelfer“ aus der Region, aber auch aus anderen Bundesländern waren dazu in der Innenstadt unterwegs, um NPD-Flugblätter mit dem Titel „Quittung für Hartz IV“ zu verteilen. Im Zuge dieser Aktion kam es zu einer Auseinandersetzung mit etwa 15 Angehörigen der örtlichen linksextremistischen Szene, die verummmt und mit Knüppeln bewaffnet die Verteilung der Flugblätter unterbinden wollten. Die herbeigerufene Polizei konnte eine Eskalation verhindern. Auf der Internet-Seite des „Holsteiner Widerstand“ wurde die Flugblattverteilung wie folgt kommentiert:

„Das Resümee des Tages bleibt, ganz Neumünster wurde mit Flugblättern eingeebnet und hat nun die Möglichkeit, ihre Ablehnung gegen die politische Herzlosigkeit im Februar deutlich und vor allem wirksam an die Urne (...) zu befördern - und das ohne Rückfahrchein!“

Bei der Landtagswahl erreichte die NPD in Neumünster (Wahlkreis 14) 3,11 % der Zweitstimmen, ein deutlich über dem Landesdurchschnitt liegendes Ergebnis.

Sonstige Regionen

Der Kreis Dithmarschen, Lübeck/Ostholstein und Neumünster sind zwar die regionalen Schwerpunkte des schleswig-holsteinischen Neo-Nationalsozialismus. Es gab aber auch in anderen Regionen des Landes Aktivitäten:

Im Raum **Nordfriesland** konnten im Berichtsjahr zwar keine zielgerichteten politischen Aktivitäten der im Jahr 2003 bekannt gewordenen „Kameradschaft Nordfriesland“ festgestellt werden. Eine rechtsextremistische subkulturelle Szene ist aber weiterhin existent. Auch rechtsextremistisch motivierte Kriminalität war zu verzeichnen. Einzelne Aktivisten beteiligten sich an überregionalen Veranstaltungen der neo-nationalsozialistischen Szene innerhalb Schleswig-Holsteins.

Im **Kreis Pinneberg**, einst Hochburg von Neo-Nationalsozialisten und subkulturellen Skinheads, konnte sich im Berichtsjahr keine neue Kameradschafts-Szene etablieren. Um die Angehörigen der ehemaligen „Kameradschaft Pinneberg“ blieb es 2005 ruhig. Auch von der „Kameradschaft Elbmarsch“ konnten keine Aktionen mit Außenwirkung festgestellt werden. Hauptgrund dürfte der Mangel an Führungspersonlichkeiten sein. Lediglich einzelne Straftaten, wie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, wurden von der Polizei erfasst.

Im **Kreis Herzogtum Lauenburg** waren ebenfalls keine festen Kameradschafts-Strukturen mehr erkennbar. Aktivisten des ehemaligen „Kameradschaftsbund Geesthacht“, zwei Neo-Nationalsozialisten aus Geesthacht und Lauenburg, waren im Berichtsjahr dennoch aktiv. So organisierten sie am 25. Juni ein Szene-Fußballturnier im benachbarten Stove (Niedersachsen) und am 6. August die sich alljährlich wiederholende „Bunker-Party“ im Raum Geesthacht. Beide Veranstaltungen verliefen friedlich und ohne nennenswerte Außenwirkung.

3.1.3 *Bedeutende rechtsextremistische Aktionen in Schleswig-Holstein*

In Schleswig-Holstein gab es kontinuierlich eine Vielzahl rechtsextremistischer Aktionen, die auf öffentliche Resonanz zielten. Für den größten Teil dieser Aktionen zeichnet aufgrund der Wahlkämpfe und der Restrukturierung ihres Landesverban-

des die NPD verantwortlich. Mehrere im Lande durchgeführte Demonstrationen standen dagegen unter Trägerschaft der „Freien Nationalisten“. Die nachfolgend beispielhaft beschriebenen Veranstaltungen zeigen aber, dass an der Durchführung in der Regel auch NPD-Mitglieder maßgeblich beteiligt waren:

Demonstration am 29. Januar in Kiel

Bereits Anfang Dezember 2004 hatte der Neo-Nationalsozialist Jörn Lemke aus Lübeck eine Demonstration für den 29. Januar in Kiel angemeldet. Unter dem Motto „Gegen Multikulti und Hartz IV - das Volk sind wir!“ marschierten rund 450 Rechtsextremisten durch die Kieler Innenstadt. Für die Demonstration war eine Internet-Sonderseite eingerichtet worden, nach der die Demonstration „von freien Nationalisten aus Schleswig-Holstein, von der NPD, Arbeitsgruppe Widerstand in Holstein, Aktionsbüro Norddeutschland und freien Nationalisten aus Hamburg“ unterstützt wurde. Nach der gewalttätig verlaufenen NPD-Wahlkampfauftakt-Veranstaltung am 4. Dezember 2004 in Steinburg (Kreis Steinburg) warnten die Organisatoren die Teilnehmer:

„Seid also wachsam schon bei der Anreise und schließt euch zu größeren Reisegruppen zusammen. (...) die Meßlatte liegt seit Steinburg natürlich seeeehr hoch, aber schauen wir uns die nächsten Rekordversuche in der kommenden Olympia-Disziplin, dem Steinweitwurf, doch einfach mal hautnah an. Am 29.01. in Kiel! Wettkampfbeginn: 12.00 (...).“
(Schreibweise wie im Original)

Die Polizei konnte das Aufeinandertreffen der „linken“ und „rechten“ Kräfte größtenteils verhindern.

Mahnwache am 9. April in Ellerau

Für den 9. April hatte die Neo-Nationalsozialistin Inge Nottelmann (Henstedt-Ulzburg) eine Mahnwache mit Kundgebung in Ellerau (Kreis Pinneberg) unter dem Motto „Globalisierung stoppen - deutsche Arbeitsplätze retten!“ angemeldet. Die Aktion richtete sich gegen die geplante Schließung einer Textilproduktionsstätte und den damit verbundenen Stellenabbau. Rund 20 Neo-Nationalsozialisten beteiligten sich an der Kundgebung und verteilten Flugblätter zum Thema „Globalisierung“. In einem

Verlaufsbericht über die Kundgebung auf den Internet-Seiten des „Aktionsbüro Norddeutschland“ schreibt eine „Initiative Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“:

„In einer lautstarken Ansprache an die Bürger von Ellerau wurde deutlich gemacht, dass man heute hier sei, um am Beispiel dieses Werkes zu zeigen, wohin Globalisierung, Internationalisierung und Ausverkauf der deutschen Wirtschaft führen: Nämlich in die Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung! (...) Wir fordern grundlegende nationale und soziale Veränderungen und einen konsequenten Neuanfang für Deutschland!“

Die „Initiative Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ ist ein Internet-Projekt des die norddeutsche neo-nationalsozialistische Szene umspannenden Netzwerks des „Nationaler Widerstand Nord“.

Demonstration am 1. Mai in Heide

Unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ demonstrierten am 1. Mai in Heide (Kreis Dithmarschen) rund 150 Rechtsextremisten aus dem norddeutschen Raum. Angemeldet hatte diese Demonstration Inge Nottelmann. Es wurden Parolen wie „Weg mit Hartz IV - das Volk sind wir“ und „Arbeitsplätze nur für Deutsche“ skandiert. Zu den Rednern gehörte auch der führende schleswig-holsteinische NPD-Funktionär Jens Lütke (Fargau, Kreis Plön). Ein Aufeinandertreffen der rechtsextremistischen Demonstrationsteilnehmer mit 150 Störern konnte durch die Polizei verhindert werden. Die Veranstalter, wiederum die „Initiative Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“, zeigte sich nach der Demonstration in einer über das Internet verbreiteten Erklärung in euphorischer Stimmung. Unter der Überschrift „Gelungene Premiere für den nationalen Widerstand in Dithmarschen (...)“ erklärten sie, ihr Ziel, in Dithmarschen ein Zeichen zu setzen und das zahlreiche Potenzial nationaler Jugendlicher zu aktivieren, erreicht zu haben. Die Nähe zum historischen Nationalsozialismus wurde in der Nachbetrachtung, es habe seit dem Dritten Reich in Heide keinen Aufmarsch der „nationalen und sozialistischen deutschen Jugend“ gegeben, deutlich. Auch die Erklärung, man wolle „dieses asoziale System nicht reformieren, sondern abschaffen und durch ein nationales und sozialistisches Deutschland ersetzen“, belegt dies.

Demonstration am 16. Juli in Lübeck

Nachdem ein vom Hamburger Neo-Nationalsozialisten Christian Worch für den 9. Juli in Lübeck geplantes Skinhead-Konzert unter dem Motto „Rock gegen Repressionen“ durch die Polizei verhindert wurde, meldete Worch zwei Demonstrationen in Lübeck an. Am 16. und am 23. Juli sollte der öffentliche Protest gegen das „rechtswidrige“ Verhalten der Stadt Lübeck auf die Straße getragen werden:

„Die Stadt Lübeck darf sich daher auf gleich zwei von mir (...) angemeldete Demonstrationen zum Thema ‚gegen behördliche Repression‘ freuen. (...) Wer uns nicht friedlich im Saal feiern lassen möchte, wird erleben, dass wir die Straßen und öffentlichen Plätze für uns erobern.“

An der Demonstration am 16. Juli nahmen rund 50 Rechtsextremisten teil. Als Redner traten Worch, ein weiterer Hamburger Neo-Nationalsozialist sowie der jetzige stellvertretende Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Lübeck/Ostholstein auf. Offensichtlich zufrieden mit der Durchführung der Protestdemonstration sagte Worch die weitere Kundgebung für den 23. Juli ab.

Regionale Heß-Aktionen am 17. August

An einer Gedenkstätte in Brammer (Kreis Rendsburg-Eckernförde) trafen sich am 17. August rund 50 Rechtsextremisten aus Schleswig-Holstein zu einer Kranzniederlegung zu Ehren von Rudolf Heß. Nach Gedenkansprachen, Trauerminute und Kranzniederlegung führten die Anwesenden aus Protest gegen das endgültige Verbot der Wunsiedel-Demonstration in Nortorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) eine Spontandemonstration durch. Die Teilnehmer marschierten lautstark durch die Nortorfer Innenstadt und skandierten die bekannten Heß-Parolen. Die Demonstration wurde nach kurzer Zeit abgebrochen. Die nur Augenblicke später eintreffende Polizei musste nicht mehr eingreifen.

Demonstration am 10. September in Heide

Für den 10. September meldete Inge Nottelmann erneut eine Demonstration zum Thema „Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen“ in Heide an. Rund 60 Rechtsextremisten beteiligten sich an der Kundgebung. Ähnlich wie nach der Demonstration am 1. Mai in Heide zeigten sich die Organisatoren zufrieden mit der Aktion: „Erfolg-

reiche Kundgebung und Infoaktion des nationalen Widerstandes“ verkündete das „Aktionsbüro Norddeutschland“ auf seiner Internet-Seite. Und weiter:

„Nach der erfolgreichen 1.-Mai-Demonstration war es nur eine Frage von sehr kurzer Zeit, bis regionale Kräfte des nationalen Widerstandes erneut im schleswig-holsteinischen Heide auftreten würden. (...) Natürlich hatte man aufmerksam verfolgt, wie geradezu hysterisch-hypnotisch die etablierte Gutmenschenmafia in den vergangenen vier Monaten auf den regionalen Kräfteaufbau des Widerstandes reagiert hat.“

Abschließend fordert der Verfasser: „Weg mit dem System - her mit dem nationalen und sozialistischen Deutschland!“

Kranzniederlegung der NPD am 23. Oktober in Aumühle

Für den 23. Oktober hatte der ehemalige Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Lauenburg/Stormarn zu einer Gedenkveranstaltung „zu Ehren von Karl Dönitz, Großadmiral und letzter Reichspräsident,“ auf dem Friedhof in Aumühle (Kreis Herzogtum Lauenburg) eingeladen. Nach einer Mitteilung der NPD auf ihrer Internet-Seite haben sich 60 Rechtsextremisten, neben Nationaldemokraten auch befreundete Organisationen sowie viele „Freie Nationalisten“, am Grab eingefunden. Ein ehemaliger U-Boot-Offizier sowie der NPD-Landesvorsitzende Uwe Schäfer (Plön) und der Neo-Nationalsozialist Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern) ergriffen das Wort. Die Kranzniederlegung sei eine Herzensangelegenheit, sie solle auch im Jahr 2006 wieder stattfinden.

Weitere Kranzniederlegungen fanden aus Anlass des Volkstrauertages auch an anderen Orten Schleswig-Holsteins statt.

3.1.4 Überregionale Aktionen mit schleswig-holsteinischer Beteiligung

Die für den „aktionistischen“ Rechtsextremismus herausragenden überregionalen Ereignisse im Berichtsjahr waren der „Trauermarsch“ der rechtsextremistischen Szene am 13. Februar in Dresden aus Anlass des 60. Jahrestages der Bombardierung der Stadt, die Großdemonstration der NPD am 8. Mai in Berlin, die Aktionen zum

Gedenken an Rudolf Heß am 20. August sowie der alljährliche Aufmarsch vor dem Soldatenfriedhof in Halbe (Brandenburg) am 12. November.

Zum Gedenken an die Zerstörung Dresdens im Jahr 1945 führten Rechtsextremisten am 13. Februar einen „Trauermarsch“ durch die Dresdner Innenstadt durch. Als Anmelderin trat, wie bereits in den Vorjahren, die rechtsextremistische „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ auf. Sie wurde bei der Organisation maßgeblich von der NPD unterstützt. Der NPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, übernahm die Schirmherrschaft. An dem Marsch nahmen rund 5.000 Personen aus dem In- und Ausland teil, darunter führende deutsche Rechtsextremisten und Neo-Nationalsozialisten (2004: 2.500 Teilnehmer).

An der NPD-Demonstration in Berlin am 8. Mai unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge - Schluss mit dem Schuld kult“ haben rund 3.000 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland teilgenommen. Da die Straßen rund um den Alexanderplatz von Gegendemonstranten besetzt waren, untersagte die Polizei der NPD die nach einer Kundgebung geplante Demonstration und erteilte die Auflage, ausschließlich eine ortsfeste Versammlung durchzuführen. Daraufhin beendete der Versammlungsleiter Thomas Wulff die Kundgebung. Ein Teil der wegen des frühzeitigen Abbruchs verärgerten Demonstrationsteilnehmer versuchte, die Polizeikette zu durchbrechen und warf Wulff Verrat vor. Er wurde mit Gegenständen beworfen, einzelne Teilnehmer warfen ihm ihre NPD-Mitgliedsausweise vor die Füße.

Von besonderer Bedeutung waren auch 2005 wiederum die Aktionen zum Gedenken an Rudolf Heß im August (18. Todestag am 17. August). Für die geplante Großveranstaltung am 20. August in Wunsiedel (Bayern) waren Inge Nottelmann als stellvertretende Versammlungsleiterin und Jörn Lemke als Ordnungsdienstleiter vom Veranstalter Jürgen Rieger benannt. Rieger, rechtsextremistischer Rechtsanwalt aus Hamburg, initiiert seit 2001 maßgeblich die jährliche Veranstaltung in Wunsiedel, an der sich 2004 noch rund 3.800 Rechtsextremisten beteiligt haben.

Nach dem Verbot der Demonstration fanden Ersatzveranstaltungen mit insgesamt rund 2.000 Teilnehmern in Nürnberg, Berlin, Peine (Niedersachsen), Weißenfels

(Sachsen-Anhalt) und Kolding (Dänemark) statt. Knapp 20 Szene-Angehörige aus Schleswig-Holstein beteiligten sich an der Veranstaltung in Kolding. Wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz (Mitführen von Messern und Schlagstöcken) kam es zu vier Ingewahrsamnahmen. Unter den Festgenommenen befanden sich auch zwei Neo-Nationalsozialisten aus Schleswig-Holstein.

Eine weitere wichtige Veranstaltung bildete der alljährliche Aufmarsch vor dem Soldatenfriedhof im brandenburgischen Halbe aus Anlass des Volkstrauertages am 12. November, der von Rechtsextremisten als „Heldengedenktag“ zelebriert wird. Das Motto der Veranstaltung lautete: „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten und den europäischen Freiwilligen“. Anmelder war der Schleswig-Holsteiner Lars Jacobs (Börnsen, Kreis Herzogtum Lauenburg), der seit Jahren eine herausgehobene Rolle im Netzwerk der norddeutschen „Freien Nationalisten“ spielt. An der Veranstaltung nahmen rund 2.000 Personen teil (2004: 1.660). Aus Schleswig-Holstein waren lediglich zwölf Rechtsextremisten angereist.

3.2 Parteien

3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die NPD hat im Jahr 2005 an Mitgliederstärke, aber auch an Bedeutung in der rechtsextremistischen Szene gewonnen. Dies zeigen die Mitgliederzahlen in den einzelnen Landesverbänden und die Ergebnisse der Bundestagswahl. Auf Bundesebene gelang es ihr, die Mitgliederzahl auf etwa 6.000 zu steigern, womit sie in etwa wieder den Bestand des Jahres 2002 erreicht hat.

Größere Bedeutung hat die Partei besonders in den ostdeutschen Bundesländern. Die Grundlage für die dort erzielten Erfolge bildete das populistische Aufgreifen „sozialer Themen“, insbesondere in Wahlkämpfen. „Soziale Themen“ sind seit dem Amtsantritt des Bundesvorsitzenden Udo Voigt im Jahr 1996 ein Agitationsschwerpunkt der Partei. Unter seinem Amtsvorgänger und Rivalen Günter Deckert war die Politik der NPD dagegen eher durch revisionistische Themen bestimmt. Durch den Themenwechsel gelang es der Partei, sich - speziell in den von Arbeitslosigkeit in besonders hohem Umfang betroffenen Regionen - Teilen der Bevölkerung als wähl-

bare Protestpartei zu vermitteln. Den bislang größten Erfolg erzielte die NPD hierdurch mit dem Einzug in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004.

Die Entwicklung der NPD zum Ende des Jahres 2005 machte aber auch deutlich, dass das Aufgreifen „sozialer Themen“ überwiegend wahltaktischen Überlegungen gedient haben dürfte. Dies bestätigte sich im Rahmen der durch den Austritt von drei Abgeordneten aus der sächsischen NPD-Landtagsfraktion zum Ende des Jahres 2005 sichtbar werdenden Erosion der Fraktion. Einer der Abweichler gab als Grund für seinen Austritt an, die Partei mache sich im Landtag nur noch für ein „Viertes Reich“ stark, anstatt sich, wie vor dem Einzug in den Landtag angekündigt, um „soziale Themen“ zu kümmern.

Auch in Schleswig-Holstein hat sich die Partei trotz der für sie enttäuschenden Wahlergebnisse bei der Landtags- und der Bundestagswahl (siehe dazu unter Nr. II 2.2) stabilisiert. Durch die Wahlkampfaktivitäten wurde der Bekanntheitsgrad deutlich gesteigert. Die Mitgliederzahl stieg von 140 auf etwa 230. Der größte Teil dieses Zuwachses ist auf Parteieintritte vorher nicht organisierter Rechtsextremisten zurückzuführen. Obwohl etwa 40 % der Mitglieder dem subkulturellen oder neo-nationalsozialistischen Milieu entstammen, ist die Partei in Schleswig-Holstein nicht durch „Freie Nationalisten“ dominiert. Andererseits gibt es aber keinerlei Abgrenzungsbekundungen gegenüber den offen neo-nationalsozialistischen Mitgliedern. Auch Funktionsträger nehmen regelmäßig an Aktivitäten teil, die von Seiten der „freien Kräfte“ initiiert werden. Andererseits enthält die Publikation des Landesverbandes „Schleswig-Holstein-Stimme“ in ihren Beiträgen inzwischen weit weniger neo-nationalsozialistische Bezüge als in ihrer Anfangszeit. Dennoch erscheint es aufgrund der festen Verankerung zahlreicher Funktionäre des Landesverbandes bei den „Freien Nationalisten“ durchaus möglich, dass mittelfristig neue Machtkämpfe im Landesverband entstehen könnten.

Der NPD-Landesverband organisiert sich gegenwärtig in sechs Kreisverbänden: Nordfriesland, Kiel/Plön, Segeberg/Neumünster, Lübeck/Ostholstein, Dithmarschen/Steinburg/Pinneberg, Stormarn/Lauenburg.

Die Neugründungen der Kreisverbände Segeberg/Neumünster am 26. April und Lübeck/Ostholstein am 25. Mai sind Ausdruck des deutlich gewachsenen Mitgliederbestandes. Die neuen Kreisverbände werden überwiegend durch die Mitglieder ehemaliger neo-nationalsozialistischer „Kameradschaften“ geprägt.

Die gewachsene Bedeutung der schleswig-holsteinischen NPD wurde an zahlreichen sowohl vom Landesverband der NPD als auch von den Kreisverbänden initiierten, zum Teil parteiinternen Veranstaltungen unterschiedlichen Charakters deutlich: Unmittelbar nach der Landtagswahl fanden im März und April Saalveranstaltungen für Interessenten und Neu-Mitglieder in den Kreisen Steinburg, Stormarn und Rendsburg-Eckernförde mit bis zu 100 Teilnehmern statt. In den Sommermonaten, im Vorfeld der Bundestagswahl, warb die NPD landesweit um neue Mitglieder mit Hilfe von Informationstischen. Am 17. Juli nominierte sie auf einem Landesparteitag in Steinburg (Kreis Steinburg) ihre Kandidaten für die bevorstehende Bundestagswahl. Nach der Wahl - im Oktober - wurden in Steinburg gleich zwei Veranstaltungen durchgeführt, ein Liedernachmittag und ein Erntedankfest. Eine Kranzniederlegung im November sowie die für Rechtsextremisten bedeutsamen Sonnenwendfeiern im Juni und Dezember waren weitere Schwerpunkte im Veranstaltungskalender der schleswig-holsteinischen NPD. Die Vielfalt der Themen und verhältnismäßig viele Teilnehmer an diesen Veranstaltungen belegen, dass die NPD sich in Schleswig-Holstein zu der bedeutendsten Kraft im Rechtsextremismus entwickelt hat.

3.2.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Wie schon in den vergangenen Jahren gab es auch 2005 zahlreiche Parteiaustritte. Registrierte die Bundespartei im Jahr 2004 noch etwa 11.000 Mitglieder, sank diese Zahl im Berichtsjahr auf 9.000 Personen. Im Laufe der letzten fünf Jahre hat sich die Mitgliederzahl damit nahezu halbiert. Dennoch bleibt die DVU die größte rechtsextremistische Partei in Deutschland. Ihr unmittelbarer Einfluss auf das rechtsextremistische Spektrum blieb allerdings gering. Der zentralistisch wirkende Führungsstil des Parteigründers und Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey (München) lässt den Landesverbänden nach wie vor kaum eine Möglichkeit, eigenständige politische Ak-

tivitäten zu entfalten. Gegenwärtig ist die Partei in zwei Landesparlamenten vertreten: in Brandenburg mit sechs Mandaten und in Bremen mit einem Mandat.

Im Jahr 2005 nahm die DVU aufgrund des mit der NPD geschlossenen „Deutschlandpaktes“ (siehe dazu unter Nr. II 2.1) selbst an keiner Wahl teil. Damit lag die eigentliche politische Bedeutung der Partei darin, dass sie es der konkurrierenden NPD ermöglichte, deren Wahlchancen und die Bedeutung der NPD in der rechtsextremistischen Szene zu erhöhen. Bislang hat die DVU im Gegensatz zur NPD von dem eingegangenen Bündnis jedenfalls in keiner erkennbaren Weise profitieren können.

Die Aktivitäten der DVU-Mitglieder beschränken sich mangels Alternativen auf die Teilnahme an von der Bundespartei initiierten Großveranstaltungen. Als Beispiel kann der gemeinsame Landesparteitag der DVU-Landesverbände Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern am 23. April in Rastow (Mecklenburg-Vorpommern) gelten. Trotz des Angebotes einer kostenfreien An- und Abreise mit Reisebussen konnten insgesamt kaum mehr als 200 meist lebensältere Teilnehmer mobilisiert werden. Der Parteitag selbst entsprach dem traditionellen Muster der Partei: Innerhalb einer guten Stunde wurden die formalen Tagesordnungspunkte zweier Landesparteitage inklusive Vorstandswahlen abgearbeitet, überdies noch unterbrochen durch mehrere Buchvorstellungen eines Verlages des Dr. Frey.

Wie oft auf derartigen Veranstaltungen trat danach Dr. Frey auf. Er referierte zum Thema „Noch ist Deutschland nicht verloren“.

Im Rahmen der Vorstandswahlen wurden für den Landesverband Schleswig-Holstein Erwin Griem (Bad Oldesloe) zum Landesvorsitzenden sowie Bernd Hoffmann (Timmendorfer Strand) und Renate Köhler (Westerland) zu seinen Stellvertretern gewählt. Ungeachtet des neu gewählten Landesvorstandes kam es in Schleswig-Holstein auch im weiteren Verlauf des Jahres zu keiner Steigerung der politischen Aktivitäten. Öffentlichkeitswirksame Aktionen konnten nicht festgestellt werden. Auch war eine erwähnenswerte Unterstützung der NPD im Bundestagswahlkampf in Schleswig-Holstein nicht zu verzeichnen. Nur vereinzelt kam es zur Veranstaltung von „Stammtischen“. Der Teilnehmerkreis hieran war jeweils eng begrenzt.

Dem Bundestrend entsprechend verringerte sich die Mitgliederzahl des schleswig-holsteinischen Landesverbandes im Berichtsjahr auf unter 400.

3.2.3 „Die Republikaner“

Die Mitgliederzahl der „Republikaner“ hat sich auf Bundesebene von 7.500 auf 6.500 verringert. Innerhalb der Partei gab es nach wie vor Konflikte zwischen gemäßigten Kräften, die die Angebote der NPD für eine Zusammenarbeit deutlich ablehnen - so der Bundesvorstand -, und einer Strömung, die offen eine Kooperation mit NPD und DVU verfolgt. In der Wählergunst wurden die „Republikaner“ inzwischen deutlich von der NPD übertroffen. Bei der Bundestagswahl im September traten die „Republikaner“ lediglich in neun Ländern an und erreichten 0,6 % der Zweitstimmen. Damit haben sie Anteil an der staatlichen Parteienfinanzierung. Bei der Europawahl im Jahr 2004 hatte die Partei 1,9 %, bei der Bundestagswahl 2002, angetreten in 14 Ländern, ebenfalls 0,6 % erreicht. In Anbetracht der deutlich stärkeren Konkurrenz durch die NPD bei der Bundestagswahl 2005 weist das Ergebnis damit auf ein Stammwählerpotenzial hin, das die Abgrenzung zu offen rechtsextremistisch agierenden Gruppierungen zu honorieren scheint.

Teile der Parteibasis hatten kein Verständnis für diese Abgrenzung. Ein Beispiel hierfür ist die „Selbstauflösung“ des Hamburger Landesverbandes und der Übertritt des gesamten Landesvorstandes sowie einer Vielzahl Hamburger Mitglieder in die NPD im Januar 2005. Gleichzeitig erfolgte der Aufruf der Ausgetretenen, bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein den „Bruderkampf“ zu beenden und die NPD zu unterstützen und zu wählen. In einem gemeinsam mit Funktionären aus Berlin, Sachsen und Baden-Württemberg formulierten Aufruf, auch als „Hamburger Signal“ bezeichnet, erklärte der ehemalige Hamburger Landesvorstand dann, man wolle das „sinnlose Gegeneinander“ beenden und den „Schulterschluss all der Deutschen (...), die auch in Zukunft Deutsche sein wollen“, suchen. Die NPD habe bereits mit ihrem „Leipziger Appell“ vom August 2004 ein Zeichen gesetzt und außerdem eine erfolgreiche Bündnispolitik mit der DVU betrieben. Die Bundesführung der „Republikaner“ hingegen habe diese Tendenzen ignoriert, die „historische Stunde zum gemeinsamen Kampf (...) verschlafen“ und sich damit ins politische Abseits begeben.

Auch in Schleswig-Holstein ist die Bedeutung der Partei weiter zurückgegangen. Der Landesverband hat weniger als 50 Mitglieder, nicht alle verfolgen rechtsextremistische Ziele. Öffentliche Aktivitäten der Partei wurden nicht bekannt. Bezeichnend für die hiesige Situation ist, dass sich die Partei weder an der Landtags- noch an der Bundestagswahl beteiligte.

3.3 Sonstige

3.3.1 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Die HNG, 1979 gegründet und seit 1991 von Ursula Müller (Mainz) geleitet, ist mit rund 600 Mitgliedern (Schleswig-Holstein: 35) nach wie vor die größte neo-nationalsozialistische Organisation in Deutschland. Allerdings erschöpfen sich die Aktivitäten vieler Mitglieder ausschließlich auf die monatlichen Beitragszahlungen. Der Verein versteht sich selbst als organisationsübergreifendes Bindeglied für alle Rechtsextremisten im In- und Ausland. Ihm kommt eine wichtige Rolle in der vielschichtigen rechtsextremistischen Szene als Integrations- und Vernetzungsfaktor zu. Dies wird auch bei den Zahlen in Schleswig-Holstein deutlich: Von den 35 Mitgliedern kann rund ein Drittel den Neo-Nationalsozialisten und ein weiteres Drittel den Skinheads zugerechnet werden. Die anderen sind Mitglieder der NPD oder organisationsunabhängige Rechtsextremisten.

Die Vereinspublikation „Nachrichten der HNG“ erscheint monatlich in einer Auflage von 600 Exemplaren. Sie dient der Betreuung und ideologischen Festigung inhaftierter Rechtsextremisten. Hierdurch soll verhindert werden, dass Inhaftierte sich während ihrer Haftzeit aus der rechtsextremistischen Szene lösen. Ziel ist es, sie nach der Freilassung wieder nahtlos in die Szene zu integrieren. In einer so genannten Gefangenenliste, mit deren Hilfe Briefkontakt zu „nationalen Gefangenen“ aufgenommen werden kann, sind auch in Schleswig-Holstein inhaftierte Rechtsextremisten aufgeführt. In mehreren Ausgaben der „Nachrichten der HNG“ hatten die Initiatoren des schleswig-holsteinischen „Durchblick“ eine Werbeanzeige für ihr Zeitungsprojekt geschaltet (siehe dazu unter Nr. II 2.4.1).

3.3.2 „Braune Hilfe“

Eine ähnliche Zielsetzung wie die HNG verfolgt die im Oktober 2003 gegründete „Braune Hilfe“. Gründungsmitglieder sind Angehörige der neo-nationalsozialistischen Szene in Schleswig-Holstein und Hamburg. Der Verein will in Schleswig-Holstein und Hamburg insbesondere im Vorfeld von Verurteilungen, also schon während der Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, Unterstützungsleistungen anbieten. Nach einer Selbstdarstellung versteht sich die „Braune Hilfe“ als „parteiunabhängige nationale Schutz- und Solidaritätsorganisation“, die „nach ihren Möglichkeiten Solidarität und Hilfe für Personen, die aufgrund ihrer politischen Betätigung strafrechtlich verfolgt“ und/oder „gesellschaftlich benachteiligt“ werden, organisiert. Hinweise auf Aktivitäten der „Braunen Hilfe“ sind im Berichtszeitraum nicht angefallen.

4 Verlage und Vertriebe

Der bedeutendste Verlag in Schleswig-Holstein, dessen Angebot durch rechtsextremistische Literatur geprägt ist, ist der in Martensrade (Kreis Plön) ansässige „Arndt-Verlag“. Zu dem Unternehmenskomplex gehören der „Bonus-Verlag“, der „Orion-Heimreiter-Verlag“ sowie der „Pour-le-Mérite-Verlag“. Der dem „Arndt-Verlag“ angeschlossene Buchdienst „Lesen & Schenken“ vertreibt ein Buch- und Geschenkesortiment, das in Teilen rechtsextremistische Bezüge aufweist. Zahlreiche Veröffentlichungen zeigen eine zumindest unkritische Betrachtung des Dritten Reiches.

Die „Versandbuchhandlung Gisela Stiller“ aus Stafstedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde) vertreibt seit Anfang der 1990er-Jahre insbesondere Publikationen des „Verlages Hohe Warte“, in denen antisemitisches und rassistisches Gedankengut des „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V.“ verbreitet wird.

Der „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur“ mit Sitz in Viöl (Kreis Nordfriesland) verlegt hauptsächlich Nachdrucke von Büchern und Broschüren mit antisemitischem und rassistischem Gedankengut sowie völkischem und nationalsozialistischem Tenor.

5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2003 bis 2005

	2003	2004	2005
NPD/JN	130	140	220
DVU	450	450	400
„Die Republikaner“	60	50	40
Sonstige			
• nicht neo-nationalsozialistische Rechtsextremisten	50	60	60
• überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten	90	90	70
Gewaltbereite, insbesondere Skinheads	600	660	640
Gesamt Land *	1.380	1.430	1.430
Gesamt Bund *	41.500	40.700	39.000

* Nach Abzug so genannter Doppelmitgliedschaften

III. Linksextremismus

1 Überblick

Linksextremismus richtet sich gegen die bestehende freiheitlich verfasste Staats- und Gesellschaftsordnung, die als von Faschismus und Rassismus geprägter Kapitalismus oder auch Imperialismus diffamiert wird. An Stelle der demokratischen Verfassungsordnung soll entweder eine totalitäre kommunistische Gesellschaft oder auch eine so genannte herrschaftsfreie Gesellschaft - eine Anarchie - errichtet werden. Linksextremisten lassen sich dazu in ihrem politischen Handeln von revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologien leiten.

Die Gesamtzahl der Anhänger des Linksextremismus blieb bundesweit mit 30.600 (2004: 30.800) nahezu unverändert. Auch in Schleswig-Holstein blieb die Zahl - wie im Vorjahr 820 - konstant. Mit rund 500 Mitgliedern verfügt der dogmatisch geprägte Linksextremismus in Schleswig-Holstein seit Jahren über eine nahezu unveränderte Anhängerschaft. Etwa 200 Personen sind davon der „Deutschen Kommunistischen Partei“ zuzurechnen.

Im Bereich der gewaltbereiten undogmatisch-linksextremistischen Szene liegt die Zahl der Anhänger landesweit - wie 2004 - bei rund 320. Dies entspricht der bundesweiten Entwicklung, die in diesem Extremismussegment ebenfalls kaum Veränderungen aufweist. Das mobilisierungsfähige Potenzial, das sich neben Linksextremisten auch aus jüngeren politisch interessierten, aber nicht-extremistischen Personen zusammensetzt, kann zu bestimmten Anlässen allerdings höher ausfallen.

In den letzten Jahren konnte bundesweit ein Trend im undogmatisch-linksextremistischen Spektrum festgestellt werden, der dieses zunehmend vielschichtiger werden lässt. Einige autonome Gruppen forcierten trotz grundsätzlicher Organisations- und Hierarchiefeindlichkeit dieser Szene Bestrebungen zu einer stärkeren Strukturierung und Vernetzung - regional wie auch überregional. Diese Entwicklung führte dazu, dass solche Gruppen nicht mehr der autonomen Szene zugerechnet werden können. In Schleswig-Holstein gilt dies für „Avanti - Projekt undogmatische Linke“.

Auch im Jahr 2005 gab es bundesweit eine Reihe linksextremistisch motivierter Anschläge, die in der konspirativen Vorbereitung sowie in Art und Weise der Durchführung terroristische Ansätze erkennen lassen. Die seit mehreren Jahren in der autonomen Szene geführte Diskussion über die Vernetzung dieser Strukturen und über Legitimität und Grenzen der Gewaltanwendung wurde fortgeführt („Militanz-Debatte“).

Im Aktionsfeld „Anti-Faschismus“ hatten die Beteiligung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) an der Landtagswahl im Februar und die damit im Zusammenhang stehenden Demonstrationen am 29. Januar in Kiel stark mobilisierende Wirkung im linksextremistischen wie im demokratischen Bereich. So nahm nach flächendeckend durchgeführten Informationskampagnen insbesondere an den Demonstrationen auch eine große Anzahl von Schülern teil, die sich bewusst oder unbewusst der Gefahr ausgesetzt haben, von Linksextremisten instrumentalisiert zu werden.

Im Jahr 2005 sind für Schleswig-Holstein 274 (2004: 88) Straftaten, davon 86 (2004: 10) Gewaltdelikte, im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität registriert worden. Der bedeutende Anstieg der Straftaten - insbesondere bei den Gewaltdelikten - ist ganz überwiegend auf die militant geführten Kampagnen von Linksextremisten gegen die Kandidatur der NPD zur Landtagswahl im Februar und zur Bundestagswahl im September zurückzuführen.

2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

2.1 Undogmatischer Linksextremismus

In den letzten Jahren konnte bundesweit ein Trend in der undogmatisch-linksextremistischen Szene festgestellt werden, der diese zunehmend vielschichtiger werden lässt. Einige autonome Gruppen forcierten trotz grundsätzlicher Organisations- und Hierarchiefeindlichkeit dieses Spektrums Bestrebungen zu einer stärkeren Organisation und Vernetzung - regional wie auch überregional. Ziel ist es, durch Bündelung der Kräfte sowie einer Koordination der Aktionen eine größere Kontinuität und Schlagkraft zu erreichen. Diese Vernetzungsbestrebungen gehen einher mit dem

Bemühen, durch verstärkte Theoriearbeit ein starkes ideologisches Fundament zu entwickeln. Sie zielen über das eher aktionistische Selbstverständnis „traditioneller Autonomer“ deutlich hinaus. Dies bedeutet, dass ursprünglich autonome Gruppen, die einen derartigen Wandel zu einer gefestigten Gruppe durchgemacht haben, nicht mehr der autonomen Szene zugerechnet werden können.

Begrifflich könnte von einer „strukturiert-undogmatischen Szene“ gesprochen werden. Die wesentlichen Merkmale in Abgrenzung zu Autonomen würden hierdurch erfasst und auf einen Nenner gebracht. „Sich eine Struktur gegeben zu haben“ beschreibt gleichermaßen den erreichten Grad der Zusammenarbeit durch Organisation und Vernetzung, die perspektivisch angelegte kontinuierliche Arbeitsmethodik sowie den Bezug auf ein verlässliches (wandelbares, aber nicht beliebiges) ideologisches Fundament.

In Schleswig-Holstein gilt dies für „Avanti - Projekt undogmatische Linke“. 1989 entstand die Gruppe aus dem Zusammenschluss zweier autonomer Gruppen: der „Autonomen Gruppe Kiel“ und dem „Lübecker Arbeitskreis antiimperialistischer Widerstand“. Die Weiterentwicklung zu einer in einem bundesweiten Rahmen verlässlich agierenden Gruppierung wurde schon wenige Jahre später deutlich, als sich „Avanti“ an der „Initiative zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation“ beteiligte. Auch wenn diese „Initiative“ scheiterte, bestehen nach wie vor Kontakte aus dieser Zeit. Die weitere Organisation und Vernetzung wurde von „Avanti“ insbesondere durch die Aufnahme neuer Ortsgruppen vorangetrieben. Zunächst in Schleswig-Holstein - heute gibt es neben Kiel und Lübeck auch Ortsgruppen in Flensburg und Norderstedt -, dann in Hamburg. Mit der Einbindung der „Antifa 3000“ aus Hannover als „Avanti-Ortsgruppe“ im Oktober 2005 ist endgültig die Entwicklung von einer schleswig-holsteinischen zur norddeutschen Gruppierung erfolgt. Parallel zur stärkeren Organisation und Vernetzung verlief der inhaltliche Wandel. Auf Basis eines Grundsatzprogramms mit seiner langfristigen Perspektive und Utopie erfolgt die tagespolitische Arbeit in überschaubaren Schritten mit einer taktisch bestimmten Bereitschaft zu Kompromissen und der Zusammenarbeit auch mit demokratischen Kräften.

Dass die Gruppierung damit aus dem autonomen Spektrum entwachsen ist, bedeutet aber keineswegs die Abkehr von linksextremistischen Positionen. Zu diesen gehört auch die grundsätzliche Bejahung zum „Einsatz revolutionärer Gewalt“.

2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

Bundesweit sind der gewaltbereiten undogmatisch-linksextremistischen Szene, im Wesentlichen autonome Gruppierungen, weiterhin rund 5.000 Personen zuzurechnen. Auf ihr Konto gehen so gut wie alle Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund, darunter Brandanschläge, Körperverletzungen und gefährliche Eingriffe in den Straßen- und Schienenverkehr. Gruppen gibt es in fast allen größeren Städten Deutschlands, insbesondere in den Ballungszentren Berlin, Hamburg sowie im Rhein-Main-Gebiet.

In Schleswig-Holstein liegt die Anzahl undogmatischer Linksextremisten wie im Vorjahr bei ungefähr 320. Das Potenzial an Personen, die sich durch auch linksextremistisch initiierte oder gesteuerte Aktionen mobilisieren lassen, ist demgegenüber deutlich höher. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit Aktionsfeldern, bei denen es zu Interessenüberschneidungen mit nicht-extremistischen Jugendlichen kommt. Beispielsweise setzen sich für den Erhalt alternativer/autonomer Zentren gleichermaßen Linksextremisten wie auch nicht-extremistische Jugendliche ein. Kämpfen die einen um „herrschaftsfreie Räume, von denen der weitere Kampf ausgeht“, so sind es für die anderen lediglich „nicht-kommerzielle Kulturräume“. Gemeinsame Aktionen sind dann keine Seltenheit.

Unverändert liegen die örtlichen Schwerpunkte der undogmatisch-linksextremistischen Szene in den kreisfreien Städten. Die dort bestehenden Gruppierungen nehmen starke Positionen in den jeweiligen Regionen ein. Daneben gibt es eine Vielzahl von Gruppen in kleineren Orten, die sich in der Regel zum nächstgelegenen Zentrum orientieren.

2.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt

Einziges Element im Bereich des undogmatischen Linksextremismus ist, wie im gesamten Linksextremismus, die sozialrevolutionäre Komponente in den ansonsten unterschiedlichen Vorstellungen der verschiedenen Strömungen. Demnach seien Missstände in der Gesellschaft nicht durch Reformen zu beseitigen, sondern nur durch die vollständige Umwälzung des Systems.

Traditionelle Autonome beziehen sich dabei in der Regel in unterschiedlicher Weise auf Teilaspekte anarchistischer Ideologien. „Herrschaftsfrei“ ist das grundlegende Schlagwort, das in der Praxis ein hierarchieloses Miteinander bedeuten soll. Eine zu stark strukturierte Organisation innerhalb der Szene wird abgelehnt. Dies gilt erst recht für sämtliche staatlichen Institutionen.

Die daraus folgende Unverbindlichkeit, die überwiegend nur ein Reagieren auf bestimmte Themen zulässt, wird von perspektivisch denkenden Angehörigen der undogmatisch-linksextremistischen Szene abgelehnt. Diese fordern ein aktives Agieren, eine kontinuierliche Beschäftigung mit den relevanten Themen. Zur Umsetzung werden verbindliche Strukturen zugelassen. Hinzu kommt eine stärkere Ausprägung des ideologischen Fundaments, insbesondere unter Einbeziehung der Literatur kommunistischer Theoretiker.

Bei der Wahl ihrer Mittel gibt es nominell kaum Unterschiede zwischen Autonomen und Angehörigen der strukturiert-undogmatischen Szene. In der Anwendung sind Autonome jedoch deutlich fundamentaler und weniger taktisch ausgerichtet. So werden ernsthafte Verhandlungen mit staatlichen Stellen oder die Zusammenarbeit mit Organisationen des demokratischen Spektrums in der Regel abgelehnt, weil diese schlicht als inakzeptable Gegner angesehen werden. Perspektivisch denkende Personen würden sich demgegenüber zunächst fragen, ob man durch eine Verhandlung oder eine Zusammenarbeit der eigenen Utopie einen Schritt näher kommen könnte. Dafür würden Zwischenschritte akzeptiert werden, die zunächst nur Veränderungen im eigentlich bekämpften System bedeuteten.

Das gleiche Muster gilt in der Gewaltfrage. Die grundsätzliche Befürwortung kommt aus allen Bereichen der undogmatisch-linksextremistischen Szene. Also wenden Autonome Gewalt vielfach auch an. Andere, wie z. B. in Schleswig-Holstein die Gruppe „Avanti - Projekt undogmatische Linke“, stellen Gewaltanwendungen aus

taktischen Erwägungen zurzeit zurück, um die als erforderlich angesehene Verankerung in der Gesellschaft nicht zu gefährden.

2.1.3 Autonome Strukturen mit terroristischen Ansätzen

Auch im Jahr 2005 gab es bundesweit eine Reihe linksextremistischer Anschläge, die in der konspirativen Vorbereitung und Art und Weise der Durchführung terroristische Ansätze erkennen lassen. Die seit mehreren Jahren in der autonomen Szene geführte Diskussion über die Vernetzung dieser Strukturen und über Legitimität und Grenzen der Gewaltanwendung wurde folgerichtig fortgeführt. So sind in dem autonomen Szene-Blatt „INTERIM“ auch im Berichtsjahr regelmäßig Beiträge zum Thema „Militanz“ veröffentlicht worden. Diese, insbesondere von der „militanten gruppe (mg)“ betriebene so genannte Militanz-Debatte enthielt vereinzelt auch neue Stimmen.

So wurde im September ein 20-seitiger „Diskussionsbeitrag für die revolutionäre Linke und zur Militanz-Debatte“ einer Gruppierung veröffentlicht, die sich „revolutionärer Zirkel“ nannte. Die Verfasser des Textes erklärten, sie hätten die seit 2001 stattfindende „Militanz-Debatte“ weitgehend mitverfolgt und wollten sich nun mit einem ersten Beitrag an diesem Diskurs beteiligen. Die Autoren begrüßten zwar das Vorhaben der „militanten gruppe (mg)“, über eine militante Plattform eine strukturelle Vernetzung militanter Gruppenstrukturen zu erreichen, doch sähen sie die Diskussion um Militanz bzw. den bewaffneten Kampf wenn auch als wichtig, derzeit jedoch nicht als vordringlich an; zunächst müsse sich die - zersplitterte und wenig koordinierte - Linke über ihre revolutionären Vorstellungen klar werden.

Der Beitrag dieser Gruppe, die eher dem traditionell anarchistischen Spektrum zuzurechnen ist, verdeutlicht, dass die Frage der Anwendung von militanter, auch gegen Personen gerichteter Gewalt zur Durchsetzung extremistischer Ziele nach wie vor im weiten Spektrum verschiedener linksextremistischer Gruppierungen thematisiert und grundsätzlich begrüßt wird. Die tatsächliche Anwendung solcher Gewalt wird aber ganz überwiegend zurückgestellt.

Anfang Juli wurde eine neue Ausgabe der konspirativ hergestellten und auch in Schleswig-Holstein vertriebenen Zeitschrift „radikal“ mit dem Untertitel „Möge die Nacht mit Euch sein“ festgestellt. Die „radikal“ erschien erstmals im Juni 1976 als Berliner Szene-Blatt. Im April 2004 war nach knapp fünfjähriger Pause wieder eine neue „radikal“-Ausgabe erschienen. Es handelte sich seinerzeit im Wesentlichen um ein „Praxisheft“ mit ausführlichen Anleitungen zum Bau von Brandsätzen.

Den Schwerpunkt der neuen Ausgabe bildet unter anderem ein schriftliches Interview mit der „militanten gruppe (mg)“ zu inhaltlichen und organisatorischen Perspektiven ihrer „Politik“ sowie zum Verlauf der „Militanz-Debatte“. Verbunden wird der theoretische Teil mit praktischen „Hinweisen“. So enthält das Heft eine „Handlungsanleitung zur Vorbereitung und Durchführung von Aktionen“, „Tipps und Tricks zum Umgang mit Mobiltelefonen“ sowie die Bauanleitung für einen Brandsatz.

Zur „Militanz-Debatte“ merkt die „militante gruppe (mg)“ in ihrem Beitrag unter anderem an, dass etliche militante Gruppen, darunter z. B. die der Hamburger Szene zuzurechnende Gruppierung „Autonome Zelle ‚In Gedenken an Ulrike Meinhof‘“ (AZUM), wortlos von der Bildfläche verschwunden oder seit längerem ohne erkennbare Aktivitäten seien. Tatsächlich sind 2005 weder Aktivitäten noch Verlautbarungen von AZUM bekannt geworden. Die Gruppierung hatte sich in den vergangenen Jahren zu einer Reihe von Anschlägen - auch in Schleswig-Holstein - bekannt. Zuletzt hatte sich AZUM mit einem im Oktober 2004 in der „INTERIM“ veröffentlichten Positionspapier zu Wort gemeldet.

In Schleswig-Holstein ist eine Beteiligung der linksextremistischen Szene an der „Militanz-Debatte“ weiterhin nicht festzustellen. Anschläge gab es aber auch hier. Wie schon in der Vergangenheit zeigte sich dabei wiederum, dass von der Hamburger autonomen Szene aufgegriffene Themen auch in das Hamburger Umland hineinwirken und sogar in Kiel und Lübeck Bedeutung erlangen können:

Im öffentlich zugänglichen Hamburger Schanzenparkgelände wird seit Januar 2005 ein ehemaliger Wasserturm zu einem Hotel umgebaut. Widerstand gegen dieses Projekt wurde seitdem einerseits auf Demonstrationen gezeigt, andererseits aber

auch in Form von Farb- und Brandanschlägen auf Hotels und Einrichtungen des Investors in Hamburg und Schleswig-Holstein.

So gab es - im Vorfeld einer am 5. März in Hamburg durchgeführten Demonstration gegen dieses Hotelprojekt - Sachbeschädigungen am Lübecker Hotel des Unternehmens. Am 12. Mai wurde dann ein Brandanschlag auf dem Gelände des Lübecker Hotels auf einen zu dieser Hotelkette gehörenden Transporter verübt. Der Transporter brannte dabei vollständig aus; Menschen wurden nicht verletzt.

In einem Selbstbeichtigungsschreiben hat sich eine bis zum Frühjahr unbekannte Gruppe „B.A.L.S.A.M.“ zu dem Brandanschlag bekannt: Die Gruppe sei erstaunt, dass sich der Konzern

„(...) bisher nicht aus dem Hotelprojekt Schanzenpark zurückgezogen hat. Das wäre die normale Reaktion auf den vielfältigen und anhaltenden Widerstand gewesen. In Verkennung ihrer eigenen Verletzlichkeit wollen sie ihr Luxushotel unter Polizeischutz durchprügeln und betreiben. Das geht gar nicht (...) - Schanzenpark für alle.“

Die Gruppe hatte bereits die Verantwortung für einen Brandanschlag am 26. April auf einen zentralen Stromverteilerkasten auf der Hamburger Wasserturm-Baustelle übernommen und weitere Aktionen angekündigt.

2.2 Dogmatischer Linksextremismus

Unter dem Begriff „dogmatischer Linksextremismus“ lassen sich linksextremistische Parteien und Gruppierungen zusammenfassen, die sich im Wesentlichen am Marxismus-Leninismus ausrichten. Sie verfügen über ein Weltbild, das den Anspruch wissenschaftlicher Folgerichtigkeit erhebt und geschichtlichen, gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Veränderungen bestimmte Gesetzmäßigkeiten unterlegt. Diese sollen unausweichlich auf die Ablösung der „bürgerlich-kapitalistischen“ Demokratie durch den Sozialismus als „höhere“ Gesellschaftsform hinauslaufen und damit die Beseitigung der bestehenden Verfassungsordnung zur Folge haben.

Das Spektrum des dogmatischen Linksextremismus umfasst in Schleswig-Holstein rund 500 Personen, davon sind etwa 200 der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) zuzurechnen.

Die weltanschauliche Grundlage der Politik der DKP ist und bleibt die Theorie von Marx, Engels und Lenin. Dennoch bestehen nach wie vor unterschiedliche „Sozialismusvorstellungen“ in West- und Ostdeutschland. Eher pragmatisch wurden daher auf der 1. Tagung des 17. Parteitages im Februar als Arbeitsschwerpunkte für die Jahre 2005/2006 der Widerstand gegen Sozialreformen, die Ablehnung der EU-Verfassung sowie die Arbeit gegen die „imperialistischen Bestrebungen“ der Bundesrepublik festgelegt. Die Partei gab sich allerdings kämpferisch. In der auf dem Parteitag beschlossenen „Politischen Erklärung der DKP“ (DKP-Zentralorgan „unsere Zeit“ vom 25. Februar) heißt es:

„Den Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozialkollaps und Demokratieabbau verstärken! - Das Kräfteverhältnis verändern! (...)

Als Ergebnis der politischen Kämpfe und sozialer Massenbewegungen wird letztlich der revolutionäre Bruch mit den bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnissen stehen und damit die Aufgabe, eine neue Gesellschaft aufzubauen, (...).

Die DKP geht davon aus, dass dies nur eine Gesellschaft sein kann, in der durch die Überwindung des Profitprinzips die Ergebnisse der gesellschaftlich geregelten Produktion der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen dienen. Diese Gesellschaft ist der Sozialismus, eine Gesellschaft, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Sie ist mit dem Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln unvereinbar.

An die Stelle der Herrschaft des Kapitals tritt die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen antikapitalistisch-antiimperialistisch orientierten Kräften. Sie schaffen die Voraussetzungen, dass sozialistische Demokratie zur dauerhaften Grundlage der neuen Gesellschaft wird.“

Die schrittweise Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung soll dabei auch mit Hilfe von Bündnispartnern erfolgen. So wird in der „Politischen Erklärung“ festgestellt:

„Die Arbeiterklasse ist und bleibt die entscheidende Kraft, um politische Veränderungen in Deutschland und weltweit durchzusetzen. Gesell-

schaftlicher Fortschritt ist nur denkbar, wenn in Aktionseinheit und in Bündnissen gehandelt wird.“

Die finanzielle Situation der Partei bleibt angespannt. Um das wöchentliche Erscheinen des DKP-Zentralorgans „unsere zeit“ zu sichern, wurde massiv um Spenden und neue Abonnements geworben. Am 29. Juli erschien eine Doppelausgabe, in der offen über die Gründe berichtet wurde:

„(...) Aufgrund der angespannten personellen und finanziellen Situation müssen wir eine Zeitungsausgabe einsparen (...).“

In realistischer Einschätzung ihrer Möglichkeiten verzichtet die DKP seit 1994 auf die Aufstellung von Landeslisten zur Bundestagswahl. Die Landesvorsitzende der DKP Schleswig-Holstein kandidierte deshalb auf Platz 7 der Liste der „Linkspartei.PDS“.

Mitglieder der DKP sind nach wie vor in den Führungsgremien der linksextremistisch beeinflussten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) vertreten. Diese Tatsache wurde in einer Traueranzeige im Parteiorgan „unsere zeit“ vom 6. Januar 2006 bestätigt. Die Anzeige enthält den Hinweis, dass der Verstorbene viele Jahre Mitglied der DKP sowie lange Jahre Geschäftsführer der VVN-BdA gewesen sei.

In Schleswig-Holstein gehen aufgrund des hohen Altersdurchschnitts der Mitglieder von der VVN-BdA kaum noch Aktivitäten aus.

Zu den weiteren im Lande vorhandenen dogmatisch-linksextremistischen Organisationen gehört unter anderem die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), die auch 2005 „Montags-Demonstrationen“ gegen „Sozialabbau“ und „Hartz IV“ in Lübeck organisierte. Hinweise, dass die Hoffnungen der MLPD, sich als Ansprechpartner für Betroffene bekannt zu machen und so ihren gesellschaftlichen Einfluss zu vergrößern, sich erfüllt haben, ergaben sich nicht.

Weiterhin zählen die aus dem ehemaligen „Bund Westdeutscher Kommunisten“ hervorgegangene „Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Politik von unten in und bei

der PDS“, die trotzkistischen Organisationen „Sozialistische Alternative VORAN“ und „Linksruck“ sowie traditionell anarchistische Gruppen der „Graswurzelbewegung“, wie die in der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ organisierten Anarcho-Syndikalisten, zu diesem Spektrum. Ihre Bedeutung ist marginal.

2.3 „Rote Hilfe e. V.“

Die „Rote Hilfe“ versteht sich als eine Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke. Ihr gehören bundesweit rund 4.500 Mitglieder aus dem linksextremistischen Spektrum an, davon rund 200 aus Schleswig-Holstein. Der Verein ist in über 40 Ortsgruppen - davon eine in Kiel - gegliedert. In einigen Orten, in denen keine Ortsgruppe aktiv ist, gibt es eine Kontaktadresse. Die bundesweit vierteljährlich erscheinende Publikation des Vereins ist die Zeitung „Die Rote Hilfe“.

Die „Rote Hilfe“ sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, Angehörige des linksextremistischen Spektrums zu unterstützen, „die aufgrund ihrer politischen Aktivitäten Repressionen ausgesetzt waren“ (Zeitung „Die Rote Hilfe“, 1/05), finanzielle oder ideelle Hilfe benötigen, z. B. Prozesskostenzuschüsse. Hierfür wurden 2005 rund 75.000 Euro ausgegeben. Finanziell unterstützt wird auch der Rechtshilfefonds „AZADI“, der Kurden helfen soll, „die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung mit Strafverfolgung bedroht werden“ (Zeitung „Die Rote Hilfe“, 1 bis 4/05).

Die Bundesdelegiertenversammlung der „Roten Hilfe“ hatte am 11./12. September 2004 beschlossen, sich mit der eigenen Geschichte zu befassen. Am 18. Februar 2005 wurde dann in Göttingen (Niedersachsen) das „Hans-Litten-Archiv - Verein zur Errichtung und Förderung eines Archivs der Solidaritätsorganisation der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der sozialen Bewegung (Rote-Hilfe-Archiv)“ gegründet. Die Grundlage soll das „Rote-Hilfe“-Archiv sein, das der neue Verein als Leihgabe erhalten hat (Zeitung „Die Rote Hilfe“, 1/05).

Der Zweck des Archiv-Vereins ist unter anderem - so die Satzung - „die Förderung von historischer, zeitgeschichtlicher und rechtsgeschichtlicher Wissenschaft und Forschung, Volksbildung und internationaler Gesinnung“. Material und Ergebnisse

des Vereins sollen in Seminaren oder Vorträgen verbreitet und „der Bildungsarbeit zur Verfügung“ gestellt werden.

3 Aktionsfelder

Hauptaktionsfeld der linksextremistischen Szene in Schleswig-Holstein war wiederum der „Anti-Faschismus-Kampf“, in dessen Zusammenhang zahlreiche strafbare Handlungen registriert wurden.

Obwohl der G-8-Gipfel in Deutschland erst für den Sommer 2007 geplant ist, hat das Thema „Anti-Globalisierung“ mit ersten Vorbereitungen für umfassende Protestkampagnen hierzulande bereits 2005 eine starke Beachtung gefunden.

In den Politikbereichen „Anti-Militarismus“ und „Anti-Rassismus“ entfalteten Linksextremisten im Berichtsjahr nur geringe Aktivitäten. Hingegen erfolgte im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die Arbeitsmarktreformen eine rege Agitations- und Propagandaarbeit, die im Ergebnis allerdings keine spürbaren Auswirkungen gezeigt hat.

3.1 „Anti-Faschismus“

Der „Anti-Faschismus-Kampf“ hatte für Linksextremisten im Berichtsjahr wiederum einen hohen Stellenwert. Dabei richtet er sich seit jeher nur vordergründig gegen den Rechtsextremismus; letztlich hat er eine System überwindende Stoßrichtung, um die angeblich unserer Gesellschaftsordnung immanenten Wurzeln des Faschismus zu beseitigen.

Bundesweit kam es in verschiedenen Städten zu gewalttätigen Aktionen gegen Veranstaltungen von Rechtsextremisten.

So beteiligten sich in Göttingen (Niedersachsen) am 29. Oktober bis zu 5.000 Personen - darunter rund 650 Angehörige der gewaltbereiten linksextremistischen Szene - an Protestaktionen gegen einen Aufmarsch des Landesverbandes Niedersachsen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Die zum Teil ver mummt und in Kleingruppen agierenden militanten Demonstranten aus mehreren Bundesländern - auch aus Schleswig-Holstein - errichteten aus Holzpaletten und Müllcontainern rund 50 Barrikaden und setzten davon etliche in Brand. An drei Gebäuden, in denen Burschenschaften Einrichtungen unterhalten, kam es zu

Sachbeschädigungen. Die Route des NPD-Aufmarsches wurde wegen der massiven Störungen durch Angehörige der autonomen Szene auf Anordnung der Polizei geändert und verkürzt. Nach Beendigung der NPD-Demonstration attackierten Autonome im Innenstadtbereich Einsatzkräfte mit Steinen, Flaschen und Stöcken. Dabei wurden Polizeibeamte verletzt.

Das für Göttingen beschriebene Szenario belegt in nachdrücklicher Weise die fortwährende Gewaltbereitschaft von Teilen des linksextremistischen Spektrums.

Aufgrund der Teilnahme der NPD an den Landtagswahlen konzentrierten sich in Schleswig-Holstein die linksextremistischen Aktivitäten im Themenfeld „Anti-Faschismus“ auf den Wahlkampf. Besondere Bedeutung erlangte hierbei die linksextremistisch dominierte Kampagne „Keine Stimme den Nazis“, in der landesweit rund 20 Gruppen aktiv waren. Die Kampagne war auf der Basis des zuvor bedeutungslosen, ebenfalls linksextremistisch dominierten „Landesweiten Antifa-Treffens“ mit Unterstützung der linksextremistischen Gruppe „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ gegründet worden. Für die Mitarbeit konnten in erheblichem Umfang Personen auch aus dem demokratischen Bereich gewonnen werden. Die Mitglieder recherchierten in ihren Orten rechtsextremistische Aktivitäten und behinderten den Wahlkampf der NPD. Ausdrückliches Ziel war es, gegenüber den Bewohnern Aufklärungsarbeit zu leisten. Um hier überzeugend wirken zu können, war die Kampagne grundsätzlich gewaltfrei angelegt worden.

Nach den Landtagswahlen setzten viele örtliche Gruppen der Kampagne ihre Arbeit fort, so dass insgesamt eine Belebung der „Anti-Faschismus-Arbeit“ festzustellen ist. Inwieweit die einzelnen Gruppen ein demokratisches oder extremistisches Selbstverständnis haben und eigenständig oder unter Einfluss von Extremisten arbeiten, wird die weitere Entwicklung zeigen müssen.

Höhepunkt der Auseinandersetzungen stellte das Demonstrationsgeschehen am 29. Januar in Kiel dar. Gegen eine Demonstration von Rechtsextremisten bildete sich ein breites Bündnis demokratischer und extremistischer Organisationen und Einzelpersonen mit dem Ziel, eine möglichst große Anzahl von Menschen zu mobilisieren. Der Aufruf bezog sich unverhohlen auf das Demonstrationsgeschehen vom

30. Januar 1999 in Kiel anlässlich der „Wehrmachtsausstellung“, als es zu einer Blockade des „rechten“ Aufmarsches gekommen war. Auch jetzt wurde gefordert: „Den Nazi-Aufmarsch in Kiel stoppen!“. Die linksextremistische Gruppe „Avanti - Projekt undogmatische Linke“, in die Vorbereitungen der Bündnis-Demonstration führend mit eingebunden, ging in einem Internet-Beitrag noch einen Schritt weiter:

„Zu diesem (relativen) Erfolg hat damals [Anmerkung: Gemeint ist auch hier der 30. Januar 1999.] das gute Zusammenspiel von direkten Aktionen und breiter Bündnispolitik entscheidend beigetragen. Deshalb wird auch 2005 zunächst eine breite, berechenbare und politisch ausdrucksstarke Demonstration die Basis für ein erfolgreiches Vorgehen gegen den Naziaufmarsch bilden müssen.“

Mit dem Hinweis auf „direkte Aktionen“ bezieht sich „Avanti“ auf die gewalttätigen Ausschreitungen vom Januar 1999. Diese „direkten Aktionen“, also auch Stein- und Flaschenwürfe sowie brennende Barrikaden, waren durch das planmäßige Instrumentalisieren der damaligen Bündnis-Demonstration begünstigt worden. Durch eine Steuerung des Demonstrationsverlaufs wurden die unübersichtlichen Situationen geschaffen, die es autonomen Kleingruppen ermöglichten, ihre „direkten Aktionen“ durchzuführen. Mit der Aufforderung, die „Linke“ dürfe sich nicht spalten lassen, wurde auch für den Januar 2005 der Spagat vollzogen, durch eine gewaltfrei angelegte Bündnis-Demonstration ein breites Mobilisierungspotenzial anzusprechen und gleichzeitig militante Autonome in das Gesamtkonzept zu integrieren.

Autonome Gruppen, die mit dem Bündnis nicht zusammenarbeiten wollten, organisierten sich unter dem Namen „Linksradikales Plenum“. Sie mobilisierten eigenständig ebenfalls in Norddeutschland einschließlich Berlin.

Der Aufzug bestand aus rund 7.000 Gegendemonstranten. Hiervon lösten sich mehrere hundert Personen, die versuchten, zum Auftaktort der Demonstration der Rechtsextremisten zu gelangen. Das gleiche Ziel hatten die vielen Kleingruppen, die gar nicht erst an der Gegendemonstration teilgenommen hatten. Die eingesetzten Polizeikräfte verhinderten ein Aufeinandertreffen der gegnerischen Lager und wurden dabei in erheblichem Maße mit Flaschen und Steinen beworfen. Am Rande der „rechten“ Demonstrationsroute wurden Barrikaden mit brennenden Müllcontainern gebaut und weitere Straftaten verübt.

Viele Gegendemonstranten aus dem demokratischen Spektrum sahen sich einem bekannten Dilemma ausgesetzt: Wie nimmt man sein Demonstrationsrecht wahr, ohne vorhersehbare Krawalle zu begünstigen? Dies war der Grund, zeitlich und räumlich abgesetzt einen weiteren Demonstrationzug mit letztendlich 1.200 Teilnehmern zu organisieren.

Die Teilnehmerzahlen an den Gegendemonstrationen waren unerwartet hoch. Grund für die große Beteiligung war, dass alle parallel durchgeführten Mobilisierungen der unterschiedlichen Organisationen gleichermaßen erfolgreich waren: Engagierte im Wahlkampf stehende Parteien, eine flächendeckende Ansprache der Schülerinnen und Schüler, auf eingespielte Strukturen zurückgreifende Organisationen tatsächlicher sowie vermeintlicher „Anti-Faschisten“ und ein Mobilisierungsgebiet von Berlin bis Dänemark. Nicht nur die großen Teilnehmerzahlen, sondern insbesondere der erzwungene Abbruch des Aufzugs der Rechtsextremisten wurden im linksextremistischen Lager übereinstimmend als Erfolg bewertet. Für die Zukunft sieht sich die linksextremistische Szene gut gerüstet, auf Basis der bestehenden Strukturen mögliche weitere rechtsextremistische Aufmärsche erfolgreich blockieren zu können.

Neben Aktionen im Zusammenhang mit dem schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf gab es darüber hinaus auch weitere weniger öffentlichkeitswirksame Aktivitäten gegen Rechtsextremisten.

So hat sich die linksextremistische Szene auch im Jahr 2005 mit der Kampagne gegen die von dem bekannten Rechtsextremisten Dieter Kern gepachtete Gaststätte „Landhaus Heilshoop“ in Heilshoop (Kreis Stormarn) beschäftigt. Nachdem die Gaststätte weiter als Sammlungspunkt für die regionale rechte Szene fungierte und Rechtsextremisten die Möglichkeit zur Durchführung von Vorträgen, „Stammtischen“, Konzerten und anderen Veranstaltungen bot, kam es von Seiten der linksextremistischen Szene neben intensiver Beobachtung und Flugblatt-Aktionen am 16. April zu einer größtenteils friedlichen, rund 200 Personen umfassenden Demonstration mit dem Thema „Nazigasthof dichtmachen“. Am 31. Juli hat der Betreiber sein Gewerbe abgemeldet.

3.2 „Anti-Globalisierung“

An den Protestaktionen bei internationalen politischen Gipfeltreffen des Jahres in Europa, wie dem Treffen der „Gruppe der Acht“ (G 8) im schottischen Glen Eagles im Juli, nahmen auch Linksextremisten aus Schleswig-Holstein teil. Ihr Einfluss war gering.

Bereits kurz nach diesem Treffen wurde in der linksextremistischen Szene die geplante G-8-Zusammenkunft in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) im Jahr 2007 thematisiert. Seitdem wird zu einer groß angelegten Kampagne gegen den G-8-Gipfel aufgerufen. So wurde beispielsweise im Internet schon im Sommer 2005 aufgefordert, gemeinsam die Voraussetzungen für „kraftvolle Tage des Widerstandes“ beim Gipfeltreffen zu schaffen. Da das „Gesamtprojekt G-8-Mobilisierung 2007“ zu groß für eine Organisation sei, müssten alle autonomen und linksradikalen Gruppen sowie „alle Spektren der Linken“ zusammenarbeiten. Dadurch solle ein Aufbruchsignal für eine selbstbewusste, „sich neu formierende Bewegung“ entstehen.

Auch Gruppen aus Schleswig-Holstein beteiligten sich an dem Aufruf und an ersten Vorbereitungen für Gegenaktionen.

Eine Absage an Gewalt erfolgt im Aufruf nicht. Als gemeinsame Grundlage für die Proteste wird „die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen“ vorgeschlagen. Ohne es ausdrücklich zu formulieren, wird damit die Anwendung auch gewalttätiger Protestformen akzeptiert.

Die Anziehungskraft für die gewalttätige Szene erscheint auch lange vor dem Gipfeltreffen in Heiligendamm groß. So gab es bereits Ende Juli, Mitte Oktober sowie im Dezember Brandanschläge mit ausdrücklichem G-8-Gipfel-Bezug. In einem der Selbstbeichtigungsschreiben wurde vorgeschlagen, „mit praktischen Interventionen (...) eine breite, auch militant begleitete Kampagne gegen Heiligendamm“ ins Leben zu rufen. In einem anderen wurde bekundet, dass eine „militante Kampagne gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm cool“ gefunden werden würde: „Genau wie die Deutschland-Kampagnen der WerbemacherInnen sollen auch die Weltmeisterschaft 2006 und der G-8-Gipfel 2007 das Image der Großmacht Deutschland aufpolieren.“

3.3 „Anti-Atomkraft“

Das Themenfeld „Kernenergie“ hatte im Berichtsjahr für den größten Teil der schleswig-holsteinischen linksextremistischen Szene nur eine geringe Bedeutung.

Der einzige Castor-Transport von der Wiederaufbereitungsanlage La Hague (Frankreich) in das Zwischenlager Gorleben (Niedersachsen) wurde ab dem 19. November durchgeführt. Mit etwa 3.500 Teilnehmern, davon rund 200 Autonome sowie andere Linksextremisten, bewegte sich die Zahl der Protestierenden während des Transportes in etwa auf dem Niveau der Vorjahre.

Im Vorfeld des Transportes ist eine Reihe militanter Aktionen durchgeführt worden. So gab es Hakenkrallenanschläge, unter anderem bei Aumühle (Kreis Herzogtum Lauenburg) und Hagen (Nordrhein-Westfalen), in Brand gesteckte Wohncontainer der Polizei sowie Sachbeschädigungen und verschiedene Sabotageversuche am Rande der Strecke.

Zu den Hakenkrallenanschlägen bei Aumühle und Hagen bekannte sich eine Gruppe „c.r.o.c.h.e.t.“ (franz.: Haken). Erinnerung sollte an einen Franzosen, der im November 2004 in Frankreich bei einer Ankett-Aktion anlässlich des Castor-Transportes von einem Zug überrollt und getötet worden war:

„Wir gedenken mit dieser Aktion dem französischen Aktivistin Sebastien Briant, der am 7. November 2004 getötet wurde. (...) Sebastiens Tod hat uns schmerzlich daran erinnert, dass die Vertreter und Profiteure dieser lebensfeindlichen Herrschaftstechnologie unbeeindruckt über Leichen gehen. (...) Wut und Trauer in Widerstand! Für die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen und der herrschenden Klasse!“

Während die Zahl militanter Aktionen im Vergleich zum Jahr 2004 insgesamt anstieg, war sie während des eigentlichen Transportes rückläufig. Wie in den Vorjahren wurde er von meist friedlichen Demonstrationen begleitet. Der Versuch einer Einflussnahme von Linksextremisten auf die Proteste hatte kaum Resonanz gefunden und war auf Einzelfälle beschränkt.

Im Vorfeld hatten sich die ganz überwiegend nicht-extremistisch beeinflussten Umweltschutz- und Bürgerinitiativen mit erheblichen Anstrengungen um eine Verbreiterung des Themenspektrums bemüht. So reichten die Themen bei Veranstaltungen am Rande des Transportes von altbekannten Parolen „gegen Atomkraft“ bis hin zu Aufrufen „für erneuerbare Energien“. Der erhoffte Aufschwung für die Anti-Atom-Bewegung blieb aber aus. Deren positive Entwicklung war bereits in der Zeitschrift „anti atom aktuell“ vom Juni 2005 pessimistisch eingeschätzt worden:

„Wenn die Anti-Atom-Bewegung nicht zu neuer Breite und Offensive findet, dann bliebe uns für 2006 nur die gänzlich unattraktive Wahl zwischen zwei Übeln: Entweder wir bleiben eine kleine radikale Minderheit und werden Zeuge des langsamen Niedergangs einer aus der Mode gekommenen Alternativbewegung. Oder wir müssten an der Seite von Rot-Grün einen Atomkonsens, den wir nie haben wollten, gegen Schlimmeres verteidigen.“

Linksextremistische Gruppierungen haben in den vergangenen Jahren häufig aktuelle Themen aufgegriffen, die große Teile der Bevölkerung interessieren und oftmals Ängste auslösen. Beispiele dafür sind die Kampagnen gegen Arbeitsmarktreformen und gegen Kürzungen im Sozialleistungsbereich. Gemessen an diesem Maßstab ist vor dem Hintergrund der Selbsteinschätzung der Anti-Atom-Bewegung das Themenfeld „Anti-Atomkraft“ für Linksextremisten eher unattraktiv geworden. Das Mobilisierungspotenzial zu diesem Thema ist zurzeit gering. So beteiligten sich aus Schleswig-Holstein auch nur wenige Szene-Angehörige an den Protesten.

3.4 Alternative/autonome Zentren

Das bundesweit für Teile des linksextremistischen Spektrums bedeutsame Themenfeld „Erhalt von autonomen Zentren und Bauwagenplätzen“ hat mit Hamburg und Schleswig-Holstein einen Schwerpunkt in Norddeutschland. Das in der Zwischenzeit abgerissene „Soziale Zentrum“ in Norderstedt und die ungewisse Entwicklung der „Alten Meierei“ in Kiel haben die Szene in besonderem Maße mobilisiert.

Der Konflikt um die von den Nutzern als „politisches Kommunikations- und Kulturzentrum“ bezeichnete Kieler „Alte Meierei“ hielt im Jahr 2005 an. Weiterhin überwogen Aktionen und Verhaltensweisen, die als nicht-extremistisch bewertet werden

müssen. Ein städtisches Konzertverbot, ausgesprochen aufgrund fehlenden Brandschutzes, wurde insofern befolgt, als die Konzerte in andere Veranstaltungsorte verlegt wurden. Durchgeführte Demonstrationen, so am 4. Juni mit rund 400 Personen, verliefen weitgehend friedlich. Trotz dieses in der Öffentlichkeit überwiegend moderaten Verhaltens sind linksextremistische Aussagen seitens des verantwortlichen „NutzerInnen-Plenums“ unverkennbar. Auf einem Flugblatt wird die „Alte Meierei“ als letzter Raum der autonomen radikalen Linken in Kiel dargestellt. Weiter heißt es:

„Wir sehen (...) die Möglichkeit, (...) neue Perspektiven des (Über-) Lebens in dieser Gesellschaft zu entwickeln und letztendlich die Überwindung dieses unterdrückerischen Systems (...) voranzutreiben. (...)
Wir werden weiterhin Pogo tanzen (...), ohne ständig von Macker-Scheiss oder Deutschland gestört zu werden.“

Die jahrelangen Auseinandersetzungen in Lübeck um den künftigen Standort des selbst verwalteten Jugend- und Kulturzentrums „alternative“ (genannt „walli“), das als zentraler Treffpunkt für linksalternative, aber auch linksextremistische Personengruppen fungiert, haben im Jahre 2005 ein vorläufiges Ende gefunden.

Im Juni fand noch eine von einem einschlägig bekannten Linksextremisten angemeldete, 600 Personen umfassende Großdemonstration statt, die jedoch größtenteils friedlich verlief. Kurz darauf hat dann die Lübecker Bürgerschaft einer Vertragsverlängerung für mindestens vier Jahre am jetzigen Standort zugestimmt. Damit ist durch lange Kündigungsfristen die Existenz der „alternative“ bis zum 30. Juni 2010 vereinbart worden.

Der Verein „Soziales Zentrum e. V.“ in Norderstedt ist ein 1995 gegründetes, „selbst verwaltetes und selbst finanziertes Veranstaltungs- und Kommunikationszentrum für linke Politik und Kultur in Norderstedt“. In den Räumen des „Sozialen Zentrums“ in der Ulzburger Straße hat 2005 unter anderem auch die Ortsgruppe Norderstedt von „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ Veranstaltungen durchgeführt. „Avanti“ ist eine der als linksextremistisch eingestuften Gruppierungen der Region (siehe dazu unter Nr. III 2.1).

Nach der Kündigung des Mietvertrages durch die Stadtverwaltung Norderstedt und dem Abriss des Hauses am 30. Dezember muss abgewartet werden, ob der Verein

„Soziales Zentrum“ weiter bestehen und linksextremistischen Gruppierungen auch zukünftig einen Treffpunkt bieten kann.

4 Agitations- und Kommunikationsmedien

Weiterhin kommt der Pflege von persönlichen Kontakten in der linksextremistischen Szene eine herausragende Bedeutung zu. Aktionen und Kampagnen werden in Vorbereitungstreffen organisiert. Diese werden sowohl regional als auch überregional durchgeführt. Kontakte bestehen vielfältig, oft auch länderübergreifend. Dabei hat die vertrauliche Weitergabe von Informationen einen besonders hohen Stellenwert. Ungeachtet dessen benutzt die Szene auch das ganze Spektrum herkömmlicher und neuer Kommunikationsmedien.

Bundesweit werden durch über 30 Verlage und Vertriebsdienste Schriften verbreitet. Davon erscheinen die Informationsschrift „LinX“, die von Linksextremisten des undogmatischen Spektrums herausgegebene „Enough is enough!“ sowie verschiedene Parteipublikationen und Szene-Blätter in Schleswig-Holstein. Von Bedeutung sind hier aber auch überregionale Publikationen wie „unsere zeit“, „Die Rote Hilfe“ sowie die Szene-Blätter „INTERIM“ und „radikal“.

Neben im linksextremistischen Bereich vertriebenen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern hat das Internet für die schnelle und umfassende Informationsverbreitung und Kommunikation große Bedeutung erlangt.

Internet-Portale bündeln die Initiativen und Internet-Projekte verschiedener Gruppen. Sie erleichtern deren Auffindbarkeit und den schnellen Austausch von Berichten, Bildern und Videos. Um die Vertraulichkeit der Informationsübermittlung bedacht, bieten die Portale inzwischen auch Verschlüsselungstechniken zur Datenübermittlung an. Als wichtigste Internet-Plattformen sind das „nadir info system“ und „indymedia“ zu nennen.

Das „**nadir info system**“ bietet eine Plattform mit Newsgroups (Informations- und Diskussionsaustausch), Mailinglisten (Rundbriefe) und E-Mail-Funktionen (Postfächer) sowie ein Informationssystem zu tagespolitischen Ereignissen und ein umfang-

reiches Archiv. Daran, dass es sich um ein Portal der linksextremistischen Szene handelt, lässt „nadir“ keine Zweifel aufkommen:

„Wir wollen einen Beitrag zur Entwicklung einer emanzipativen Perspektive leisten, die international und internationalistisch allen Widerständen und Kämpfen eine gemeinsame Richtung gibt, um die herrschenden Verhältnisse grundlegend zu verändern - you'll never walk alone.“

„indymedia Deutschland“ versteht sich nach eigenen Angaben

„(...) als ein multimediales Netzwerk unabhängiger und alternativer Medien, MedienmacherInnen, engagierter Einzelpersonen und Gruppen. Es bietet offene, nichtkommerzielle Berichterstattung sowie Hintergrundinformationen zu aktuellen sozialen und politischen Themen. Bereits bestehende alternative Strukturen sollen dadurch in ihrer Arbeit unterstützt werden. Das Projekt ist selbst wiederum ein Teil der internationalen Medienvernetzung indymedia.“

Auf dieser Internet-Plattform, die auf eine eigene Redaktion verzichtet, finden sich Beiträge zu nahezu allen Themenbereichen, die für die Szene von Bedeutung sind. So wird z. B. über „Anti-Faschismus“, „Soziale Kämpfe“, „Bildung“ und „Anti-Rassismus“ berichtet und diskutiert. Im Mittelpunkt steht der so genannte Open-Posting-Bereich, über den auch Einzelpersonen Gelegenheit haben, aktuelle Berichte einzustellen. Zu finden sind darüber hinaus Mobilisierungsaufrufe zur Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen. In der Regel wird gleichzeitig eine Verlinkung zur Internet-Seite der Initiatoren angeboten, auf der dann die ausführliche Darstellung des Projektes erfolgt.

Neben diesen bundesweiten Plattformen existiert eine Vielzahl verschiedener Internet-Seiten extremistischer Parteien, regionaler Gruppen und Einzelpersonen. Dies gilt auch für Schleswig-Holstein.

Über die mittel- und längerfristige Mobilisierung hinaus wird die Technik des Internets inzwischen von der linksextremistischen Szene auch genutzt, um spontan Sympathisanten zu mobilisieren. So wurde z. B. im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf zum „Besuch“ von Informationsständen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ aufgerufen.

**5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen
und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung
im Bundesgebiet 2003 bis 2005**

	2003	2004	2005
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	500	500	500
Gewaltbereite undogmatische Linksextremisten	340	320	320
Gesamt Land	840	820	820
Gesamt Bund	31.300	30.800	30.600

IV. Extremistische Bestrebungen von Ausländern

1 Übersicht

Nach den schweren Anschlägen von Istanbul im November 2003 und Madrid im März 2004 belegen die Attentate auf das Londoner Nahverkehrssystem am 7. und 21. Juli nicht allein die anhaltende ernste Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus auch für Westeuropa. Vielmehr sprechen sie auch für eine neue Qualität dieser Gefährdung. Zusätzliche Besorgnisse erwachsen dabei aus den Umständen der vollendeten bzw. versuchten Anschlagsserien. Dies gilt insbesondere insoweit, als hier erstmalig in Westeuropa Selbstmord-Attentäter aktiv geworden sind.

Auch an den Brennpunkten des *Jihad* - hier hat sich der Irak immer stärker in den Vordergrund geschoben - treten zunehmend häufig Selbstmord-Attentäter auf. Diese und weitere Aspekte veranschaulichen, wie virulent nach wie vor die Aufrufe Bin Ladens zum „Krieg gegen die Juden und Kreuzzügler“ sowie gegen die als Glaubensabtrünnige verdammtten Regierungen fast aller islamischen Länder sind. Annähernd weltweit sind regionale Netzwerke und lokale Gruppen feststellbar, die sich als Beteiligte am transnationalen *Jihad* begreifen und sich ideologisch auf Bin Laden und seine „Al-Qaida“ beziehen, aber weitgehend autonom agieren. Demgegenüber dürfte die verbliebene Kern-„Al-Qaida“ als terroristische Organisation nach der Zerstörung ihrer Basis in Afghanistan und wegen des hohen Verfolgungsdruckes dort wie auch in den Rückzugsgebieten insbesondere Pakistans operativ kaum handlungsfähig sein.

In Deutschland konnten terroristische Strukturen mehrfach rechtzeitig aufgedeckt werden. Die Kette der Verurteilungen und Exekutivmaßnahmen hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Schleswig-Holstein scheint von der Gesamtentwicklung weniger betroffen zu sein. Terroristische Strukturen waren hierzulande unverändert nicht zu beobachten; es bleibt insoweit bei Einzelpersonen, die Kontakte in das gewaltbereite islamistische Spektrum unterhalten oder früher unterhalten haben und somit auch Anlaufstellen für Personen sein könnten, die konkrete Gewaltakte vorbereiten. Dieser Bereich erfordert demnach unverändert höchste Aufmerksamkeit.

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht gewaltbereite islamistische Organisation in Deutschland bemüht sich weiterhin auf unterschiedlichen Ebenen um Anerkennung als Ansprechpartner für die Integration der Muslime. Sie bietet aber bei genauer Betrachtung weiterhin ausreichende Anhaltspunkte für ihre konstitutive Verbundenheit mit der von der Türkei aus gesteuerten „Milli-Görüs“-Bewegung und der ihr zugrunde liegenden islamistischen Ideologie. In Schleswig-Holstein ist die IGMG unverändert nur wenig verankert.

Die Fortsetzung des so genannten Friedenskurses des als Nachfolgeorganisation der verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ anzusehenden „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL) erscheint unsicherer als in den Vorjahren. Mit seinem Bestreben, als Verhandlungspartner für eine Lösung der Kurdenfrage anerkannt zu werden und dabei den inhaftierten kurdischen „Volksführer“ Abdullah Öcalan in den Vordergrund zu stellen, ist der KONGRA-GEL in eine Sackgasse geraten. Zudem ist die Lage der KONGRA-GEL-Guerilla in den Rückzugsgebieten außerhalb der Türkei prekär. Damit einher geht eine Intensivierung militärischer Auseinandersetzungen sowie von Anschlägen in der Türkei. Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland haben sich bisher nicht ergeben; diese sind nur bei einer weiteren Zuspitzung der Situation zu erwarten.

Das Gesamtpotenzial der Anhänger extremistischer Bestrebungen ist in Schleswig-Holstein wie auch auf Bundesebene weitgehend gleich geblieben. Unverändert betätigt sich nur ein sehr geringer Teil der ausländischen Bevölkerung in derartigen Organisationen.

2 Islamismus

Zum unabdingbaren Bestand einer freiheitlichen Verfassungsordnung gehört, dass die Religion eine für Dritte folgenlose Privatsache eines jeden Individuums darstellt. Die durch Artikel 4 Grundgesetz gewährte Religionsfreiheit differenziert nicht zwischen einzelnen Religionen und räumt auch Nicht-Gläubigen denselben Achtungsanspruch ein. Eine solche Toleranz gegenüber anderen Lebensplänen ist dem Islamismus fremd. Er verfolgt einen kollektivistischen Ansatz, instrumentalisiert die Reli-

gion für politische Machtansprüche und stellt damit eine Ideologie dar. Endziel ist entweder die umfassende, gewaltsame theokratische Umgestaltung der jeweiligen Herkunftsländer und/oder die langfristig angelegte Durchsetzung seiner politisch-religiösen Vorstellungen auch in westlichen Verfassungsstaaten und freiheitlichen Gesellschaftsordnungen. Diese extremistischen Zielsetzungen werden allerdings im öffentlichen Diskurs häufig verschleiert. So sind vordergründige Bekenntnisse zu Pluralismus, demokratischen Prozessen und Minderheitenschutz nicht selten, die im Kontext jedoch erkennen lassen, dass sie nur solange gelten, wie man sich selbst in der Minderheit befindet. Insbesondere im interreligiösen Dialog wird auf die *Taqiya*, die aus islamischen Quellen abgeleitete Befugnis zur Täuschung, zurückgegriffen.

Von den über 3 Millionen in Deutschland lebenden Muslimen hängt nur eine Minderheit islamistischen Strömungen an. Nur diese unterliegt der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Dabei darf der Fokus nicht auf militante oder gar terroristische Durchsetzungsstrategien verengt werden. Manche islamistische Organisationen lehnen in ihren Verlautbarungen durchaus überzeugend Gewalt ab. Äußerungen zur Gewaltfrage sind allerdings nur ein - durchaus wesentlicher - Teilaspekt. Ausschlaggebend ist, dass islamistische Vorstellungen nicht nur punktuell mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kollidieren, sondern die Geltung dieser Grundordnung allenfalls vordergründig akzeptieren, letztlich ihrer eigenen Werteordnung aber den Vorrang einräumen und sie in einer „Parallelgesellschaft“ verankern wollen mit dem Fernziel, ihr ausschließliche politische Geltung zu verschaffen. Außerdem können auch nicht-militante islamistische Organisationen durch die Verbreitung anti-westlicher Zerrbilder und die Relativierung terroristischer Anschläge zu Radikalisierungsprozessen gerade bei jüngeren Muslimen beitragen und damit den Nährboden schaffen, aus dem militante oder terroristische Bestrebungen ihren Nachwuchs rekrutieren können.

Ein besonderes Problem sind Publikationen, häufig auch in deutscher Sprache, die eine islamistische Position verbreiten und damit Abgrenzung und Konfrontation fördern wollen. Von zunehmender Bedeutung für die islamistische Agitation ist das Internet. Nahezu alle islamistischen Strömungen nutzen dieses Medium, um aktuell und zum Teil mit drastischen Bildern unterlegt ihre Sichtweise weltweit zu verbreiten.

Veröffentlichungen im Internet weisen im Allgemeinen radikalere Inhalte auf als Printmedien. Um den Zugriff der Sicherheitsbehörden zu erschweren, werden für die Verbreitung von islamistischer Propaganda über das Internet nicht nur ausländische Provider genutzt, sondern bei terroristischen Bezügen auch die Internet-Adressen häufig gewechselt. In diesem Bereich konnte auch das unautorisierte Einstellen eigener Inhalte in fremde (nicht-extremistische) Internet-Seiten beobachtet werden. Die Auffindbarkeit wird durch interne Weitergabe der Internet-Adresse sichergestellt. Auch passwortgeschützte Chatrooms spielen eine Rolle; der Zugang setzt eine Überprüfung unter Umständen unter Beteiligung von Referenzpersonen voraus.

2.1 Wesensmerkmale des Islamismus

Prägende Merkmale der von Islamisten angestrebten „islamischen Ordnung“ sind

- ein kollektivistischer Gesellschaftsansatz, der den Gemeinschaftsbezug in den Vordergrund rückt und damit Individualität und Pluralität eine Absage erteilt,
- die absolute Geltung der islamischen Quellen für jedermann als unmittelbare Grundlage der staatlichen Ordnung,
- damit auch die Einheit von Staat und Religion,
- daraus hergeleitet die Auffassung, die gesamte Rechtsordnung sei ein von Gott gegebenes, vom Menschen nicht abänderbares System (*Shari'a*).

Diese Vorstellungen sind unvereinbar mit wesentlichen Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Insbesondere stehen sie im fundamentalen Gegensatz zur Volkssouveränität, zur Gewaltenteilung, zum Rechtsstaatsprinzip, zum Mehrparteiensystem einschließlich der Ausübung der parlamentarischen Opposition, des Minderheitenschutzes und der Menschenrechte.

Wie grundsätzlich die Gegnerschaft des Islamismus zu einer säkular begründeten Verfassungsordnung ist, zeigt exemplarisch eine Botschaft des „Al-Qaida“-Gefolgs-

mannes im Irak, Al-Zarqawi, der im Zusammenhang mit den Wahlen zum provisorischen irakischen Parlament im Januar einen „gnadenlosen Kampf“ gegen die Demokratie ankündigte. Diese sei ein „bösesartiges Herrschaftssystem“, weil es die Gott zustehende Macht dem Volk übertrage. Eine derartige ablehnende Haltung ist aber keinesfalls auf das gewaltbereite islamistische Spektrum beschränkt; sie wird aber unter Umständen nur verklausuliert zum Ausdruck gebracht.

Wie für andere Ideologien, ist auch für den Islamismus ein simplifizierendes, holzschnittartiges Freund-Feind-Denken kennzeichnend.

2.1.1 Antisemitismus

Islamisten aller Couleur sind sich einig in ihrem Hass auf die Juden und auf den Staat Israel. Diese islamistische Judenfeindlichkeit ist im Kern ein Produkt der Moderne und findet ihre Anknüpfungspunkte im europäischen Antisemitismus. Als „Geburtshelfer“ des islamistischen Antisemitismus ist der 1966 in Ägypten hingerichtete Ideologe der „Muslimbruderschaft“ Sayyid Qutb insbesondere mit seinem vor über 50 Jahren erschienenen Pamphlet „Unser Kampf gegen die Juden“ zu sehen. Wenngleich dem islamistischen Antisemitismus das rassistische Herrenmenschen-denken europäischer Provenienz fehlt, besteht im Ergebnis in der kollektiven Dämonisierung „der Juden“ als Verkörperung der zersetzenden und nach Weltherrschaft strebenden Macht kein Unterschied.

Aktuelle Beispiele bieten die mehrfachen israelfeindlichen und antisemitischen Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten, die in islamistischen Kreisen Zustimmung finden. So unterstützte der Führer der ägyptischen „Muslimbrüder“ Akif die in diesem Kontext geäußerte Meinung, der Holocaust sei nur ein Mythos. Dies entspricht einem gängigen Agitationsmuster des internationalen Rechtsextremismus („Auschwitz-Lüge“).

2.1.2 Antiwestliche Zerrbilder

Wenn die westlichen Verfassungsordnungen von Islamisten pauschal abgelehnt werden, so gilt dies erst recht für das darauf beruhende gesellschaftliche Zusam-

menleben, das durch die individuellen Freiheitsrechte, wie z. B. Entfaltung der Persönlichkeit, Meinungs-, Vereinigungs- und Religionsfreiheit, Gleichberechtigung der Frau, bestimmt ist. Damit sind die wesentlichen Konfliktpunkte vorgezeichnet. Deshalb sind Islamisten bestrebt, die westlichen Gesellschaftsordnungen als verabscheuungswürdigen Gegensatz zu den eigenen Gesellschaftsmodellen darzustellen. Nach islamistischem Verständnis richten sich die Grundlagen westlicher Gesellschaftsordnungen gegen das „göttliche Gesetz“; die Menschenrechte nach westlichem Verständnis führen demnach zu sozialer Auflösung und Dekadenz, die freie Entfaltung des Individuums mündet in moralische Verkommenheit. Als angebliche Belege für die Richtigkeit dieser Auffassung werden einzelne Fehlentwicklungen in den pluralistischen westlichen Gesellschaften überzogen als Ausdruck einer generell „krankhaften Gesellschaft“ dargestellt und jede Abweichung von dem eigenen geschlossenen Gesellschaftsmodell als Perversion verunglimpft. Die desintegrative Wirkung einer derartigen Vorgehensweise liegt auf der Hand. Vorrangiges Ziel der antiwestlichen Propaganda sind die USA als Symbol des Westens. Auffällig ist, dass in diesem Zusammenhang politische Auseinandersetzungen zunehmend religiös aufgeladen und als „Krieg der Religionen“ dargestellt werden, wodurch offenbar auch die in Europa lebenden Muslime in einen Loyalitätskonflikt gebracht werden sollen.

Bereits die Diktion ist geeignet, bestehende Konfliktlagen zu verschärfen. In diese Richtung geht die im Juni von einem arabischen Fernsehsender ausgelöste Debatte, ob es bei der Bezeichnung „*Kafir*“ für einen Ungläubigen (mit stark herabsetzender Bedeutung, etwa „Ketzer/Heide“) bleiben solle oder ob dieser Begriff durch einen neutralen Begriff, wie z. B. „Nicht-Muslim“, ersetzt werden könne. Daraufhin äußerte ein angesehener Religionsgelehrter, der Begriff „*Kafir*“ sei vom Koran so vorgeschrieben; es dürfe kein Zurückweichen gegenüber Ungläubigen geben. Im Verhältnis zu Ungläubigen bestehe nach der *Shari'a* das Gebot der Missionierung (*Da'wa*); Verträge, Handel und Übernahme westlichen Wissens seien erlaubt, soweit es den Muslimen nütze. Damit wird eine Position bezogen, die von Islamisten immer wieder artikuliert wird. In dem erwähnten Fall war die Flut zustimmender Äußerungen überwältigend; diese vielfach mit dem Tenor, Juden und Christen seien Ketzer, mit denen man keine Freundschaft schließen könne.

Die Betonung dieses Freund-Feind-Denkens ist einerseits keine nur theologische Debatte, sondern stark von politischen Implikationen bestimmt; andererseits wirkt sie sich auch auf das Denken von Diaspora-Muslimen aus. So wurde auch in Schleswig-Holstein im Rahmen einer Freitagspredigt propagiert, den Christen sei - als nach islamischer Lehre äußerst schwerwiegendes Verbrechen - die Verfälschung des Glaubens an den einen Gott vorzuwerfen. Allein der gottgegebene Koran beinhalte die einzig rechtmäßige und endgültige Religion.

In terroristischen Kreisen wird diese Auffassung konsequent zu Ende gedacht. Vor dem Hintergrund, dass der Abfall vom Glauben im Islam als todeswürdiges Verbrechen gilt, werden arabische Regierungen, die mit westlichen Staaten kooperieren, als „Apostatenregime“ beschimpft. Die Entführung und Ermordung des ägyptischen Botschafters im Irak wurde von Al-Zarqawi damit begründet, jener sympathisiere mit Juden und Christen. Er sei als Apostat zum Tode verurteilt worden, weil er die Einheit der Muslime zerstören wolle.

2.2 Islamistischer Terrorismus

2.2.1 Internationale Entwicklungen im Jahr 2005

Die Vielzahl der im Berichtsjahr verübten Anschläge veranschaulicht überdeutlich, dass die Bedrohung durch den weltweit agierenden islamistischen Terrorismus unverändert hoch ist. Nachdem Europa schon im Vorjahr mit den verheerenden Anschlägen in Madrid und dem brutalen Mord an dem niederländischen Filmemacher van Gogh in Amsterdam im Fokus islamistischer Gewalttäter stand, hat sich nunmehr mit den Anschlagsserien von London im Juli ein verschärftes Gefahrenszenario ergeben. Erstmals im europäischen Kontext sind dort Selbstmord-Attentäter aktiv geworden. Beunruhigend ist auch, dass den vorliegenden Informationen zu den Attentätern insbesondere der Anschläge vom 7. Juli zufolge es sich um Personen gehandelt haben soll, die wegen ihrer guten Integration in die britische Gesellschaft als wenig anfällig für eine Radikalisierung einzuschätzen waren. Auch die Serie der gescheiterten Anschlagversuche vom 21. Juli weckt Sorgen in anderer Hinsicht. Es scheint festzustehen, dass die Täter der Anschläge vom 7. und 21. Juli nicht in ope-

rativer Verbindung standen. Andererseits handelte es sich bei den Attentatsversuchen vom 21. Juli, die sich zwar äußerlich am Ablauf der Anschläge vom 7. Juli orientierten, nicht um reine Nachahmungstaten. Es ist wahrscheinlich, dass parallel zwei Gruppen mit Anschlagplanungen befasst waren und dass nach den verheerenden Selbstmordanschlägen vom 7. Juli weitere Personen mit einer weit vorangeschrittenen Planung in der Lage waren, mit geringem zeitlichen Vorlauf und derselben Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst und ihre Mitbürger die Tat zu begehen. Eine operative Steuerung der Attentäter durch „Al-Qaida“ ist nach derzeitigem Erkenntnisstand auszuschließen. Zwar hat der arabische Fernsehsender „Al-Jazeera“ Anfang September Teile einer Videoaufzeichnung ausgestrahlt, in der sowohl einer der Selbstmord-Attentäter vom 7. Juli als auch der stellvertretende „Al-Qaida“-Führer Al-Zawahiri zu Wort kamen. Festzuhalten ist jedoch, dass die Aufzeichnungen beider Personen getrennt erfolgt, offensichtlich auch mit großem zeitlichem Abstand entstanden und demnach lediglich (nachträglich) zusammengeschnitten worden sind. Der Londoner Attentäter bezeichnet Bin Laden, Al-Zawahiri und Al-Zarqawi als Vorbilder, behauptet aber ebenso wenig wie Al-Zawahiri eine „Al-Qaida“-Urheberschaft. Wahrscheinlich ist den Pakistan-Aufenthalten der Attentäter eine Schlüsselrolle sowohl für deren individuelle Radikalisierung als auch für den Kontakt zu gewaltbereiten Islamisten beizumessen. Aus diesem Umfeld dürfte die Videoaufzeichnung „Al-Qaida“-Kreisen zugespielt worden sein.

Wie schon in London sind auch die Anschläge in Ägypten (Sham Al-Sheikh, 22./23. Juli) und Bali (1. Oktober) regionalen Terror-Netzwerken anzulasten. Solche mit hohen Opferzahlen einhergehenden Anschläge in bekannten Urlaubsregionen lösen breite mediale Berichterstattung und Mitgefühl aus, was auch für die erschreckende Häufung teilweise sehr schwerer Terrorakte im Irak gilt. Weniger im Blickpunkt stehen andere Regionen, die in zum Teil gravierender Form betroffen sind, wie Indonesien insgesamt, Bangladesch, Indien und die Philippinen. Auch insoweit sind regionale Netzwerke aktiv, die sich als Teilnehmer an dem von „Al-Qaida“ initiierten weltweiten *Jihad* gegen „Juden und Kreuzzügler“ sowie die „Apostatenregime“ muslimischer Länder verstehen.

In diesen Zusammenhang sind auch die von Selbstmord-Attentätern verübten Anschläge auf drei Hotels in Amman (Jordanien) am 9. November zu stellen, für die bereits einen Tag später die „Organisation Al-Qaida im Zweistromland“ (Irak) die Verantwortung übernommen hat. Diese Bezeichnung führt die Terrorgruppe des primär im Irak aktiven Terroristenführers Al-Zarqawi, seitdem dieser sich formal Bin Laden unterstellt hat. Im Juli erneuerte Al-Zarqawi seinen Treueeid gegenüber Bin Laden. Eine operative Steuerung durch die verbliebene Kern-„Al-Qaida“ oder eine Verschmelzung beider Organisationen ist damit nicht verbunden; vielmehr handelt es sich um ein Bekenntnis zur *Jihad*-Ideologie der „Al-Qaida“ und zur Autorität Bin Ladens. Al-Zarqawi folgt dem transnationalen Ansatz dieser Ideologie, indem er außerhalb seines bisherigen Aktionsraumes im Irak Anschläge nunmehr auch in einem Nachbarland verübt, das seit langem enge Kontakte mit Israel, den USA und anderen westlichen Staaten pflegt. Al-Zarqawi wirft Jordanien vor, seine Armee sei der „devote Garant des zionistischen Gebildes geworden“ und hindere die Muslime am Kampf gegen die (jüdischen) „Affen und Schweine“ und deren Bundesgenossen.

Nach den Anschlägen in Amman mit nach Presseberichten etwa 70 Toten und mehreren hundert Verletzten kam es in Jordanien zu Demonstrationen und anderen Protesten gegen die Terroristen, die Al-Zarqawi jedoch nicht zum Umdenken veranlassen werden. Bereits Anfang Februar beschuldigte er westliche Medien in einer Erklärung, ein negatives Bild der „heiligen Krieger“ zu zeichnen:

„Die Medien der Kreuzzügler geben vor, dass wir Massaker begehen. Wir sagen ihnen ja, (...) je mehr Blut von Ungläubigen fließt, desto mehr nähern wir uns Gott.“

Unter dieser Prämisse ist der Irak ein Brennpunkt des *Jihad* geworden, dessen Reservoir auch durch den Zustrom militanter Muslime aus dem Ausland verstärkt wird. Das ständige Blutvergießen, das im Sinne einer rücksichtslosen Strategie der Terrorisierung uneingeschränkt auch die Zivilbevölkerung trifft, steigert die Skrupellosigkeit, Kampferfahrung und das technische Wissen der *Jihadisten*. So ist z. B. festzustellen, dass Tarnung und wirkungssteigernde Techniken bei improvisierten Sprengsätzen immer effektiver eingesetzt werden. Die Entwicklung vergrößert das Leid der Iraker und der eingesetzten Koalitionssoldaten; es ist aber auch zu befürchten, dass

- wie im Fall Afghanistan - auf mittlere Sicht ausländische *Jihadisten* ihr Know-how in ihre Heimat- oder Gastländer exportieren. Zurzeit übt der Irak aber noch eine Sogwirkung aus, die auch daran festzumachen ist, dass europaweit Hinweise auf die Aktivitäten von Rekruteuren für den *Jihad* im Irak angefallen sind, so auch in Deutschland.

Ein Phänomen, das die Entwicklung der Terroraktivitäten in immer stärkerem Umfang prägt - nicht nur im Irak, sondern auch im Fall London -, ist die Verbreitung der Selbstmord-Attentate. Im Hinblick auf die missbilligende Haltung des Islam zum Suizid werden diese euphemistisch als „Märtyreroperationen“ benannt. Ursprünglich nur von „Hizb-Allah“-Aktivisten in Beirut gegen ausländische Einrichtungen und im seinerzeit besetzten Libanon gegen die israelische Armee praktiziert, wurden Selbstmord-Anschläge später von Palästinensern vielfach auch gegen israelische Zivilisten eingesetzt und verbreiteten sich über Tschetschenien (insbesondere dort auch die Heranziehung von Frauen als Attentäterinnen) zu anderen Brennpunkten des *Jihad*. Nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 ist diese Vorgehensweise ein Szenario, das nunmehr auch in Westeuropa die Einschätzungen der Sicherheitslage verändert hat. Dies gilt umso mehr, als bereits im Januar der stellvertretende „Al-Qaida“-Führer Al-Zawahiri postulierte, die zentrale Forderung nach Einführung der *Shari'a* könne nur durch den *Jihad* und den Märtyrertod erfüllt werden. Inzwischen ist auch der Fall einer belgischen Konvertitin bekannt geworden, die sich im November im Irak als Selbstmord-Attentäterin in die Luft sprengte.

Selbstmord-Attentate stellen die Sicherheitsbehörden vor besondere Probleme. Gefahren abwehrende Maßnahmen sind effizienter einzusetzen, wenn sie auf dem allgemeinen Erfahrungssatz aufbauen können, dass Straftäter auch bei gemeingefährlichen Straftaten so vorgehen, dass das Risiko der Festnahme wie auch der Selbstschädigung minimiert wird. Dies bedingt eine Vorgehensweise, die mindestens in der Schlussphase die Aufdeckungschance vergrößert. Der Attentäter, der sich selbst zur Waffe macht, kann auf Sicherheitsmaßnahmen bis zuletzt flexibler reagieren. Diese Anschlagform vergrößert auch die Verunsicherung der Bevölkerung, weil sie das Misstrauen gegenüber Bevölkerungsgruppen schürt, die vermeint-

lich dem Täterspektrum zuzuordnen sind. Sie ist also über die unmittelbare Schadenswirkung hinaus als Mittel zur Terrorisierung der Bevölkerung prädestiniert.

Auch andere Beobachtungen lassen den Schluss zu, dass diese psychologische Terrorisierung der Bevölkerung zum Kalkül des islamistischen Terrorismus gehört. Dazu zählt insbesondere die Häufung unsubstanziierter Warnungen vor Terroranschlägen, denen wegen fehlender Konkretisierung weder nachgegangen noch vorgebeugt werden kann, die aber glücklicherweise auch folgenlos bleiben. Auch die „Bekennungen“ zu Schadensfällen, die eindeutig keinen terroristischen Hintergrund aufweisen, sollen Unsicherheitsgefühle schüren. Dafür bieten die Internet-Erklärungen insbesondere der so genannten Abu-Hafs-al-Masri-Brigaden ein Beispiel. Ferner zählen zu dieser Kategorie auch reale Anschläge wie in Sham Al-Sheikh im Juli, für die mehrere Organisationen jeweils in Erklärungen - verbunden mit neuen Drohungen - die Verantwortung übernehmen, ohne dass in irgendeinem Fall die Authentizität feststeht.

Die hier an den wesentlichen Ereignissen des Berichtsjahres verdeutlichten Tendenzen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Der islamistische Terrorismus ist immer nachhaltiger von der Ideologie des weltweiten *Jihad* geprägt, für den Bin Laden mit seiner „Al-Qaida“ der Initiator und Ideengeber war und ist.
- Obwohl die „Al-Qaida“-Reststrukturen einem hohen Verfolgungsdruck unterliegen, operativ unverändert nur wenig handlungsfähig erscheinen und überdies Bin Laden selbst bis zum Januar 2006 mehr als ein Jahr lang kein Lebenszeichen mittels einer Erklärung oder auf andere Weise gegeben hat, so dass über seinen Tod spekuliert wurde, hat die Organisation ihre Propagandaoffensive insbesondere mit einer Reihe von Al-Zawahiri-Erklärungen fortgesetzt und untermauert damit ihre ideelle Führungsrolle im *Jihad*.
- Die operative Schwächung der „Al-Qaida“ einerseits und die unbestrittene Autorität Bin Ladens als spiritueller und ideologischer Führungsfigur andererseits be-

günstigen die Ausbildung zunehmend komplexer Strukturen des islamistischen Terrorismus.

- Regionale Konflikte werden unter dem Vorzeichen des *Jihad* ideologisch aufgeladen mit der Folge, dass die Fokussierung auf das ursprüngliche Ziel des Kampfes verloren geht. Die Idee eines weltweiten *Jihad* fördert die transnationale Ausdehnung regionaler Netzwerke. Das Netzwerk des Al-Zarqawi im Irak, der sich formal Bin Laden unterstellt hat, bietet mit der Ausdehnung seiner Terroraktivitäten nach Jordanien hierfür ein Beispiel.
- Die *Jihad*-Ideologie ist auch der inspirierende Gedanke, unter dem sich gewaltbereite Islamisten zu Kleingruppen zusammenfinden, deren Ziel nicht kontinuierliche terroristische Aktivitäten, sondern die Durchführung eines konkreten Anschlags ist. Der *Jihad* fasziniert auch einfach strukturierte Personen, die wegen Identitätsunsicherheiten infolge Migration und tatsächlicher oder vermeintlicher Benachteiligung in westlichen Gesellschaften mit ihrer Entscheidung zum Kampf für eine vermeintlich brüderliche islamische Gesellschaftsordnung aus der Passivität her austreten können. Diese Gruppen weisen unterschiedliche Merkmale bezüglich ethnischer Herkunft, Struktur, Radikalisierungsprozessen, Tatvorbereitungen etc. auf. Feste Verdachtskriterien sind daraus nicht abzuleiten, was die rechtzeitige Erkennung solcher lokalen Netzwerke für die Sicherheitsbehörden erschwert. Auffällig ist auch, dass derartige Gruppen trotz des Entdeckungsrisikos an ihren Planungen jahrelang unbeirrt festhalten und flexibel auf die jeweiligen Gegebenheiten reagieren.
- Der Erwerb terroristischen Know-hows ist nicht mehr an den Besuch von Ausbildungslagern geknüpft, wie diese früher insbesondere in Afghanistan in großem Maßstab von „Al-Qaida“ betrieben worden waren. Neben „Terror-Handbüchern“, die in gedruckter Form unter gewaltbereiten Islamisten zirkulieren, bietet auch das Internet entsprechende Anleitungen, die detailliert zur Handhabung von Schusswaffen, zur Herstellung von Sprengstoffen und Giften und zur praktischen Umsetzung z. B. beim Bau von Autobomben und Sprengstoffgürteln anleiten. Dabei gewinnen passwortgeschützte Internet-Foren an Bedeutung; diese ermöglichen ne-

ben der Informationsvermittlung auch den zeitnahen Austausch von Erfahrungen, Vorschlägen und Fragen.

2.2.2 Auswirkungen auf die Sicherheitslage Deutschlands

Die Stimmungs- und Motivationslage unter Islamisten wird vor allem anderen durch die Situation im Irak und in den Palästinensergebieten bestimmt. Dies erklärt, warum die USA, Israel und Großbritannien unverändert die Primärziele des islamistischen Terrorismus darstellen. Die Bundesrepublik befindet sich als Teil eines europaweiten Gefahrenraums im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus. Im Hinblick auf das deutsche Engagement in Afghanistan hat der Anschlag auf Bundeswehrsoldaten in Kabul im November dieses Risiko erneut konkretisiert. In *jihadistischen* Kreisen wird auch die Beteiligung Deutschlands an der in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfindenden Ausbildung irakischer Polizeikräfte thematisiert, wie insbesondere eine Verlautbarung auf einer als „Al-Qaida“-Sprachrohr einzuschätzenden Internetseite zu erkennen gibt. Deutschland wird insoweit auch als Beteiligter im weltweiten Vorgehen gegen den islamistischen Terrorismus wahrgenommen und als Teil der westlichen Welt uneingeschränkt den feindlichen „Kreuzzüglern“ zugerechnet. Im Hinblick auf das internationale Engagement Deutschlands betrifft die Bedrohung deutsche Interessen im Ausland ebenso wie die Bundesrepublik selbst; im besonderen Maße sind hierzulande israelische und jüdische sowie amerikanische und britische Einrichtungen gefährdet.

Die intensiven Nachforschungen der Sicherheitsbehörden im Umfeld der Attentäter von London haben bisher keine Hinweise auf Deutschland-Kontakte ergeben. In islamistischen Kreisen in Deutschland sind die Ereignisse zurückhaltend kommentiert worden, wobei erneut - wie bei vergleichbaren Anlässen auch früher - Mechanismen der Verdrängung und Realitätsverleugnung in der Selbststilisierung als „Opfer“ deutlich wurden. So wurde in einem Diskussionsforum des islamistischen „Muslim-Marktes“ am 19. Juli in einem redaktionellen Beitrag eine Verschwörungstheorie verbreitet, wonach die Berichte über die muslimischen Selbstmord-Attentäter lediglich „Hasspredigten“ seien, die von „Mainstream-Medien und ihre(n) gleichgeschalteten Journalisten (...) gegen den Islam und die Muslime in der ganzen Welt verbrei-

tet“ würden. Die hinter den Anschlägen stehenden, offensichtlich bewusst nicht näher bezeichneten „eigentlichen Terroristen“ hätten die als Täter benannten Personen „ermordet“; diese seien „Opfer wie alle anderen auch“ (so ein zustimmender Diskussionsbeitrag).

Ebenfalls über das Internet-Portal „Muslim-Markt“ ist ein Beitrag verbreitet worden, der den islamistischen Terrorismus dadurch verharmlost, dass er Stilelemente des Comics „Asterix und Obelix“ zur Beschreibung dieses Phänomens verwendet.

Um teils absichtsvoll betriebenen, teils auf Wahrnehmungsunterschieden beruhenden Begriffs- und sonstigen Verfälschungen entgegenzuwirken, zugleich auch, um die häufig geäußerte Befürchtung auszuräumen, der Staat stelle auch die weit überwiegende Mehrheit der friedlichen Muslime unter Generalverdacht, bemühen sich zurzeit Sicherheitsbehörden und einige islamische Dachverbände um einen sich nicht in Allgemeinplätzen erschöpfenden Dialog. Hier sind erste, hoffnungsvoll stimmende Schritte unternommen worden; gleichwohl ist noch ein längerer Weg zurückzulegen.

Um Muslimen die Kontaktaufnahme zu Sicherheitsbehörden zu erleichtern - insbesondere wenn sprachliche Probleme bestehen -, hat das Bundesamt für Verfassungsschutz ein Hinweistelefon eingerichtet. Dieses Angebot richtet sich an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, insbesondere die muslimischen Glaubens. Während der üblichen Arbeitszeiten stehen dort auch arabisch- und türkischsprachige Gesprächspartner zur Verfügung. Damit soll Personen unter Zusicherung besonderer Vertraulichkeit, die die nicht dem strafrechtlichen Verfolgungszwang unterliegenden Verfassungsschutzbehörden gewährleisten können, die Möglichkeit gegeben werden, Hinweise zu möglichen Anschlagplanungen und mutmaßlichen Beteiligten geben zu können.

Dass die Bemühungen der Sicherheitsbehörden durchaus erfolgreich waren, zeigt die Verurteilung der vier Angeklagten im so genannten Tawhid-Verfahren durch das Oberlandesgericht Düsseldorf am 26. Oktober. Die in Verbindung mit Al-Zarqawi stehenden Angeklagten hatten eine deutsche Zelle des international agierenden

islamistischen Al-Tawhid“-Netzwerkes aufgebaut und Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Deutschland vorbereitet sowie Kampfgenossen im Ausland mit Falschpapieren versorgt. Bei der Urteilsverkündung wies der Vorsitzende Richter auf die Aufmerksamkeit der deutschen Nachrichtendienste hin, die Anschläge verhindert hätten.

Neben einer Reihe weiterer Verurteilungen wegen islamistisch-terroristischer Aktivitäten (z. B. der dem Umfeld der Attentäter vom 11. September 2001 zuzurechnende El Motassadeq, Verurteilung zu sieben Jahren Freiheitsstrafe durch das Oberlandesgericht Hamburg am 19. August) waren im Berichtszeitraum auch zahlreiche Exekutivmaßnahmen zu verzeichnen. Dabei wurde Anfang des Jahres unter anderem ein Handbuch für die *Mujahidin*-Ausbildung sichergestellt, dessen Verfasser als bedeutender *Jihad*-Ideologe gilt. Er stellt darin ein militärisches Feldlager als Modell des idealen islamischen Staates dar.

Die durchgeführten Straf- und Ermittlungsverfahren haben keine aussagekräftigen Verbindungen nach Schleswig-Holstein aufgezeigt. Auch sonst konnten terroristische Strukturen im Land nicht festgestellt werden. Die islamistische Szene Hamburgs und die dortigen einschlägigen Treffpunkte könnten eine Schleswig-Holstein entlastende Sogwirkung ausüben. Demgegenüber sind die in diesem Spektrum maßgeblichen persönlichen Beziehungsgeflechte nicht lokal eingrenzbar; diese sind typischerweise weit gefächert und überschreiten Landesgrenzen. Einzelpersonen mit Kontakten in das gewaltbereite islamistische Spektrum oder die Beteiligung an möglicherweise logistischen Zwecken dienenden Straftaten wie Dokumentenfälschungen und Schleusungen sind auch hierzulande erkannt worden.

2.3 Gewaltgeneigte islamistische Organisationen

Im Gegensatz zu den mit konkreten terroristischen Aktivitäten in den *Jihad* verstrickten *Mujahidin*-Netzwerken gilt für die herkömmlichen Organisationen des gewaltbereiten islamistischen Spektrums, dass sie Deutschland eher als Ruheraum und für logistische Zwecke nutzen und deshalb zurückhaltend agieren. Dies impliziert, dass verdeckte Aktivitäten zur Unterstützung gewaltbereiter Bestrebungen insbesondere

in den jeweiligen Heimatländern betrieben werden. In Schleswig-Holstein sind alle gewaltbereiten Organisationen nur schwach mit Einzelmitgliedern präsent; folgende Organisationen erscheinen erwähnenswert:

2.3.1 „Hizb ut-Tahrir“

Die „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) verfügt als international vernetzte und konspirativ agierende Kaderpartei auch nach dem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot in Deutschland im Jahr 2003 über ein hinreichendes Potenzial, um auf niedrigerem Niveau Aktivitäten verdeckt fortsetzen zu können. So lassen einige Internet-Seiten den Schluss zu, dass dort HuT-Anhänger weiterhin Propaganda auf der ideologischen Linie der Organisation betreiben. Damit sollen insbesondere akademisch gebildeten Muslimen die mit militanter Rhetorik verfolgten Ziele der HuT - ein weltweites Kalifat unter Geltung des islamischen Rechtssystems (*Shari'a*), die Auslöschung Israels und der Kampf gegen seine Verbündeten - vermittelt werden.

Das vereinsrechtliche Betätigungsverbot gegen die HuT hat das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 25. Januar 2006 bestätigt.

2.3.2 HAMAS/„Islamischer Bund Palästina“

In Deutschland haben sich etwa 300 Anhänger der islamistisch-palästinensischen HAMAS („Islamische Widerstandsbewegung“) zum „Islamischen Bund Palästina“ zusammengeschlossen. Ziel der HAMAS ist die Vernichtung Israels auch mittels der als „Märtyrer“ verherrlichten Selbstmord-Attentäter. Anzeichen für eine geografische Ausdehnung und Verlagerung dieser terroristischen Aktivitäten liegen nicht vor. Weil die HAMAS in den Palästinensergebieten in beträchtlichem Umfang auch soziale Aufgaben wahrnimmt, hat sie bei der dortigen Bevölkerung hohe Akzeptanz gefunden, wie auch ihr Wahlsieg am 25. Januar 2006 zeigt.

Unter dem Vorwand einer karitativen Zweckbestimmung sammeln HAMAS-nahe Vereine Spenden in Deutschland. Nachdem der in Essen ansässige Spendensammelverein „Al-Aqsa e. V.“ wegen Unterstützung der HAMAS im Jahr 2003 inzwischen bestandskräftig verboten worden war, sind die zuständigen Behörden aufgrund ähn-

lich gelagerter Vorwürfe gegen drei weitere Vereine mit Sitz in Essen und Herne (Nordrhein-Westfalen) sowie Bremen vorgegangen.

2.3.3 „Kalifatsstaat“

Der frühere Führer des seit 2001 verbotenen „Kalifatsstaats“, der türkische Staatsbürger Metin Kaplan, wurde am 12. Oktober 2004 von Deutschland in die Türkei abgeschoben und im Juni 2005 von einem Istanbuler Schwurgericht zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Richter befanden Kaplan des Hochverrats für schuldig. Es sei erwiesen, dass er 1998 einen Terroranschlag auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara befohlen habe. Dabei sollte die dort zum türkischen Nationalfeiertag versammelte Staatsspitze des Landes mit einem mit Sprengstoff beladenen Kleinflugzeug angegriffen werden. Das Urteil gegen den Islamisten wurde indes wegen Verfahrensfehlern vom obersten türkischen Berufungsgericht am 30. November aufgehoben mit der Folge, dass der Prozess gegen Kaplan wiederholt werden muss.

Die Organisation ist infolge des Verbotes in Deutschland erheblich geschwächt, aber nicht vollständig zerschlagen worden. Insbesondere auch von dem Verbot naturgemäß nicht erfasste Teilstrukturen im westeuropäischen Ausland sorgen für einen gewissen Zusammenhalt, der auch die Fortsetzung publizistischer Aktivitäten einschließt. So wird im Internet die Propaganda des „Kalifatsstaats“ weiterhin verbreitet. Exekutivmaßnahmen in Deutschland erhärten die Annahme, dass auch hierzulande Anhänger der Organisation verbotswidrig deren Aktivitäten fortsetzen. Da die Anhängerschaft infolge des Vereinsverbotes sowie des permanenten Drucks durch Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden und ausländerbehördliche Maßnahmen bis hin zur Abschiebung Kaplans verunsichert ist, liegen die Fortsetzungsaktivitäten auf niedrigem Niveau ohne feststellbare öffentliche Resonanz. In Schleswig-Holstein haben sich dafür ohnehin keine Anzeichen ergeben.

2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht gewaltbereite islamistische Organisation

Die IGMG befindet sich weiterhin in einem kräftezehrenden Spagat zwischen äußerem Anspruch und innerer Realität. Dies wird einerseits durch ihre überzogene Selbstdarstellung und andererseits durch ihre anhaltende, historisch bedingte und

mit einem autoritätsfixierten Personenkult einhergehende Verwurzelung in der türkischen „Milli-Görüs“-Ideologie verdeutlicht.

Auf ihrer Internet-Seite artikuliert sich die IGMG unter anderem als Interessenvertretung der Muslime und „bietet sich als kompetenter Ansprechpartner für Gesellschaft und Politik an“. Die IGMG untermauert dies unverändert durch überhöhte Mitgliederzahlen. Zwar hat sie selbst diese Angabe von „210.000 Mitgliedern“ und einer „Gemeindegröße von 700.000 Personen“ (dies bezieht sich offensichtlich auf die Zahl der Moscheebesucher, also insbesondere Familienangehörige) auf „ca. 87.000 Mitglieder“ und einer „Gemeindegröße von ca. 300.000 Personen“ auf einen Bruchteil herabgesetzt, was andererseits den Anschein einer intransparenten Beliebigkeit erweckt. Nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden ist die tatsächliche Mitgliederzahl demgegenüber nochmals wesentlich niedriger auf nur 26.500 Personen fast ausschließlich türkischer Herkunft anzusetzen. Mit diesem inzwischen seit mehreren Jahren stabilen Potenzial ist die IGMG zwar weiterhin die größte islamistische Organisation in Deutschland, kann sich aber kaum als Repräsentationsorgan „der“ Muslime bezeichnen.

Die IGMG versucht, rein quantitativ ein unzutreffendes Bild ihrer Größenordnung und Bedeutung zu vermitteln. Dies gilt erst recht im Hinblick auf die innere Verfassung der Organisation. Die IGMG-Führung weiß, dass die überfällige interne Debatte um die künftige ideologische Ausrichtung Risiken birgt. Die Unterbindung eines solchen Klärungsprozesses erzeugt jedoch Spannungen, die die IGMG nur um den Preis einer unattraktiven, in Teilen lähmenden Indifferenz aushalten kann. Innerhalb der IGMG gibt es sich nicht offen artikulierende Kräfte, die gegenüber dem sonst als „Führer“ verherrlichten früheren türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan den traditionell ideologischen und aus persönlicher Autorität geschuldeten Gehorsam in Frage stellen. Eine offene Debatte und eine Neupositionierung der IGMG dürften erst nach dem Ableben des 1926 geborenen Erbakan möglich sein. So bleibt es derzeit bei der Fixierung der IGMG auf die Ideologie der „Milli-Görüs“-Bewegung und deren Führer Erbakan.

Mehrere von Erbakan gegründete Parteien sind in der Türkei verboten worden, weil sie die Beseitigung der laizistischen türkischen Staatsordnung anstrebten. Ausgangspunkt der Ideologie der „Milli-Görüs“-Bewegung ist der scharfe Gegensatz von religiös und säkular begründeten Ordnungen, die Erbakan bis Anfang der 1990er-Jahre in seinem Werk „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“) formuliert hat. Demnach ringen von Anbeginn zwei Zivilisationen miteinander um die Vorherrschaft, von denen eine auf den Offenbarungen beruht, die die Propheten von Gott erhalten haben, während die andere auf Stärke und Gewalt gegründet ist. Während die ethisch-religiös fundierte Ordnung eine umfassende Gerechtigkeit hervorbringt, leben die Menschen in der „Zivilisation der Stärke“ nach eigenen Regeln und Gesetzen mit der Folge von Unrecht, Ausbeutung und Unterdrückung. Als aktuelle Erscheinungsform einer solchen Zivilisation nennt Erbakan „den Westen“; ihr Merkmal sei die Demokratie. Diese Zivilisation wird, da sie einer ethisch-religiösen Grundlage entbehrt, in den türkischen Ausgaben von „Adil Düzen“ als „Batil Düzen“ („Ordnung des Aberglaubens/ungültige Ordnung“) bezeichnet, wobei der Begriff „Batil“ ausdrückt, dass diese Ordnung nichtig, das heißt ohne jede Existenzberechtigung ist. Für eine Ablösung durch eine islamistisch bestimmte „gerechte Ordnung“ sollen alle Muslime kämpfen. Die „Milli-Görüs“-Bewegung unter Einschluss der IGMG ist Teil dieses Kampfes.

In dem Bestreben, Akzeptanz als Vertreterin der Muslime in Deutschland zu finden, versucht die IGMG, ihre Außenwahrnehmung in ihrem Sinne zu steuern. Sie trägt seit längerem organisationsintern auf allen Ebenen Sorge dafür, dass problematische Bekundungen der engen Verbundenheit mit dem islamistischen Spektrum der Türkei, offene Hinweise auf die „Adil-Düzen“-Ideologie mit ihrem antiwestlichen und antidemokratischen Kern und verbale Ausfälle der in diesem Spektrum verbreiteten Tonart (siehe dazu unter Nr. IV 2.5) unterbleiben. Vor diesem Hintergrund polemisiert die IGMG gegen ihre Aufnahme in die Verfassungsschutzberichte als islamistische Organisation. Dennoch sind - trotz des auf die oben dargestellte organisationsinterne Schwächung zurückzuführenden Rückgangs öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen - auch im Berichtsjahr Anhaltspunkte für das Fortbestehen der ideologischen Rahmenbedingungen angefallen.

So berichtete die türkisch-islamistische Tageszeitung „Milli Gazete“, deren Verzahnung mit dem „Milli-Görüs“-Spektrum unter Nr. IV 2.5 näher beleuchtet wird, über den von rund 8.000 Teilnehmern besuchten IGMG-Jugendtag in Genk (Belgien) im April. Höhepunkt der Veranstaltung war eine telefonische Liveschaltung mit Necmettin Erbakan, der die Jugendlichen aufforderte, sich aktiv in der IGMG zu betätigen. Auch wies er „unziemliche Anschuldigungen“ gegen die Muslime im Zusammenhang mit dem Begriff „*Jihad*“ zurück und bezeichnete diesen mindestens beschönigend und verharmlosend als „religiöse Handlung und eine Bemühung um die Vorherrschaft des Guten, Schönen, Gerechten und Nützlichen“ („Milli Gazete“ vom 15. April). Die Zuschaltung Erbakans wurde von den Teilnehmern frenetisch bejubelt.

Auch bei einem IGMG-Funktionärstreifen im September in Leverkusen mit rund 5.000 Teilnehmern wurde deutlich, wie weitgehend die Funktionärssebene unverändert auf Erbakan ausgerichtet ist. Im Verlauf der Veranstaltung wurden bei Erwähnung seines Namens Sprechchöre angestimmt, die ihm huldigten. Ein IGMG-Funktionär berichtete von einem Besuch bei Erbakan in der Türkei, bei dem auch der IGMG-Vorsitzende zugegen gewesen sei. Das Programm für diese Veranstaltung und das Jahresprogramm der IGMG seien unter maßgeblicher Mithilfe von „*Hoca*“ (ehrfürchtige Anrede für einen Lehrer) Erbakan zustande gekommen.

Bei dieser Veranstaltung betonte ein IGMG-Funktionär auch den Führungsanspruch der Organisation in Bezug auf sämtliche Muslime in Europa. Die Zahl von etwa 300.000 IGMG-Sympathisanten müsse verdoppelt und diese müssten als Mitglieder gewonnen werden. Es liegt nahe, die angestrebte Expansion der IGMG in Verbindung mit den Bemühungen verschiedener islamischer/islamistischer Verbände in Deutschland - darunter der IGMG mindestens nahe stehende Organisationen - zu bringen, einen neuen Dachverband als Ansprechpartner staatlicher Institutionen zu gründen. Über entsprechende Vorbereitungen berichtete neben der deutschen Tagespresse auch die „Milli Gazete“. Ein personeller Aufwuchs der IGMG würde der Organisation ein zusätzliches, möglicherweise dominierendes Gewicht in einem künftigen Dachverband verschaffen.

Die Integration der Muslime, zu der sich die IGMG verbal bekennt und die auch durch die Gründung eines unbelastet erscheinenden Dachverbandes gefördert werden soll, wird jedoch durch ein Verständnis gefährdet, das lediglich Benachteiligungen beklagt und Rechte einfordert. Ein solches verkürztes Verständnis lässt außer Acht, dass Integration ein zweiseitiger Prozess ist. Wird dies verkannt, bleiben die Muslime in einer Sonderrolle, die desintegrierend in Richtung so genannter Parallelgesellschaften wirkt. Ein Beispiel dafür bietet eine von einer IGMG-nahen Vereinigung aus Bremen im Januar ausgerichtete Veranstaltung, über die die türkische Tageszeitung „Hürriyet“ (25. Januar) kritisch berichtete. Der Redner habe eine strikte Geschlechtertrennung gefordert, auch wenn diese nur unter Schwierigkeiten zu realisieren sei. Frauen dürften auch bei Krankheit keinen (männlichen) Arzt anfordern. Bei Veranstaltungen müssten Männer und Frauen getrennt sitzen. Es sei auch gegen den Islam gerichtet, wenn „unsere Kopftuch tragenden Frauen“ allein auf die Straße und zum Einkaufen gingen. Es dürfe auch nur bei Muslimen eingekauft werden. Die Eltern sollten ihre Kinder ausschließlich nach den Gesetzen der Religion verheiraten und danach auch die Ehepartner auswählen.

Im Übrigen wurde auch diese Veranstaltung durch eine Telefonschaltung zu dem „Milli-Görüs“-Führer Erbakan beschlossen.

Hier wird in dem Beharren auf einem rigiden Islamverständnis eine Tendenz zur sozialen Selbstausgrenzung sichtbar. In Teilen der türkischen Gemeinde in Deutschland wird durchaus kritisch gesehen, dass der Kampf um Sonderrechte, z. B. im Rahmen der Schule bei Sportunterricht, Sexualkunde und Klassenfahrten sowie bei den Themen „Kopftuch“ und „Schächten“, das Bild des Islams stärker prägt als in der laizistisch verfassten Türkei, was der Integration in eine moderne Gesellschaft nicht förderlich sein kann.

Schleswig-Holstein zählt unverändert nicht zu den Organisationsschwerpunkten der IGMG. Dabei ist die vereinsrechtliche Verlagerung des Sitzes des regionalen IGMG-beeinflussten Dachverbandes „Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland“ (BIG) von Neumünster nach Hamburg im Juni in der Praxis bedeutungslos, weil das BIG schon bisher seine Aktivitäten von Hamburg aus entfaltet hat. Die dem Dachverband angeschlossenen IGMG-orientierten lokalen Vereine in Schleswig-Holstein zählen etwa 500 Mitglieder. Diese Vereine, die in Kiel, Lübeck, Neumünster

ter, Rendsburg sowie im Hamburger Umland ansässig sind, waren öffentlich kaum wahrnehmbar.

2.5 Türkisch-islamistische Publizistik

2.5.1 „Milli Gazete“

Die Deutschland-Ausgabe der türkischsprachigen Tageszeitung „Milli Gazete“, deren Verlagssitz sich im hessischen Mörfelden-Walldorf befindet, ist kein offizielles Organ der IGMG. Diese dementiert deshalb Verbindungen zur „Milli Gazete“, die im Gegenzug behauptet, nicht das Publikationsorgan einer Institution zu sein. Die IGMG ist jedoch auf verschiedenen Ebenen so eng mit der Zeitung verzahnt, dass es weiterhin gerechtfertigt ist, die „Milli Gazete“ als faktisches Sprachrohr der Organisation zu bezeichnen.

Zahlreiche Beispiele aus dem Berichtszeitraum stützen diese Funktionszuweisung weiterhin. So wird die ideologische Verbundenheit immer wieder bekundet. In der „Milli-Gazete“-Ausgabe vom 22. Juli wird die „Milli Görüs“ als „der einzige Weg“ bezeichnet und ein „Kodex des Milli-Görüs-Angehörigen“ veröffentlicht, in dem in zahlreichen Einzelpunkten ein umfassendes Engagement für die Bewegung gefordert wird, nicht nur bei der Mitgliederwerbung („Er wendet alle Mühen auf, damit jeder ein Milli-Görüs-Angehöriger wird.“), sondern auch für „seine Zeitung“. Vor dem Hintergrund der inhaltlichen Ausrichtung der „Milli Gazete“ und der Werbekampagnen für diese Publikation innerhalb des „Milli-Görüs“-Spektrums ist jedem Anhänger klar, welche Zeitung damit gemeint ist.

Die Zeitung bestätigt mit ihren Beiträgen immer wieder die politisch-ideologische Dimension ihres Islamverständnisses und offenbart damit, dass sie einer islamistischen Agenda folgt. So nimmt sie in der Ausgabe vom 11. Oktober unter der Überschrift „Einzig im Islam ist Rettung zu finden“ eine Parole der islamistischen „Muslimbruderschaft“ auf, indem sie behauptet:

„Es gibt keinen Zweifel, dass die alleinige Rettung im Islam liegt. (...) Was bedeutet Islamisierung? Islamisierung bedeutet die vollständige

Umsetzung des islamischen Glaubens, seiner Ethik, seiner Lebensweise und seiner Politik.“

(Hervorhebung nicht im Original)

Die hier gemeinte „Politik“ wird von der „Milli-Görüs“-Bewegung und den daraus hervorgegangenen Parteien getragen; ihre Richtung wird von dem stets mit Bekundungen der Ehrerbietung erwähnten Necmettin Erbakan vorgegeben. Mit bemerkenswerter Offenheit und Aggressivität propagierte die Zeitung in ihrer Ausgabe vom 7. November die ideologischen Grundlagen der „Milli-Görüs“-Bewegung, die „gerechte Ordnung“ („Adil Düzen“) und beschwört den kämpferischen Auftrag der Publikation:

„Möge er (Gott) uns nicht den Beistand dabei versagen, dass das kapitalistische System, das die Menschheit erwürgt, zerschlagen und die gerechte Ordnung, welche die gesamte Menschheit verdient hat, errichtet wird. (...) Ja wenn wir gar Tag und Nacht unsere Stirn nicht vom Gebetsteppich erheben, hätten wir nichts getan, was so wirksam wäre wie die Tat eines Kindes, das in Palästina mit einem Stein nach den Zionisten wirft. (...) Als Milli Gazete ist es unsere Pflicht, die Stimme derjenigen Menschen zu sein, die dieses politische Bewusstsein schaffen wollen (...) und unsere Veröffentlichungen dazu zu nutzen, dass ihr politischer Wille zur Herrschaft gelangt.“

Auf diesem Kurs bezieht die „Milli Gazete“ immer wieder Stellung gegen einen „aufgeklärten“ Islam, wie im Folgenden in der Ausgabe vom 9. September:

„Ich bin ein Muslim der Gemeinde Mohammeds. Ich lehne Reformen und Neuerungen im Glauben ab. Der islamische Glaube braucht keine Reformen, Veränderungen und Erneuerungen. (...) Die Thesen einiger Radikaler, Konvertiten und Reformisten sind komplett falsch. Im Islam kann es keine Reformen geben. (...) Reformen und Veränderungen gibt es nur in verdorbenen Religionen, in menschlichen Ideologien und Theorien.“

Dass derartige Äußerungen nicht Ausdruck eines orthodoxen, aber unpolitischen Islamverständnisses sind, sondern auf einen antiwestlichen, kämpferischen Islamismus abzielen, verdeutlicht in einem engen zeitlichen Kontext die Ausgabe vom 7. September. Hier wird verschwörungstheoretisch unterfüttert behauptet, Verände-

rungen im Islam würden von den USA zur Schwächung der Muslime eingesetzt; mit demselben Ziel sei auch „Al-Qaida“ erfunden worden. Wörtlich heißt es:

„Die USA haben eine noch gefährlichere Waffe als die Atombombe. Diese Waffe heißt ‚Projekt lauwarmer Islam‘. Doch dies ist nicht das erste Projekt bezüglich der Muslime, das die USA ins Leben rufen. Vorher gab es schon das Projekt ‚Grüner Streifen‘ gegen die Sowjetunion und das Projekt ‚Al-Qaida‘. Diese Projekte sind darauf ausgerichtet, die Muslime auszubeuten und zu kontrollieren. Begriffe wie ‚Kampf gegen den Terror‘ und ‚lauwarmer Islam‘ sind die Bomben, die unseren Geist zerstören.“

Auch antisemitische Ausfälle sind unverändert zu finden. So polemisiert die Ausgabe vom 10. August dagegen, „die Menschen in den Museen vergangener Zeiten herumzuführen, wo man doch nur mit den Gerippen von zionistischen Vampiren zusammenstößt, die sich vom Menschen ernähren“.

So werden die Feinde der Muslime gebrandmarkt, zu deren Bekämpfung die „Milli Gazete“ auch gewaltsame Mittel nahe legt. Einen Beleg dafür bietet die Ausgabe vom 23. November, die jugendliche Kampfbereitschaft propagiert:

„Eigentlich brauchen wir beide: Wir brauchen den Imam, der die 40 arabischen Bezeichnungen für das Wort Schwert kennt, aber in Ohnmacht fällt, wenn er das Schwert betrachtet, das in seinem Halfter steckt, und wir brauchen die Jugend, die nicht weiß, ob sie einen Stock oder ein Schwert in der Hand hält, aber alles zu tun versucht, um den Machtzentren, die eine Plage sind, das Rückgrat zu brechen. Es ist nötig, beide zu vereinigen und dafür zu sorgen, dass sie sich voneinander wie Magneten angezogen fühlen.“

Das von der „Milli Gazete“ massiv transportierte Freund-Feind-Denken ist ein typisches Merkmal von Ideologien. Wenn sich Minderheiten in dieser Wahrnehmung von Feinden umstellt sehen, wird damit ein Integrationshindernis ersten Ranges aufgebaut.

2.5.2 „Anadoluda Vakit“

Die organisationsunabhängige türkischsprachige Tageszeitung „Anadoluda Vakit“ („Die Zeit in Anatolien“) hat in der jüngeren Vergangenheit in massiver Weise eine islamistische Propaganda betrieben, deren antiwestliche Grundtendenz besonders widerwärtige antisemitische und antichristliche Zuspitzungen hervorbrachte. Daraufhin wurde durch Verfügung des Bundesministeriums des Innern im Februar die in Mörfelden-Walldorf (Hessen) ansässige „Yeni Akit GmbH“ als Verlegerin der türkischsprachigen Europa-Ausgabe der „Anadoluda Vakit“ verboten. Gegen die nach dem Vereinsgesetz erlassene Verbotsverfügung, die sich auf zahlreiche Artikel stützt, in denen in volksverhetzender Weise der Holocaust geleugnet oder verharmlost und antisemitische/antiwestliche Propaganda verbreitet wurde, hat die „Yeni Akit GmbH“ Klage erhoben. Als Reaktion auf das Verbot erschienen in der Türkei-Ausgabe zahlreiche Beiträge, in denen die Bundesregierung unsachlich und insbesondere der seinerzeitige Bundesminister des Innern Schily diffamierend angegriffen wurden. Eine am 1. März im Internet eingestellte Karikatur variiert das bekannte antisemitische Stereotyp der Juden als Drahtzieher im Hintergrund. Hier ist Schily mit Davidsternen als Augen abgebildet, mit Hakenkreuz-Krawatte am Schreibtisch sitzend, wobei sein linker Arm auf Hitlers „Mein Kampf“ ruht.

3 „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

3.1 Wiederbelebung der PKK: Zurück zu den Wurzeln?

Auffälligste Änderung im Bereich der aus der früheren „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) hervorgegangenen Organisationen ist die Neugründung der PKK im April unter ihrer bisherigen Bezeichnung.

Erst im April 2002 hatte die ursprüngliche PKK beschlossen, nicht mehr unter diesem Namen zu agieren und unter der Bezeichnung „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) - vermeintlich unbelastet von der terroristischen Vergangenheit der Vorläuferorganisation - als politische Interessenvertretung der Kurden auftreten zu wollen. Nicht nur in der Wahl des in einem türkischen Gefängnis inhaftierten früheren PKK-Führers Abdullah Öcalan zum „Generalvorsitzenden“ erwies sich zweifelsfrei, dass der KADEK in der Kontinuität der PKK stand. Bereits im Oktober 2003 wurde auch der KADEK aufgelöst und im November desselben Jahres durch den „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL) ersetzt, dem ersichtlich die Funktion zukam, noch stärker einen politischen Anspruch erheben zu können. Unterstrichen wurde dies, indem die „Volksverteidigungskräfte“ (HPG; die frühere PKK-Guerilla) in vorgeblich autonome Einheiten überführt wurden, dabei allerdings dem „politischen Willen“ des KONGRA-GEL unterstellt blieben. Wiederum wurde eine auch in anderen Punkten feststellbare Kontinuität durch die Ernennung Öcalans zur „Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes“ symbolträchtig bestätigt.

Nicht zufällig ist auch die Gründung der „neuen“ PKK am Geburtstag Öcalans am 4. April erfolgt. Nach einem Bericht der KONGRA-GEL-nahen Tageszeitung „Özgür Politika“ vom 5. April sei dies als zweite offizielle Geburt der Organisation zu verstehen, die eine Schlüsselrolle in der Demokratisierung des Nahen Ostens spielen sollte. Die ideologischen und organisatorischen Konturen der PKK sind seither blass geblieben. Eine im Mai im nordirakischen Kandilgebirge durchgeführte „Generalversammlung“ des KONGRA-GEL bestätigte allerdings Vermutungen, dass die PKK den KONGRA-GEL nicht ersetzen, sondern unter dessen Dach agieren soll. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das von Öcalan entwickelte Konzept des „Demokratischen Konföderalismus Kurdistans“ (KKK), das die PKK „als ideologische Kraft

voranbringen“ solle. Nicht nur dies deutet darauf hin, dass die PKK eine Kaderorganisation ideologisch gefestigter Aktivisten darstellt, die Öcalans Linie innerhalb des KONGRA-GEL gewährleistet. Das KKK-Konzept soll sich endgültig vom Ziel eines kurdischen Nationalstaates verabschieden und einen konföderalen Verbund der kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei, in Syrien, im Iran und Irak unter Beachtung der bestehenden Staatsgrenzen anstreben. Dieses Projekt ist ebenso vage geblieben wie auch das Verhältnis von „neuer“ PKK und KONGRA-GEL, zumal der KKK nicht nur ein politisches Konzept zu sein scheint, weil er nach Verlautbarungen auch Organisationsstrukturen - etwa einen „Exekutivrat“ - entwickelt hat. Insbesondere dieses Konzept hat bei anderen KONGRA-GEL-nahen oder -beeinflussten Vereinigungen zu inhaltlichen und organisatorischen Anpassungen geführt, die Züge einer Selbstbeschäftigung der Anhängerschaft aufwiesen. Möglicherweise ist dies nicht unwillkommen, um von der politischen Erfolg- und Perspektivlosigkeit des KONGRA-GEL abzulenken. Während der Anhängerschaft mit immer neuen organisatorischen Aufsplitterungen und Umbenennungen, ideologischen Schwenks und politischen Initiativen das Bild einer vitalen, handlungs- und durchsetzungsfähigen Organisation vermittelt werden soll, beschränkt sich die alltägliche Praxis auf fruchtlose interne Debatten und Initiativen zur Freilassung Öcalans. Insofern mag es aus Öcalans Sicht auch angebracht sein, zumindest begrifflich mit der „neuen“ PKK den Mythos des furchtlosen Guerillakämpfers bei der Anhängerschaft wach zu halten.

3.2 Inhaltliche Ausrichtung der Organisation

Das auf marxistisch-leninistischen Sozialismusvorstellungen beruhende ideologische Erbe des KONGRA-GEL - besonders deutlich in der „alten“ PKK verkörpert - ist etwas in den Hintergrund getreten. Eine konsistente Ideologie und Programmatik scheint für das Gesamtspektrum des KONGRA-GEL auch weniger bedeutsam zu sein. Das Konzept des KKK ist abgesehen von allen inhaltlichen Unklarheiten lediglich eine begriffliche Retusche, die den KONGRA-GEL auch international als Ansprechpartner für die Belange der Kurden hoffähig machen soll. Insofern ist neben der Streichung der PKK/des KONGRA-GEL von der EU-Liste terroristischer Organisationen ein Schwerpunkt der Aktivitäten das Bemühen, die Kurdenfrage im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf die europäische Ebene zu heben.

Das Kurdenproblem sei nicht mehr allein ein türkisches, sondern jetzt ein europäisches (und nur unter Beteiligung des KONGRA-GEL zu lösen).

Auch organisationsintern hat der KKK keinen demokratischen Neuanfang bewirkt. Die Gesamtorganisation mit einer Vielzahl von Neben- und beeinflussten Organisationen ist noch immer ein intransparentes, autoritär-hierarchisch von Kadern gelenktes Gebilde, was die Gründung der „neuen“ PKK bestätigt. Tatsächlich ist der KONGRA-GEL unverändert vollständig auf Öcalan ausgerichtet, der die zentrale Identifikations- und Integrationsfigur ist. Seine Verehrung als „Volksführer“ trägt Züge eines Personenkults. Sein Nimbus ist durch seine Inhaftierung in einem türkischen Gefängnis nicht geschwächt worden; vielmehr nimmt die Anhängerschaft in besonderem Maße Anteil an seiner gesundheitlichen Verfassung unter den Haftbedingungen. Diese und Initiativen zu seiner Freilassung sind ein zentrales Thema der KONGRA-GEL-Propaganda. Über das Jahresende 2005 hinaus lief eine entsprechende Unterschriften-Kampagne, die sogar als Referendum bezeichnet wurde. In welcher Weise der KONGRA-GEL politische Fragen mit seinen Ursprungsmythen verknüpft, wird deutlich, wenn eine KONGRA-GEL-nahe Tageszeitung den Vorsitzenden des „KKK-Exekutivrates“ mit den apodiktischen Äußerungen zitiert: „Ohne Öcalan gibt es keine Lösung“ und „Die PKK ist die Lösung der Kurdenfrage“ („Ülke-de Özgür Gündem“ vom 22. Dezember). Die Situation, in der sich der inhaftierte Öcalan befindet, wird nachhaltig gegen die Türkei instrumentalisiert. Seine häufig in alarmierender Tonlage dargestellten Haftbedingungen und die vorgeblich dadurch bedingten Gesundheitsschäden sind regelmäßig Gegenstand der KONGRA-GEL-Propaganda. Auftrieb erhielt dieses Thema auch durch die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, der am 12. Mai rechtskräftig entschieden hat, dass der 1999 in der Türkei gegen Öcalan durchgeführte Prozess teilweise unfair verlaufen sei. Der EGMR empfahl eine Neuauflage des Prozesses, schrieb diese jedoch nicht als verbindlich vor. Die Türkei signalisierte daraufhin ihre Bereitschaft zur Wiederholung des Verfahrens; eine Freilassung Öcalans ist aber auch dann nicht zu erwarten.

3.3 Rückkehr zur Gewalt?

In der Türkei hat sich insbesondere nach Anschlägen sowie Gefechten zwischen der türkischen Armee und den KONGRA-GEL-„Volksverteidigungskräften“ die Situation zugespitzt, so dass die Fortsetzung des 1999 von Öcalan verkündeten „Friedenskurses“ unsicher ist. Führungspersonen des KONGRA-GEL haben der türkischen Regierung mehrfach mit der Wiederaufnahme des militärischen Kampfes gedroht und Fristen für politische Initiativen gesetzt. Die Ultimaten wurden jeweils durch Phasen des beobachtenden Abwartens bzw. der so genannten Aktionslosigkeit abgeschwächt, die letztmalig bis zum Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei am 3. Oktober verlängert worden waren. Seither gilt nach Feststellung des „KKK-Exekutivrates“ die „aktive legitime Verteidigung gegen den türkischen Staat“. Damit ist der Weg für offensive Aktionen der HPG frei. Die Kampfhandlungen sollen offensichtlich auf diesem Niveau bleiben, solange die Gegenseite nicht einen „flächendeckenden Vernichtungsangriff“ führt (so die KONGRA-GEL-nahe Tageszeitung „Özgür Politika“ vom 2. Juli).

Die Sicherheitslage in der Türkei ist nicht nur durch die Kampfhandlungen zwischen HPG und türkischer Armee bestimmt, sondern auch durch eine Vielzahl von Sprengstoffanschlägen, von denen auch Urlaubsgebiete betroffen waren. Für eine Reihe dieser Anschläge übernahmen die seit Mitte 2004 bekannten „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK) die Verantwortung. Ob insgeheim eine Verbindung zwischen TAK und KONGRA-GEL bzw. HPG besteht, ist noch offen. Innerhalb der KONGRA-GEL-Anhängerschaft in Deutschland wird über eine solche Verbindung spekuliert. Auffällig ist, dass während der vom KONGRA-GEL verkündeten „Phase der Aktionslosigkeit“ die TAK keine Anschläge für sich reklamierten. Die Terroranschläge könnten jedenfalls in das Kalkül der KONGRA-GEL-Führung passen, weil sie den Druck auf die türkische Regierung erhöhen, ohne dass der KONGRA-GEL über seine „aktive legitime Verteidigung“ hinaus auf die Stufe einer Terrororganisation zurückfällt und damit seinen politischen Geltungsanspruch desavouiert.

Insofern entspricht es der Interessenlage des KONGRA-GEL, den Konflikt in der Türkei dosiert eskalieren zu lassen. Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der

Bundesrepublik haben sich bisher nicht ergeben und sind auch nicht absehbar. Allenfalls sind KONGRA-GEL-nahe Jugendliche in Deutschland durch vereinzelte unfriedliche Aktionen auf niedrigem Niveau in Erscheinung getreten. Dies stellt die Fortsetzung des „Friedenskurses“ in Deutschland und darüber hinaus in der EU nicht in Frage. Eine Änderung ist insbesondere dann zu befürchten, wenn Öcalan in der Haft etwas zustoßen oder es zu einem groß angelegten Angriff zur Ausschaltung der HPG kommen sollte.

3.4 Anhängerschaft und Aktivitäten in Deutschland

Die Zahl der in Deutschland lebenden Anhänger des KONGRA-GEL einschließlich seiner Teil- und Nebenorganisationen beträgt unverändert 11.500, während in Schleswig-Holstein ein leichter Rückgang von 750 auf 700 zu verzeichnen ist. Viele Mitglieder sind in Mitgliedsvereinen organisiert, die häufig neben einer offiziellen Zugehörigkeit zum Dachverband der KONGRA-GEL-orientierten Vereine YEK-KOM („Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“) aufgrund ihrer Einbindung in interne KONGRA-GEL-Aktivitäten als inoffizielle Vereine der „Koordination der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK), dem politischen Arm des KONGRA-GEL, anzusehen sind. Die durch Umbenennung aus einer Vorläuferorganisation hervorgegangene CDK steht in der Nachfolge der 1993 gemeinsam mit der PKK verbotenen Frontorganisation „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“. Wie ihre Vorgängerinnen soll die CDK die Politik der Mutterorganisation an die Basis tragen und die „kurdischen Massen“ in die hierarchischen Strukturen einbinden.

Zentrale Anlaufstelle für KONGRA-GEL-Anhänger in Schleswig-Holstein ist unverändert die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ (DKG) in Kiel. Der Verein ist Gründungsmitglied der YEK-KOM, die als Reaktion auf das 1993 erfolgte Verbot des seinerzeitigen Dachverbandes FEYKA-Kurdistan ins Leben gerufen wurde. Von der DKG gehen nahezu alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik im Lande aus, wobei diese überwiegend Teil bundes-, wenn nicht gar europaweiter Kampagnen des KONGRA-GEL sind. In der Tageszeitung „Özgür Politika“ wurde über die Aktivitäten des Kieler Vereins regelmäßig berichtet.

Dem KONGRA-GEL gelingt es weiterhin, zu Veranstaltungen auch außerhalb seiner Anhängerschaft zu mobilisieren. So fanden sich zu dem von der YEK-KOM ausgerichteten „13. Internationalen Kurdistan-Kulturfestival“ am 3. September in Köln etwa 40.000 Besucher auch aus dem benachbarten Ausland ein; damit entspricht die Teilnehmerzahl dem Vorjahr. Die durch kulturelle und politische Beiträge geprägte Veranstaltung stand unter dem Motto „EU - Türkei: Auch wir sind Verhandlungspartei - Lösung der kurdischen Frage - Freiheit für Abdullah Öcalan“. Zahlreiche Besucher brachten ihre Sympathie für den KONGRA-GEL und Öcalan durch entsprechende Fahnen zum Ausdruck; verbotene Symbole waren jedoch kaum zu sehen. Die störungsfrei verlaufene Veranstaltung war durch einen familiären Charakter gekennzeichnet.

Daneben gab es eine Vielzahl politischer Veranstaltungen in Deutschland wie auch im benachbarten Ausland, die zum Teil alljährlich zu bestimmten Anlässen begangen werden. Neben dem kurdischen „Newroz“-Fest ist insoweit z. B. der sechste Jahrestag der Festnahme Öcalans am 15. Februar 1999 in Kenia und seine anschließende Auslieferung an die Türkei zu nennen. Zu einer Großdemonstration am 12. Februar in Straßburg (Frankreich) waren rund 9.000 Teilnehmer überwiegend aus Deutschland angereist. Die friedlich verlaufene Veranstaltung stand unter dem Motto „Freiheit für Öcalan - Eine demokratische Lösung der Kurdenfrage“. Zahlreiche kleinere Veranstaltungen, mit denen an die Festnahme Öcalans erinnert werden sollte, fanden unter anderem in verschiedenen deutschen Städten statt. Dabei kam es in Hagen (Nordrhein-Westfalen) zu einer Verkehrsblockade offensichtlich durch protestierende KONGRA-GEL-nahe Jugendliche.

3.5 Publizistik

Die türkischsprachige Tageszeitung „Özgür Politika“ (ÖP; „Freie Politik“) hat in den letzten Jahren Propaganda auf der Linie des KONGRA-GEL und seiner Vorläuferorganisationen verbreitet. Im September erließ das Bundesministerium des Innern eine Verbotsverfügung gegen den in Neu-Isenburg (Hessen) sesshaften Herausgeber-Verlag der ÖP. Anschließend kam es zu kleineren teilweise unfriedlich verlaufenen Aktionen, bei denen ein Zusammenhang mit dem Verbot der ÖP nach den Gesamt-

umständen zu vermuten war. Größere Proteste und massive Gewaltaktionen blieben jedoch aus.

Das auf das Vereinsgesetz gestützte Verbot hat das Bundesverwaltungsgericht durch Gerichtsbescheid vom 20. Dezember aufgehoben, weil das Bundesministerium des Innern zu Unrecht das Vorliegen einer vereinsrechtlichen Vorschrift angenommen habe, wonach bestimmte Verbotsbestimmungen des Vereinsgesetzes auch auf Wirtschaftsunternehmen angewendet werden können. Unabhängig von der rechtlichen Bestandskraft war der Verbotsmaßnahme auch tatsächlich nur eine begrenzte Wirkung beschieden. Bereits Ende Oktober erschien erstmals die - wiederum in Neu-Isenburg herausgegebene - „Europa-Ausgabe“ einer in der Türkei als KONGRA-GEL-nah geltenden Tageszeitung. Dieses publizistische Provisorium wurde am 16. Januar 2006 mit der ersten Ausgabe der „Yeni Özgür Politika“ („Neue Freie Politik“) beendet, die nicht nur in ihrem Namen, sondern auch mit dem Verlagssitz Neu-Isenburg an die ÖP anknüpft.

Die „neue“ PKK stellt sich seit Mitte Juli auf einer eigenen Internet-Seite dar. In einer in der ÖP verbreiteten Erklärung des „Informationszentrums für Wissenschaft und Aufklärung der PKK“ heißt es, dass man die Geschichte und die zukünftigen Pläne der PKK darstellen wolle. Auf der Seite findet man Beiträge unter anderem zur Ideologie, zur Bewertung des alltäglichen Geschehens, aktuelle Erklärungen und Informationen zur Geschichte der PKK. Die wesentlichen Inhalte der Seite stehen nur in kurdischer und türkischer Sprache zur Verfügung.

3.6 Finanzierung

Im Wesentlichen finanziert der KONGRA-GEL sich über die jährliche Spendenkampagne, wobei unverändert in Einzelfällen die Spenden auch mit „Druck“ eingetrieben oder erpresst werden, um den Spendenvorgaben der Organisationsführung gerecht zu werden. Weitere Einnahmen werden aus dem Verkauf von Publikationen, der Durchführung von Veranstaltungen sowie über die Vereine über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen erzielt. Die Einnahmen fließen in die Finanzierung des Medien-

und des Funktionärsapparates in Europa sowie zu einem beträchtlichen Teil an die Guerilla-Einheiten HPG.

3.7 Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen

Auch im Berichtsjahr war wieder eine Vielzahl von Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen deutscher Gerichte und Behörden gegen Funktionäre und Aktivisten der früheren PKK bzw. des KONGRA-GEL zu verzeichnen. Zum Teil wurden Freiheitsstrafen insbesondere wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen bzw. kriminellen Vereinigung verhängt. Verurteilt wurde auch ein Funktionär, der in Deutschland bis Dezember 2001 als Leiter von PKK-Gebieten tätig war, unter anderem auch im Bereich Schleswig-Holstein.

4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2003 bis 2005

	2003	2004	2005
Türkische Organisationen			
• linksextremistische Gruppen	55	50	50
• islamistische Gruppen	500	500	500
• extrem-nationalistische Gruppen	470	450	450
Kurdische Organisationen	750	750	700
Iranische Organisationen	30	30	30
Arabische Organisationen sowie nicht eindeutig zuzuordnende Einzelpersonen aus dem Spektrum arabischer Islamisten	65	75	75
Gesamt Land	1.870	1.855	1.805
Gesamt Bund	57.300	57.500	57.420